

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Hans-Adolf Jacobsen  
Vom Wandel des Polenbildes  
in Deutschland  
(1772—1972)

Mieczyslaw Tomala  
Wie sehe ich Deutschland?

Wolfgang Pfeiler  
Die Parteien der  
Bundesrepublik Deutschland  
im Urteil der Sowjetunion

B 21/73  
26. Mai 1973

Hans-Adolf Jacobsen, Dr. phil., o. Prof., Direktor des Seminars für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn, geb. 1925.

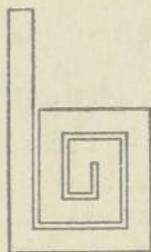
Veröffentlichungen u. a.: Zahlreiche Studien und Dokumentationen zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges; Nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938, 1968; (Hrsg.) Hans Steinacher. Erinnerungen, 1970; Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919—1970; (Mithrsg.) Bibliographie zur Politik in Theorie und Praxis, 1970; Ergänzungsbd. 1973; (Mithrsg.) Im Dienst der Friedenssicherung. General de Maizière, 1972; (Mithrsg.) Wie Polen und Deutsche einander sehen, 1973; (Mithrsg.) Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), 1973; Sowjetische Außenpolitik 1928—1938, in: Osteuropa-Handbuch. Sowjetische Außenpolitik, hrsg. v. D. Geyer, 1973.

Mieczyslaw Tomala, Dr. habil., geb. 1921, 1949—1964 Mitarbeiter des Polnischen Instituts für Internationale Fragen; 1965—1972 stellv. Direktor des Instituts; seit 1972 Botschaftsrat an der polnischen Botschaft in Den Haag; 1970 Gastprofessor an der Universität Bochum; Vorlesungen an einigen Universitäten der BRD und DDR.

Veröffentlichungen u. a.: Die Expansion der Industrie der BRD, Posen 1962; Die Ostpolitik der BRD, Warschau 1968; Zwei Wege der Entwicklung in Deutschland, Warschau 1968; Die BRD auf dem Weltmarkt, Warschau 1970. In Vorb., Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und der BRD, Warschau 1973; Polen nach 1945, Stuttgart 1973.

Wolfgang Pfeiler, Dr. phil., geb. 1931, Studium der Politikwissenschaft, Kommunikationsforschung und Geschichte in Bonn; wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Industrie und Mitglied des Kreisvorstandes der CDU des Rhein-Sieg-Kreises.

Veröffentlichungen u. a.: Das russische Deutschlandbild und das sowjetische Bild von der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/72; Deutschland in der Welt von morgen, in: Deutschland-Archiv, Oktober 1972; zusammen mit Jörg-Peter Mentzel: Deutschlandbilder. Die Bundesrepublik aus der Sicht der DDR und der Sowjetunion, Düsseldorf 1972.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels, Redaktionsmitglieder:  
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Vom Wandel des Polenbildes in Deutschland (1772–1972)

*Die beiden nachfolgenden Beiträge von Prof. Dr. H.-A. Jacobsen (Bonn) und Dr. M. Tomala (Warschau/Den Haag) sind einem in Kürze im Droste Verlag, Düsseldorf, erscheinenden Sammelband entnommen, der im Rahmen eines der ersten Kooperationsprojekte zwischen Geisteswissenschaftlern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland nach Unterzeichnung des Warschauer Vertrages von 1970 publiziert wird. Dabei wurde vereinbart, daß Dr. Tomala in alleiniger Verantwortung die polnischen Artikel auswählt bzw. einführt und Prof. Dr. Jacobsen die deutschen; das Buch soll auch in einer polnischen Ausgabe veröffentlicht werden.*

*Sicherlich wird jede Seite manches an der Darstellung und den Thesen der anderen Seite auszusetzen haben. Das gilt aus deutscher Sicht im besonderen für den hier abgedruckten Aufsatz von Dr. Tomala. Doch zunächst kam und kommt es darauf an, die polnischen und deutschen Ansichten gegenseitig zur Kenntnis zu nehmen und durch stetig zu verbessernde Kommunikation zwischen Ost und West zu versuchen, die beiderseitigen, zweifellos immer noch vorhandenen Vorurteile und Klischees aus der Vergangenheit weiter abzubauen. Daß dafür auch in Zukunft noch viel guter Wille, Geduld und Zeit erforderlich sein werden, wird durch diese deutsch-polnische Anthologie erneut verdeutlicht.*

*Die Redaktion*

### Zur Rolle von Nationenbildern \*)

Zweifellos haben in den Köpfen der Deutschen die Bilder, die sie von ihren Nachbarn hatten, gerade im Hinblick auf die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen seit dem 18. Jahrhundert, eine wichtige, z. T. verhängnisvolle Rolle gespielt. Gemeint damit ist die Summe der mehrheitlichen kollektiven oder individuellen Vorstellungen und Urteile in Deutschland über den polnischen Staat und das polnische Volk, die verhaltens- und entscheidungssteuernd gewirkt hat. Diese Bilder mannigfacher Schattierungen sind wahrscheinlich unabhängig von den objektiven Kenntnissen der betroffenen Personen und Sachverhalte entstanden. Meist handelt es sich dabei um subjektiv gewertete, von ganz besonderen Traditionen geprägte und selektiv wahrgenommene Leitbilder. Diese können auch als Stereotype bezeichnet werden, die aufgrund des eigenen Rollenverständnisses mit gewissen Eigenschaften behaftet sind und vielfach einseitigen, grob simplifizierenden Bildern von der Wirklichkeit gleichen. Letztere dürften einer empirischen Überprüfung nur in recht begrenztem Umfang standhalten. Derartige Bilder sind fraglos Resultanten spezifischer Interessenlagen, besonderer struktureller Faktoren (z. B. der Organisation von Massenmedien) und sozioökonomischer Bedingungen, unterschiedlichen Informiert-

seins, variabler Wertvorstellungen der eigenen ethnischen Gruppe und schließlich der Wechselwirkungen mit mehr oder minder emotionaler Beteiligung<sup>1)</sup>. Sie dienen dazu, äußerst komplexe Sachverhalte in das eigene, durch den sozialen Lernprozeß bereits vorgeprägte „System von Wahrnehmungseigenschaften“ einzuordnen. Dadurch gewähren sie feste Orientierungshilfen und kanalisieren aufgestaute Gefühle in gleichlaufende Bahnen. Außerdem üben sie eine gewisse Entlastungsfunktion aus, d. h., sie können eigene Schwächen und Fehler entschuldigen. Schließlich erleichtern sie die Zuordnung zu dem eigenen Konformitätsmodell, denn sie wirken integrativ und stärken die Kohärenz. Die Qualität des anderen wird häufig am Selbstbildnis gemessen, wobei erfahrungsgemäß die eigene Gruppe besser abschneidet als die Außengruppe, mögen die unangemessenen Verallgemeinerungen über das Objekt

\*) Aus: Wie Polen und Deutsche einander sehen. Hrsg. v. H.-A. Jacobsen und Mieczyslaw Tomala.

<sup>1)</sup> Vgl. jetzt: Mentzel, J. P./W. Pfeiler, Deutschlandbilder, Düsseldorf 1972, S. II ff.; Wolf, H. E., Zu einigen Problemen ideologischer Einflüsse auf die Vorurteilsforschung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Dezember 1972, S. 747 ff.; Pracke, H., Kommunikation der Gesellschaft, Münster 1968, S. 29 ff.

partiell auch sinnvolle bzw. zutreffende Aussagen enthalten.

Bei den Bildern in Deutschland, die stets von der spezifischen Lage Polens zwischen Deutschland und Rußland und den offenen Grenzen mitgeprägt worden sind, trifft sicherlich zu, was Hofstätter einmal in einem allgemeinen Zusammenhang hervorgehoben hat, daß nämlich die Unterschiedsempfindlichkeit der Wahrnehmung des anderen abnehme, je größer die soziale Distanz sei und um so stärker typisiert werde, je „ferner uns eine Menschengruppe in sozialer, geographischer oder historischer Hinsicht“ stehe. So haben z. B. Schlesier, Pommern und Ostpreußen die Polen anders erlebt als etwa Nord-, West- und Süddeutsche<sup>2)</sup>. W. Lippmann hat überdies auf ein besonderes Phänomen hingewiesen, das für unsere Fragestellung — cum grano salis — ebenfalls Gewicht hat. Die Menschen würden in den „meisten Fällen“ definieren, ehe sie sehen, und nicht sehen, ehe sie definieren. Aus der „unendlich bunten Vielfalt“ der die Menschen umgebenden Welt griffen diese meist das heraus, „was von der Kultur schon definiert“ worden sei; sie pflegten es dann auch in dieser ihnen „überlieferten stereotypen Form“ wahrzunehmen<sup>3)</sup>.

Neuere Forschungen in den fünfziger und sechziger Jahren auf dem Gebiet der Kommunikationswissenschaft, der Sozialpsychologie, Soziologie und Politikwissenschaft haben verdeutlicht, in welchem Maße Bilder von der internationalen Umwelt aufgrund lückenhafter oder fragmentarischer Lageberichte zu politischem Fehlverhalten führen können, vor allem dann, wenn Handlungen des Gegenüber oder des Nachbarn von dem Bild abweichen, das man selbst von ihnen hat. Die Gefahr wächst, daß die beiderseitigen Beziehungen von gegenseitigen Mißverständnissen, ja von zunehmendem Haß und wachsender Angstpsychose begleitet werden, zumal wenn eine negative Interpretation des anderen Verhaltens und tendenziöse Selektion der Information hinzukommen. Bei entsprechenden Interessengegensätzen und forcierten Rückkopplungsprozessen kann sich eine solche Entwicklung zu einem immer bedrohlicheren „Feindbild“ steigern und schließlich in offene Aggression münden. Dabei ist es möglich, ei-

<sup>2)</sup> Hofstätter, P. R., Einführung in die Sozialpsychologie, Stuttgart 1966<sup>4</sup>, S. 378; vgl. auch: Beier, G., Ost-West-Vorurteile in der politischen Bildung, Frankfurt 1971.

<sup>3)</sup> Vgl. Eysenck, H. J., Wege und Abwege der Psychologie, Hamburg 1956, S. 131.

gene Schuldgefühle und Frustrationen auf den anderen abzuwälzen<sup>4)</sup>.

Wer versuchen will, die oben angedeuteten Gesichtspunkte der Perzeption auf das Polenbild der Deutschen zu übertragen, wird sich mit großen Schwierigkeiten konfrontiert sehen. Er wird zu der Erkenntnis kommen müssen, daß trotz beachtlicher Leistungen der Historiographie und Politikwissenschaft entscheidende beiderseitige Interaktionen im Hinblick auf ihre politische Relevanz noch gar nicht hinreichend untersucht worden sind. Die nachfolgenden Ausführungen können und wollen nicht den Anspruch erheben, diese Lücke zu füllen. Auch kann es nicht die Aufgabe derselben sein, die vielschichtigen Probleme der Modernisierung Polens unter der Herrschaft der drei europäischen Großmächte, die Entwicklung Polens im europäischen Staatensystem und die zahlreichen wissenschaftlichen Kontroversen über das deutsch-polnische Verhältnis in der Vergangenheit zu erörtern. Dies ist an anderer Stelle mit großer Sachkenntnis, beachtlichem Einfühlungsvermögen und stetem Streben nach Objektivität geschehen. Erinnerung sei hier nur an die grundlegenden Arbeiten der deutschen Historiker G. Rhode, W. Conze, H. Laeuen, M. Hellmann, M. Broszat und H. Roos, um die wichtigsten aufzuführen, und an die verdienstvollen Bemühungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission<sup>5)</sup>.

In dem nachfolgenden Überblick sollen lediglich *einige* der *tendenziell bedeutsamen Aspekte* und *Phasen* von den *Bildern in deutschen Köpfen über Polen* und deren Wirkungen, sicherlich nicht immer differenziert genug, skizziert werden.

<sup>4)</sup> Vgl. Anm. 1; Kelman, H. C., Sozialpsychologische Aspekte internationalen Verhaltens, in: Krieg und Frieden im industriellen Zeitalter, hrsg. v. U. Nerlich, Bd. I, Gütersloh 1966, S. 141 ff; Thomae, H., Psychologische Forschungen zum Problem internationaler Konflikte, in: Internationale Beziehungen. Ein Gegenstand der Sozialwissenschaft, Frankfurt 1966, S. 32 ff; Koch, M., Das Deutschenbild im Ausland, Bad Godesberg 1969<sup>2</sup>.

<sup>5)</sup> Vgl. u. a.: Rhode, G., Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965; ders., Die Polen, in: Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn, Frankfurt 1967, S. 96 ff; Conze, W., Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln—Graz 1958; Laeuen, H., Polnische Tragödie, Stuttgart 1955; Hellmann, M., Slaventum und Osteuropa als Forschungsfeld von Nachbardisziplinen, in: Osteuropa in der historischen Forschung der DDR, Bd. 1, Düsseldorf 1972, S. 311 ff; Broszat, M., Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt 1972 (rev. und erw. Ausgabe); Roos, H., Geschichte der polnischen Nation 1916—1960, Stuttgart 1961; s. zudem den Beitrag von: Dross, A., Deutschpolnische Komplexe, in: Moderne Welt, Jg. 4/1963, S. 360 ff; s. S. 304 ff.

Polen hatte bis zum 18. Jahrhundert eine eigentümliche, von den absolutistischen Monarchien der Neuzeit weitgehend unterschiedliche, eigenständige Entwicklung durchgemacht, die frühzeitig die Herausbildung demokratischer Verfassungsnormen begünstigt hat. Zwischen gewähltem König und Adelsnation war ein Gesellschaftsvertrag zustande gekommen, der Gleichheit und Freiheit aller Edelleute innerhalb der Nation und ein konstitutionell verankertes Widerstandsrecht garantiert und der als Lehrstück moderner Staatstheorien die heraufkommende Aufklärung beträchtlich beeinflusst hat<sup>6)</sup>.

Die Vereinigte Polnische Republik umfaßte damals ein Territorium von 730 000 qkm mit 11,4 Millionen Einwohnern, von denen rd. 1 Million Angehörige zur Adelsgesellschaft („szlachta“), d. h. etwa 8 % zählten, die Wähler und wählbar zugleich für alle Ämter waren und die über untertänige Bauern polnischer, ruthenischer und litauischer Sprache herrschten. Das Bild der letzteren war vom Blickpunkt deutscher Beobachter vornehmlich durch eine elende gedrückte Lebenshaltung und „selbstgenügsame Bedürfnislosigkeit“ gekennzeichnet<sup>7)</sup>. Fraglos war Polen ein Land krasser sozialer Gegensätze. Die polnische Aristokratie war absolut und auch relativ (nach der Dichte der Bevölkerung) die „numerisch stärkste Trägerschicht einer ständischen Verfassung im neuzeitlichen Europa“<sup>8)</sup>. Ihr war die Polonisierung nach Sprache und Kultur zu verdanken, d. h. die Vaterlandssprache, die neben der katholischen Konfession eine der wesentlichen Klammern der „adligen Nation“ bildete, d. h. einer „Aristokratie ohne Nation“, die den Anspruch erhob, die gesamte polyethnische Einwohnerschaft der Republik zu repräsentieren. Wenn auch die kaum noch überschaubare Vielfalt einzelner Herrschaften nicht zur staatlichen Zersplitterung wie im Heiligen Römischen Reich geführt hatte, so hat doch die „oligarchische Zerrissenheit der Hoheitsverfassung“ im Ausland Anlaß zur Kritik gegeben und eine Motivation für die Teilung geboten. Katharina die Große von Rußland hatte von der „glücklichen Anarchie“ gesprochen, die es zu erhalten gelte. Friedrich II., der Große, beur-

teilte die innerstaatliche „Anarchie“ des Nachbarstaates als „sittliche Schwäche“; für ihn war Polen die „elendste Nation Europas“, ja die „ganze Gesellschaft auf . . . ki“ eine in jeder Hinsicht „verächtliche Nation“<sup>9)</sup>. Mochte in diesem Urteil auch etwas von der tiefen Kluft zwischen dem modernen Staatsideal aufgeklärter Monarchien des 18. Jahrhunderts und einer antiquierten republikanischen Adelskonföderation mit ihren patriarchalischen Strukturen und ihren besonderen Codices zum Ausdruck kommen, in dieser grundsätzlichen Geringschätzung der Polen, auch als Folge des traditionellen Kulturgefälles von West nach Ost und damit des unterschiedlichen Bewußtseins- und Wirtschaftszustandes, manifestierte sich eine der Einstellungsweisen der Deutschen gegenüber den Polen.

Wahrscheinlich hat M. Broszat recht, wenn er in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen

**Mieczyslaw Tomala**

**Wie sehe ich Deutschland? . . . . . S. 22**

**Wolfgang Pfeiler**

**Die Parteien der Bundesrepublik  
Deutschland im Urteil der Sowjetunion S. 28**

hat, daß gerade dieser „entgegengesetzte Stil preußischer und polnischer Staatsgestaltung und -auffassung“ eine der Ursachen dafür gewesen sei, daß das „Aufeinandertreffen von preußischer Staatsverwaltung und polnischer Nation“, das mit der Teilung Polens begann, in so starkem Maße „die Gestalt einer Fremdherrschaft“ angenommen hat<sup>10)</sup>. So konnten sich schon frühzeitig gegensätzliche stereotype Vorstellungen vom „polnischen und preußischen Wesen“ ausbilden und verfestigen. Während die politischen Eliten Preußen-Deutschlands primär etatistisch dachten und handelten und daher in den „anarchischen“ Verhältnissen Polens ihr „Anti-Bild“ sahen, waren die Polen mehr gesellschaftspolitisch-„volklich“ orientiert; für sie war das preußische Staatswesen der eigentliche Landesfeind.

Ende des 18. Jahrhunderts nutzten die drei europäischen Großmächte Rußland, Preußen und Österreich die innere Schwäche Polens

<sup>6)</sup> Vgl. hierzu: Roos, H., Ständewesen und Parlamentarische Verfassung in Polen (1505—1771), in: Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert, hrsg. v. D. Gerhard, Göttingen 1969, S. 310 ff.

<sup>7)</sup> Vgl. Conze, W., a. a. O. (s. Anm. 5), S. 2.

<sup>8)</sup> Vgl. Roos, H., a. a. O. (s. Anm. 6), S. 313.

<sup>9)</sup> Vgl. Broszat, M., a. a. O. (s. Anm. 5), S. 32.

<sup>10)</sup> ebd.,

aus. Sie beschleunigten den Niedergang der polnischen Herrschaft und erweiterten ihre eigene Machtbasis, indem sie Polen in drei

Etappen untereinander aufteilten. Auf diese Weise wurde Polen das *Opfer europäischer Großmachtpolitik*.

## Vorbild nationaler Freiheitsbewegungen und politisch-sozialer Neuordnung (1830/1863).

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren es zunächst unterschiedliche Impressionen und Berichte einzelner Literaten, Wissenschaftler und Publizisten in Deutschland, die, bedingt durch Erfahrungen, soziale Lage und politische Entwicklung, eine im ganzen recht wohlwollend-positive Einstellung in den gebildeten Ständen Deutschlands gegenüber den Polen erzeugten. So hatte z. B. der junge H. Heine 1822 den preußischen Teil Polens durchstreift und dabei Land und Leute kennengelernt. Obgleich er offen zugegeben hat, daß die allgemeinen Charakteristika von Menschen die „Quelle aller Übel“<sup>11)</sup> sei — denn es gehöre mehr als ein Menschenalter dazu, den Charakter eines einzigen zu ergründen —, entwarf er Skizzen vom Typus des polnischen Edelmannes, Bauern, Juden und von den „Weibern“, die dank seiner ausgeprägten Begabung für scharfe Natur- und Lebensbeobachtungen ebenso farbig wie realistisch waren. Bedingt durch die „Barbarei im Osten“, die „eindringende Überkultur des Westens“ und das lange Landleben war der polnische Adelige für ihn vor allem „gastfrei, stolz, mutig, geschmeidig, falsch (dieses gelbe Steinchen dürfe nicht fehlen), reizbar, enthusiastisch, spielsüchtig, lebenshungrig, edelmütig und übermütig“. Überdies sei dieser vom Nationalstolz, der durch die Idee der Gleichheit gefördert werde, von Vaterlandsliebe und großem Freiheitswillen durchdrungen, ohne allerdings Anstalten zu machen, seine Bauern zu emanzipieren. Nach seinen Eindrücken war der polnische Bauer dem Trinken übermäßig zugetan, „von gutem Körperbau“, „starkstämmig von soldatischem Aussehen“, dabei freilich von einer erstaunlichen Sorglosigkeit und geradezu „empörenden Unterwürfigkeit“ gegenüber dem Edelmann. Dennoch bezweifelte Heine, daß der in z. T. beschämender Armut lebende Bauer wirklich unglücklich sei, denn der Begriff des Glücklichseins müsse in seiner Relativität auf-

gefaßt werden. Scharf kritisierte dieser wohl bedeutendste deutsche Lyriker zwischen Romantik und Realismus jene Journalisten, die, ohne Mitgefühl für die politischen Leiden der Polen zu haben, das Schicksal Polens allein mit der Uneinigkeit des Volkes motivierten. Nach seiner Meinung verschuldete kein Volk, „als Ganzes gedacht“, etwas. Vielmehr verfolge die Geschichte auch mit Völkern ihre eigenen „großen Zwecke“. Die Polen, „ein slawisches Grenzvolk an der Pforte der germanischen Welt“, schienen ihm durch ihre Lage geradezu dafür prädestiniert zu sein, gewisse Aufgaben in den „Weltbegebenheiten“ zu erfüllen<sup>12)</sup>.

Nur wenige Jahre später sammelte ein anderer Deutscher, bald nicht minder prominent, seine Erfahrungen im Umgang mit den Polen: H. v. Moltke<sup>13)</sup>. Er ließ in seinen Briefen und Schriften, die jedoch ohne nennenswerten Einfluß auf das öffentliche Bewußtsein geblieben sind, noch ein tiefes Verständnis für das polnische Wesen erkennen, wenngleich es auch vorwiegend die reichen und vornehmen Bekanntschaften waren, die ihn beeindruckten und die er als äußerst angenehm empfunden hatte. Er hatte „Güte und Artigkeit“, Bildung, Unterhaltung und Fröhlichkeit der Polen schätzen gelernt und bei aller Sympathie für seine Gastgeber zugleich ein feines Gespür für die Unterschiede zwischen diesen und den Deutschen bewiesen. Ihm war nicht nur die Unausgeglichenheit des polnischen Charakters aufgefallen, sondern auch die besondere Freiheitsauffassung der Polen, die in dem Verhältnis der Adelligen zu den öffentlichen Institutionen zum Ausdruck kam und die in einem offensichtlichen Gegensatz zur preußischen Staatsethik stand.

Nachhaltiger wurde indessen das Polenbild in Deutschland durch die revolutionären Ereignisse der Jahre 1830/31, 1848 und 1863 beein-

<sup>11)</sup> Vgl. Heine, Heinrich, Reisebilder, Bd. 2, Leipzig o. J. (Über Polen), S. 282 ff; Auszüge überdies in: Kulturpolitische Korrespondenz 65, v. 30. 9. 1970, S. 5 ff.

<sup>12)</sup> ebd., S. 301; s. zudem: Dedecius, K., Deutsche und Polen. Botschaft der Bücher, München 1971, S. 23 ff.

<sup>13)</sup> Vgl. Moltke, Helmuth v., Briefe. 1825—1891, hrsg. v. E. Kessel, Stuttgart (1959) S. 21 f; Laeuen, H., Polnische Tragödie, Stuttgart 1955, S. 216 f.

flußt<sup>14)</sup>. Die polnische Erhebung im sogenannten Kongreßpolen gegen die russische Herrschaft 1830 und damit gegen den „Gendarm Europas“ und das Bollwerk der Reaktion — eine Antwort auf den systematischen Abbau der den Polen 1815 zugestandenen verfassungsmäßigen Freiheiten durch die Politik Alexanders I. und Nikolaus I. — hatte den Anspruch der polnischen Nation, d. h. den seiner Eliten, auf Unabhängigkeit verdeutlicht. Aber schon im September 1831 war der Aufstand zusammengebrochen. Große Teile der Armee mußten ins Ausland flüchten. Viele Polen führten seitdem nur noch ein Emigrantendasein.

Fraglos ergriff in diesen Monaten eine Welle des Enthusiasmus weite Teile Deutschlands für die polnische Sache. In Zeitungsberichten, Artikeln, Büchern und Gedichten von Journalisten, Historikern, Dichtern und Lyrikern wurden die polnischen Rechte verteidigt, der Leidensweg dieser Nation manchmal recht schwärmerisch geschildert und der Heldenmut des Freiheitskampfes gepriesen, wobei die Wiedererrichtung eines polnischen Staates als stimulierendes *Beispiel für den Kampf der Liberalen um ihre konstitutionellen Freiheiten* im eigenen Lande betrachtet wurde. Möglicherweise haben damals mehr als 300 fortschrittlich gesinnte Deutsche, die von den Ursachen und Zusammenhängen der „polnischen Tragödie“ wahrscheinlich nur ziemlich oberflächlich etwas wußten, den Kampf der Polen gegen ihre Unterdrücker mit der Feder unterstützt. Andere haben die von Ort zu Ort durch Deutschland reisenden, flüchtigen Polen (über 3 000) gastlich versorgt.

Nüchterner, z. T. ablehnender haben demgegenüber Regierungskreise und offizielle Presseorgane in Deutschland den polnischen Freiheitskampf beurteilt. Aus ihren Argumenten sprachen die Staatsräson und eine wohl etwas realistischere Beurteilung des Charakters der Erhebung. Nach ihrer Auffassung hatte nicht ein ganzes Volk für seine Unabhängigkeit gekämpft, sondern vorwiegend jene Kräfte, die an der Wiederherstellung der polnischen Adelsnation von 1795 interessiert waren<sup>15)</sup>. Auch die späteren Freiheitsbewegungen (1846/48 und 1863), nach deren Scheitern eine längere Phase der Ernüchterung und Resignation bei den Polen einsetzte, verbunden

mit einem zunehmenden Arrangement der führenden Schichten mit den Teilungsmächten, fanden in der öffentlichen Diskussion Deutschlands lebhaften Widerhall und weckten erneute Sympathien für Polen. Jedoch haben diese zu keiner Zeit den reaktionären Kurs der Regierungen zu ändern vermocht; zu ungleich waren damals noch die Kräfteverhältnisse<sup>16)</sup>.

Zu den politisch interessierten Persönlichkeiten, die die Vorgänge in Kongreßpolen und Europa sorgfältig registrierten (zweifelloos ein überaus kleiner Prozentsatz der deutschen Bevölkerung), zählten u. a. auch K. Marx und F. Engels<sup>17)</sup>. Sie haben sich zeit ihres Lebens intensiv mit der polnischen Frage auseinandergesetzt. Freilich taten sie dies weniger, weil sie etwa eine besondere Vorliebe für Polen besaßen, sondern weil sie in der Wiederherstellung eines polnischen Staates ein wichtiges Mittel zur revolutionären Veränderung in den Staaten sahen. Eine solche lag ganz einfach im praktischen Interesse der internationalen demokratischen Bewegung. Die nach dem polnischen Januaraufstand 1863 geschlossene Alvenslebener Konvention zwischen Rußland und Preußen, die fraglos die Niederwerfung der polnischen Patrioten begünstigt hat, war denn auch in ihren Augen gar nichts anderes als ein „deutscher Verrat“ an Polen, zugleich ein Verrat an Deutschland und Europa. Sie forderten daher von der deutschen Arbeiterklasse, die „Wiederherstellung Polens in Flammenzügen auf ihre Fahne“ zu schreiben, zumal der bürgerliche Liberalismus „diese glorreiche Parole von seiner Fahne wieder weggestrichen“ habe<sup>18)</sup>.

Schon 1848 hatten die beiden Theoretiker des Sozialismus die polnischen Revolutionäre als die natürlichen Bundesgenossen der deutschen Nationalbewegung bezeichnet, die gemeinsam die reaktionären Kräfte in Österreich, Rußland und Preußen bekämpfen mußten. In der „Neuen Rheinischen Zeitung“ stellten sie am 20. 8. 1848 lapidar fest: „Die Wiederherstellung eines demokratischen Polens ist die erste Bedingung der Herstellung eines

<sup>14)</sup> Vgl. auch allgemein: Broszat, M., a. a. O. (s. Anm. 5), S. 92 ff.

<sup>17)</sup> Vgl. Rjasanoff, N., K. Marx u. F. Engels über die Polenfrage, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, H. 6/1916, S. 175 ff; Hausteil, U., Sozialismus und nationale Frage in Polen, Köln-Wien 1969, S. 25 ff; Michnik, H., Marks i Engels o Polsce, Warschau 1960; s. auch: K. Marx/F. Engels, Briefe an A. Bebel u. a., Tl. I 1870—1886, Moskau 1933, S. 250 ff (Engels an Kautsky v. Februar 1882).

<sup>18)</sup> Vgl. Rjasanoff, a. a. O. (s. Anm. 17), S. 191.

<sup>14)</sup> Vgl. allgemein: Gerecke, A., Das Deutsche Echo auf die polnische Erhebung von 1830, Wiesbaden 1964; Strobel, G. W., The journey of Adam Mickiewicz through Germany in 1832, in: Studies in Polish Civilization, New York (1971), S. 1—19.

<sup>15)</sup> Vgl. Gerecke, A., a. a. O. (Anm. 14), S. 15 ff.

demokratischen Deutschland" <sup>19)</sup>. Schließlich trug das Scheitern des polnischen Aufstandes von 1863 wesentlich zur Gründung der I. Internationalen Arbeiterassoziation bei.

Mochten Marx und Engels über den territorialen Besitzstand eines künftigen polnischen Staates z. T. auch widersprüchliche Aussagen gemacht haben — zeitweilig traten sie für die Grenzen von 1771 ein unter der Bedin-

gung einer Agrarrevolution —, für sie blieb das ganze Problem primär eine Funktion revolutionärer Veränderungen, d. h. der Synthese von internationaler Solidarität und nationalem Befreiungskampf. Der von ihnen wiederholt geäußerte strategische Gesichtspunkt, nämlich ein polnischer Staat würde ein künftiges demokratisches Deutschland vor Rußland sichern, spielte dabei nur eine untergeordnete Rolle <sup>20)</sup>.

## Objekt wilhelminischer Germanisierungspolitik (1871—1914)

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts haben die Polen, nicht zuletzt infolge ihres wachsenden Nationalbewußtseins, für die meisten konservativen Führungseliten Preußen-Deutschlands in zunehmendem Maße die Funktion eines (subjektiv empfundenen) Bedrohungsfaktors erfüllt. Letztere lehnten die Wiedererrichtung eines selbständigen Polen ab, weil sie dies als wesentliche Schwächung und Gefährdung ihrer eigenen Nationalinteressen betrachteten. Die Politik der Polen im Deutschen Reich schien darüber hinaus die innere Sicherheit in Frage zu stellen. So wurde denn auch der bewußt forcierte Prozeß der *Germanisierung der Polen*, wohl in erster Linie der höheren sozialen Gruppen, damit begründet, dieser sei zur Wahrung preußisch-deutscher Staatsraison und zur Erhaltung der Reichseinheit notwendig.

Aus außenpolitischen Gründen sollte ein selbständiges Polen verhindert werden, um die Beziehungen zu Österreich und Rußland nicht allzu stark zu belasten. Innenpolitisch war die antipolnische Assimilierungspolitik zugleich eine Waffe Bismarcks im Kulturkampf, verknüpft mit dem latenten Gegensatz: deutsch-evangelisch und polnisch-katholisch <sup>21)</sup>. Ungeachtet des sicherlich bemerkenswerten Modernisierungsprozesses, der auch den Polen unter deutscher Herrschaft zugute kam — so z. B. den Bauern, den Gewerbe- und den Handeltreibenden —, leiteten die Vertreter des Kaiserreiches eine Reihe harter Maßnahmen ein, mit denen sie die Masse der Polen dem geistlichen und politischen Einfluß des polnischen Klerus und der

nationalistischen Agitation des Adels zu entziehen suchten. So wurden z. B. die Schulen zum offenen Kampfinstrument der Entnationalisierung denaturiert, als 1873 in den polnisch besiedelten deutschen Ostgebieten Deutsch als offizielle Unterrichtssprache eingeführt wurde. Um dort das Anwachsen der polnischen Bevölkerung zu unterbinden oder, wie es häufig formuliert wurde, aus Sorge vor der „Überschwemmung durch das Slawentum“, wurden Massenaustreibungen von Polen (1885-87) angeordnet (über 26 000). Dieses Vorgehen löste zwar innerhalb des Deutschen Reiches, so unter deutschen Katholiken, Liberalen und Sozialisten in Presse, Parlament und bei Kundgebungen, empörte Proteste aus, jedoch änderten diese an dem offiziellen Regierungskurs kaum etwas.

Um den polnischen Adel zurückzudrängen und gleichzeitig deutsche „Erbpächter“ anzusiedeln, wurde ein systematischer Ankauf von Boden (1886) eingeleitet. Die offiziöse Begründung lautete: Die Polen wollten gar kein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben mit den Deutschen, sie würden entweder nur „Hammer oder Amboß“ sein können; sie könnten daher nicht als loyale Staatsbürger gelten. Diese und andere drakonische Verfügungen, wie die des späteren Enteignungsgesetzes und des Verbots der polnischen Sprache bei öffentlichen Versammlungen (die aber z. T. mehr demonstrativen Charakter hatten), erfüllten jedoch den erhofften Zweck nicht. Es erwies sich vielmehr als eine Fehlspekulation anzunehmen, Deutschland würde es nach Ausschaltung der polnischen Führungsschicht nur noch mit einem unterwürfigen, gefügigen polnischen Volkstum, dem das Polnische als Heimssprache zugestanden wurde, zu tun haben. Mit der sich steigernden Entfremdung zwischen Deutschen und Polen wuchs der nationale Widerstand der Unterdrückten und Diskriminierten, deren häufige, hitzige nationalistische Parolen wiederum Wasser auf die Müh-

<sup>19)</sup> Vgl. Marx, K./Engels, F., *Die Revolution von 1848*, Berlin 1953. S. 130.

<sup>20)</sup> Vgl. Rjasanoff, a. a. O. (s. Anm. 17), S. 189.

<sup>21)</sup> Vgl. Conze, W., *Polnische Nation*, a. a. O. (s. Anm. 5), S. 28 ff; Broszat, a. a. O. (s. Anm. 5), S. 129 ff; s. auch: Baler, W., *Deutsche Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914—1918*, Berlin (Ost) 1962; Mai, I., *Die preußisch-deutsche Polenpolitik 1885—1887*, Berlin (Ost) 1963.

len deutscher Ostmarkenpropaganda leiteten<sup>22)</sup>.

Der Wandel in der Beurteilung der polnischen Frage kam u. a. auch in Werken der deutschen Literatur zum Ausdruck. Der in Schlesien geborene G. Freytag, der bald zu einem der Lieblingsautoren im deutschen Bürgerhaus zählte, hatte in seinem Roman „Soll und Haben“ (der Ende des Jahrhunderts bereits in der 50. Auflage erschien) seinen antipolnischen Affekten freien Lauf gelassen. Polnische Mißwirtschaft („polnische Wirtschaft“ war auch ein von Bismarck gebrauchter, gängiger Begriff, der bis in die Gegenwart hinein für das Bild der Polen in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung bestimmend blieb), Liederlichkeit und Falschheit verkörperten das böse Prinzip, während in

der Gestalt des Anton Wohlfahrt die „untadelige Tatkraft“ eines bürgerlichen deutschen Siegfried glorifiziert wurde. Mit Recht ist in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen worden, daß darin zum Teil, wenngleich auch noch „biedermeierlich-sentimental“ gemildert, der „Kanon späterer grenzdeutscher und bürgerlicher Ostmarkenideologie“ vorgezeichnet worden sei<sup>23)</sup>.

Diese systematische Germanisierungspolitik, die allerdings in Deutschland nicht unwidersprochen blieb, führte zu jenem schweren, wechsellvollen Volkstumskampf zwischen beiden Seiten, der nach Wiedererrichtung des polnischen Staates am Ende des I. Weltkrieges unter umgekehrten Vorzeichen fortgesetzt und erst mit der Vertreibung und Umsiedlung von Millionen Deutschen nach 1945 sein eigentliches Ende gefunden hat<sup>24)</sup>.

### Vom Nationalfeind zum „Rassefeind“ (1919—1945)

Dem 1918 wiedererstandenen polnischen Staat wurde durch den Versailler Vertrag im Westen Posen, Westpreußen und Teile von Oberschlesien zugesprochen. Diese Entscheidung wandelte das Polenbild in Deutschland quantitativ und qualitativ<sup>25)</sup>. Wir wissen,

daß bestimmte antipolnische Vorurteile in fast allen Schichten der deutschen Gesellschaft verwurzelt waren, aber doch wohl vorwiegend in bürgerlich-intellektuellen Kreisen. Nunmehr erhielten diese neue Nahrung. Die durch die Katastrophe von 1918 tief in ihrem Nationalstolz getroffenen Angehörigen der Diplomatie, des Bürgertums, der Beamten-schaft, der Parteien, der Wissenschaft, der Reichswehr und der Industrie machten aus ihren Gefühlen keinen Hehl. Zahlreiche Vereine und Verbände, die nach Kriegsende gegründet worden waren, um das Deutschtum im Ausland kulturell und wirtschaftlich zu erhalten, bemühten sich, im Staat das Bewußtsein für die verlorenen Gebiete wachzuhalten und das Gemeinschaftsgefühl zwischen allen Deutschen zu pflegen. Zu den militantesten Repräsentanten derselben zählten u. a. der „Ostmarkenverein zur Förderung des Deutschtums“, die „Alldeutschen“, der „Flotten-Kolonialverein“ und die Wehrverbände mannigfacher Provenienz. Psychologische Strukturen führender Persönlichkeiten, die soziale Struktur der Gesellschaft und der jeweils eigene Platz innerhalb derselben, Erfahrungen während des sozialen Lernprozesses und die vorwiegend einseitig perzeptierten Aktionen Polens begünstigten diese weithin antipolnische Stimmung im deutschen Volk und weckten die Bereitschaft zur Tat. Dabei vermischten sich in gefährlicher Weise, wie manchmal bei derartigen Fällen, berechnete Sorgen um das Schicksal der Brüder und Schwestern draußen in der Ferne mit unverhohlenem Revanchegeist, der nur auf den

<sup>22)</sup> Vgl. auch die zahlreichen Literaturangaben in: Osteuropa in der historischen Forschung der DDR, hrsg. v. M. Hellmann. Bd. 2, Düsseldorf 1972, S. 323 ff.

<sup>23)</sup> Vgl. Broszat, a. a. O. (s. Anm. 5), S. 120.

<sup>24)</sup> Vgl. hierzu die Beiträge von: Rhode, G., Nachbarschaft und Gegnerschaft im osteuropäischen Raum, in: Deutsche Sängerschaft, Frankfurt, März 1967, S. 3 ff; Wehler, H.-U., Nachbar Polen, in: Der „Monat“, H. 264/1970, S. 26 ff.

<sup>25)</sup> Vgl. allgemein: Kellermann, V., Schwarzer Adler, Weißer Adler. Die Polenpolitik der Weimarer Republik, Köln 1970; Roos, H., Polen zwischen den Weltkriegen, in: Osteuropa-Handbuch, Polen, hrsg. v. W. Markert, Köln-Graz 1959, S. 18—68; Jablonski, H., Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen, in: Jahrbuch der Albertus-Univ. zu Königsberg/Preußen, 1969, Bd. XIX, Würzburg 1969, S. 27 ff; ders., Beiträge zur Geschichte Westpreußens, in: Zeitschrift der Copernicus-Vereinigung zur Pflege der Heimatkunde und Geschichte Westpreußens e. V., Leer (1971), S. 9 ff; Jacobsen, H.-A. (Hrsg.), Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/1970, Düsseldorf 1970; Ulitz, O., Aus der Geschichte Oberschlesiens, Münster 1962<sup>2</sup>; Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik, Köln-Graz 1966; Roos, H., Geschichte der polnischen Nation 1916—1960, Stuttgart 1961; Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918—1945, Serie B: 1925—1933, Bd. II, Göttingen 1967; Broszat, M., Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, a. a. O., S. 201 ff; Krekeler, N. F., Zur Deutschtumspolitik des Auswärtigen Amtes in den durch den Versailler Vertrag abgetretenen Gebieten 1918—1933, Diss., Bonn 1972.

Augenblick wartete, in dem ein wiedererstarktes Reich seine „gesamtdeutsche Verantwortung“ erkannte und zu einer aktiven Revision überging. In Reaktion auf die Niederlage von 1918 wurden die Polen zum *Nationalfeind* der Deutschen schlechthin hochstilisiert, außerdem zum *Alliierten Frankreichs*, „*Störenfried Europas*“ und „*Unterdrücker*“ der *deutschen Minderheiten*. Die nationale Sicherheit schien in erster Linie durch die Einkreisungspolitik Frankreichs und Polens gefährdet zu sein. Letztere verhinderten mit aller Macht ein Wiedererstarken Deutschlands. Zur Abwehr dieser „Bedrohung“ verbündete sich die Republik daher mit der Sowjetunion.

Keine deutsche Regierung der Weimarer Republik war willens, die Ostgrenze des Reiches, etwa ähnlich wie dies in Locarno 1925 mit der Westgrenze geschehen war, anzuerkennen. Nicht nur Presse und Rundfunk weckten Emotionen gegen die polnische Politik, sondern auch die zahlreichen Wanderprediger der Parteien und Wissenschaft. Allerdings waren die Meinungen geteilt in der Frage, mit welchen Mitteln die Revision im Osten realisiert werden müsse. Es gab Repräsentanten der „harten“ und „weichen“ Lösung. Vor allem in diplomatischen Kreisen und bei den Linken strebten die Eliten eine Änderung der bestehenden Grenzen ohne Waffengewalt, höchstens mit Hilfe wirtschaftlicher Pressionen, an. Ein so prominenter Gelehrter und Politiker wie Otto Hoetzsch sprach von der „temporären Feindschaft“, solange das Selbstbestimmungsrecht in den von Deutschland an Polen abgetretenen Gebieten noch nicht verwirklicht worden sei. Aus ähnlichem Grunde hielt der spätere Reichsaußenminister v. Neurath eine Verständigung mit Polen weder für möglich noch für wünschenswert. Innerhalb der Reichswehr zählte vor allem General v. Seeckt zu den prononciertesten Gegnern Polens. Die Existenz Polens war für ihn „unerträglich“ und mit den „Lebensbedingungen“ Deutschlands unvereinbar, so daß er zeitweilig sogar eine gewaltsame Lösung des Problems in Erwägung zog<sup>26)</sup>. Eine befriedigende Regelung des deutsch-polnischen Spannungsverhältnisses schien den meisten Diplomaten erst dann möglich zu sein, wenn alle abgetretenen Gebiete, die unentbehrlich für die wirtschaftliche Versorgung des Reiches waren, uneingeschränkt an Deutschland zurückgegeben worden seien.

<sup>26)</sup> Vgl. Meier-Welcker, H., Seeckt, Frankfurt 1967, S. 291 ff, 343, 437 ff.

Bei diesem spezifischen Polenbild in Deutschland<sup>27)</sup> — soweit sich ein solches hier zusammenfassen läßt — ist ganz besonders die Wechselwirkung zwischen Wort und Tat der beiden Staaten und im Rahmen der europäischen Politik zu berücksichtigen. Die unter umgekehrten Vorzeichen einsetzende „Entdeutschung“, nationalistisch-chauvinistische Parolen und Strömungen in Polen, die Forderungen nach einer angemessenen Vergrößerung durch die Annexion Ostpreußens und der Angliederung Ostdeutschlands bis zur Oder mit dem Ziel, ein Großpolen zu schaffen, wurden von deutschen Extremisten weidlich ausgeschlachtet. Die in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zunehmende polnische Politik der Drohungen gegenüber dem Reich und der Wirtschaftskrieg steigerten Radikalität und Mißtrauen auf beiden Seiten. Was Warschau als Selbstbehauptungskampf deklarierte, interpretierte Berlin als Bedrohung seiner Sicherheit und Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts. Argumente und Handlungsweisen des anderen, z. T. willkürlich aus dem Zusammenhang gerissen und selektiv vermittelt, dienten mehr und mehr zur Rechtfertigung des eigenen Verhaltens<sup>28)</sup>.

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung war das Polenbild in Deutschland mannigfachen Schwankungen unterworfen. Die offiziöse Berichterstattung, gelenkt und manipuliert durch das Propagandaministerium unter Goebbels, hielt sich merklich zurück, besonders in den so heiß umstrittenen Volkstumfragen, um die seit 1934 von Hitler und Pilsudski eingeleitete Phase der Zusammenarbeit mit antisowjetischer Spitze nicht zu gefährden. Polen wurde zum *Bündnispartner aus Staatsräson*. Oberflächlich betrachtet schien damit der traditionelle Feind dem neuen, systematisch von allen Massenkommunikationsmitteln propagierten Weltfeind Nr. 1 weichen zu müssen: dem Bolschewismus und dem Judentum. Doch blieb das alte nur verdeckt. Gerade die konservativ-bürgerlichen Kreise hielten den Gedanken an die Revision der Grenzen im Osten wach, wenngleich sie auch mehr nach dem Motto handelten: weni-

<sup>27)</sup> Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist auch ein kritischer Vergleich des Stichwortes „Polen“ im Brockhaus: 14. Aufl. v. 1895, S. 227 ff; 15. Aufl. 1926—1933, S. 687 ff; 1937: S. 687 ff; 1956 und 17. Aufl. 1972, Bd. 14. S. zudem: Staatslexikon, Freiburg 1961.

<sup>28)</sup> Vgl. Kellermann, V., Schwarzer Adler. Weißer Adler, a. a. O. (s. Anm. 25) S. 148 ff.

ger davon sprechen, immer daran denken<sup>29)</sup>.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen verbesserten sich merklich, verbunden mit einer unverkennbaren Aufwertung des polnischen Regimes, an dessen Spitze seit 1926 der auch in manchen Partei- und Regierungskreisen respektierte, ja sogar teilweise bewunderte Marschall Pilsudski stand. Ohne Zweifel erfolgten manche Korrekturen an dem alten Polenbild. Das Streben nach größerer Objektivität und der Ton der Berichterstattung nahmen zeitweilig sogar gutnachbarliche Züge an. Es schien eine echte Chance zu bestehen, das langgehegte und emotionsgeladene Vorurteil über den Nachbarn im Osten schrittweise abzubauen und starre Denkkategorien zu überwinden. Aber ein derartiges Erscheinungsbild blieb letzten Endes doch nur äußere Fassade. Die meisten Repräsentanten und Meinungsmacher in Politik, Wissenschaft und in der Volkstumsarbeit waren sich im klaren darüber, daß die offizielle Freundschaft mit Polen höchstens eine Art „Sprachregelung auf Zeit“ war.

Ende 1938 begann sich die politische Landschaft zu verändern. Die Gegensätze rückten wieder stärker in den Mittelpunkt, da es den Vertretern des Reiches bei den Geheimverhandlungen mit Warschau in den dreißiger Jahren nicht gelungen war, Polen von den Vorteilen eines gemeinsamen Waffenganges gegen die Sowjetunion zu überzeugen. Als es um die Frage ging, ob Warschau die deutsche Hegemonialstellung in Europa unter Erfüllung gemäßiger deutscher Forderungen respektieren würde, setzte die Eskalation ein. Je unmißverständlicher die Polen dies ablehnten, um so entschlossener wurden Hitler und seine engsten Mitarbeiter, die schwebenden Fragen „so oder so“, d. h. notfalls mit Gewalt zu lösen.

Seit dem Frühjahr 1939 reifte in Berlin der Entschluß, Polen zu isolieren und im Zuge

<sup>29)</sup> Vgl. zum Dritten Reich: Broszat, M., Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, a. a. O. (s. Anm. 5), S. 234 ff; Roos, H., Geschichte der polnischen Nation, a. a. O. (s. Anm. 5), S. 115 ff; Jacobsen, H.-A., Nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938, Frankfurt 1968; ders., (Hrsg.), Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933—1937, Boppard 1970; Piotrowski, St., Hans Franks Tagebuch, Warschau 1963; Aurich, P., Der deutsch-polnische September 1939, München 1969; Broszat, M., Nationalsozialistische Polenpolitik 1939—1945, Stuttgart 1961; Madajczyk, C., Die deutsche Besatzungspolitik in Polen (1939—45), Wiesbaden 1967; Hohenstein, A., Wartheländisches Tagebuch aus den Jahren 1941/42, Stuttgart 1961; Krannhals, H. v., Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt 1962.

der Neugestaltung des osteuropäischen Großraums niederzuwerfen. Unterdessen offenbarte sich von Monat zu Monat mehr der reine Opportunismus in der Polenfrage. Die offizielle Pressepolitik des Dritten Reiches hatte die Minderheitenfrage, den eigentlichen Zankapfel zwischen beiden Ländern, systematisch heruntergespielt. Immer wieder wurden die deutschen Redakteure angehalten, Ausschreitungen der Polen gegen Volksdeutsche nur registrierend und mit dem Ausdruck des Bedauerns zu vermerken. Dagegen sollte — positiv — Polens Kampf gegen den Kommunismus und die Juden, außerdem die Politik der polnischen Regierung in Europa moralisch unterstützt werden. Als die Nachfolger Pilsudskis Anfang 1939 die deutschen Forderungen ablehnten, wurden die Schrauben angezogen. Im Sommer 1939 machten die „Gewalttaten“ der Polen an den Volksdeutschen auf einmal wieder Schlagzeilen. Goebbels heizte Presse und Rundfunk buchstäblich an, um die Volkswut zum Kochen zu bringen. Jetzt sollte die polnische „Assimilierungspolitik“, von der Propaganda ins Uferlose gesteigert, den gewünschten Vorwand zum aktiven Eingreifen im Osten bieten<sup>30)</sup>.

An dieser Stelle scheint es angebracht zu sein, ein paar Gedanken über das *militärische „Feindbild“* einzuflechten. Wenn auch zu berücksichtigen bleibt, daß militärische Stäbe gewöhnlich für alle Eventualfälle planen und deshalb nicht immer Prioritäten setzen, so zählten doch die polnischen Streitkräfte in der Weimarer Republik, insbesondere seit Mitte der zwanziger Jahre, zu dem primär denkbaren „Feind“. Die deutsche Führung rechnete zunehmend mit der Möglichkeit eines polnischen Gewaltstreiches auf Ostpreußen und Oberschlesien. In Kriegsspielen wurden Spannungen über „illegale polnische Bandenaktionen“ bis zum Eingreifen des polnischen Heeres unter Wahrung des Primats der Politik simuliert. Aus dem gleichen Grunde wurden Befestigungen im Osten (Heilsberger Stellung) ausgebaut<sup>31)</sup>.

Diese militärische Beurteilung der Lage änderte sich erst nach Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens von 1934. Polen wurde nun nicht mehr automatisch als Gegner in Betracht gezogen. Jedoch ging die Opera-

<sup>30)</sup> Vgl.: Sängler, F., Marsch in den Krieg. Die Praxis der Nachrichtenpolitik der Nationalsozialisten, in: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, v. 30. 8. 1969, S. 22 ff.

<sup>31)</sup> Vgl. hierzu u. a.: Manstein, E. v., Aus einem Soldatenleben. 1887—1939, Bonn 1958, S. 131 ff; Wohlfel, R., Reichswehr und Republik (1918—1933), Frankfurt 1970, S. 188 ff.

tionsabteilung von der Annahme aus, daß Polen eventuell bereit sein könnte, sich im Falle einer feindlichen Offensive (etwa von Frankreich und der CSSR lanciert) einen gewissen „Beuteanteil“ zu sichern.

Im großen und ganzen gesehen blieb das militärische Feindbild der deutschen Wehrmacht bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ideologiefrei. Es wurde vornehmlich von der Notwendigkeit zur Sicherung des eigenen Territoriums geprägt. Je konkretere Maßnahmen im Frühjahr 1939 jedoch gegen Polen eingeleitet wurden, desto mehr wurden wieder die alten „bitteren Gefühle“ gegenüber dem östlichen Nachbarn wach, vor allem bei den Angehörigen der Weltkriegsgeneration. Diese hatten die strategisch so „unvernünftige Grenzziehung“ und die Abschnürung des Reiches von Ostpreußen (der Korridor als „Pfahl im Fleisch“) von Anfang an heftig kritisiert. Letztere waren für den in militärischen Kategorien denkenden Soldaten ständiger Anlaß zur Sorge. Allein deswegen einen Angriffskrieg zu führen, lag schon im Hinblick auf die damit verbundenen Gefahren vor einem Mehrfrontenkrieg außerhalb eigener operativer Erwägungen. Erst die neue Lage und die Befehle der politischen Führung zwangen zum Umdenken, dessen Notwendigkeit unter gewissen Voraussetzungen bei vielen älteren Soldaten und bestimmten Teilen der Bevölkerung, ja sogar innerhalb der Militäropposition auf begrenzte Zustimmung stieß<sup>32)</sup>. Offenbar hatten die meisten von ihnen gegen eine territoriale „Flurbereinigung“ keine ernsthaften Bedenken. Erst im Laufe der darauffolgenden Monate mußte die Generalität des Heeres einsehen, daß die nationalsozialistische Führung viel weitergehende Ziele (Erweiterung des deutschen Lebensraumes im Osten) verfolgte als sie selbst angenommen hatte. Sie hatte sich bis dahin von dem traditionellen Operationsziel leiten lassen, die polnische Wehrmacht zerschlagen zu müssen.

Die Einschätzung der polnischen Wehrmacht 1938/39 durch das deutsche Oberkommando verdeutlichte, wie eingehend der mögliche Waffengegner studiert worden war. Berlin glaubte, daß die Schwäche der noch schematisch denkenden und unsicheren polnischen Führung durch „den Fanatismus des Offizierkorps sowie durch die Genügsamkeit,

Härte und Opferbereitschaft des Soldaten“ ausgeglichen würde. Der polnische Soldat wurde als „willig, tapfer, hart, anspruchslos und vaterlandsliebend“ eingeschätzt. Allerdings würde er wohl kaum zum selbständigen Handeln befähigt sein. Innerhalb des polnischen Offizierkorps erhielten die Generalstabsoffiziere die besten Zensuren. Hingebende ernste Arbeit und Verständnis für die ihnen aufgebürdeten Pflichten bewiesen, daß diese von Jahr zu Jahr die ihnen gestellten Aufgaben besser bewältigt hätten. Insgesamt meinte man jedoch zu dem Urteil berechtigt zu sein, daß das polnische Heer infolge ungenügender Bewaffnung und unzureichender Führung einer schweren moralischen Belastung kaum gewachsen sein würde<sup>33)</sup>.

Mit dem deutschen Angriff auf Polen am 1. 9. 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgelöst. Von jetzt ab nahm zumindest das offizielle Bild des östlichen Nachbarn verzerrte Züge an, denn der Krieg wurde nicht etwa im Sinne alter Revisionsvorstellungen mit begrenzter territorialer Zielsetzung geführt, sondern mit dem Zweck, Polen als Staat aufzulösen, seine Bevölkerung zum *Rassefeind* und damit zu Angehörigen von „*Minderwertigen*“ zu stempeln und sie einem Helotenschicksal zu überantworten. Dieses barbarische „Teufelswerk“, das in seinen Anfängen noch mit den Morden an zahllosen Volksdeutschen („Bromberger Sonntag“) motiviert bzw. „gerechtfertigt“ wurde, führte rasch zu den ersten völkischen Ausrottungsmaßnahmen, d. h. zur Liquidierung großer Teile der polnischen Intelligenz, des Adels, der Geistlichkeit und der Juden. Für Hitler und seinesgleichen war Polen überhaupt „keine kulturelle Nation“ und verdiente, von der Erde hinweggefegt zu werden. Was folgte, war für Polen ein Inferno ohne Beispiel in seiner Geschichte. Vertreibung, Ausrottung, Rechtsungleichheit, Arbeitseinsatz und Ausschaltung der katholischen Kirche stellten gegenüber der harten Entpolonisierungspolitik des Wilhelminischen Kaiserreiches einen Sprung von der Quantität zur Qualität dar. Auch die nachwachsende Führerschicht Polens sollte sichergestellt und in einem entsprechenden Zeitraum weggeschafft werden. Der seit dem Frühjahr 1943 etwas gemäßigte einsetzende Kurs deutscher Polenpolitik änderte an diesem Grundprinzip wenig; er war in erster Linie auf die

<sup>32)</sup> Vgl. Müller, K.-J., *Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933—1940*, Stuttgart 1969, S. 390 ff.; Manstein, E. v., *Verlorene Siege*, Bonn 1955, S. 14 ff.; Vormann, N. v., *Der Feldzug 1939 in Polen, Weißenburg 1958*, S. 37 ff.

<sup>33)</sup> Vgl. Taschenbuch des polnischen Heeres, Herbst 1938; kurzer Überblick über die polnische Wehrmacht, 1. 3. 1939; Großes Orientierungsheft Polen, 1. 5. 1939 (Militärgeschichtliches Forschungsamt, BA-MA H 3/1802). Leppa, K., Generalfeldmarschall W. Model, Nürnberg o. J. (1962), S. 103.

politische Lage zurückzuführen, d. h. taktisch bedingt <sup>34</sup>).

Jedoch wird der um Objektivität ringende Wissenschaftler gerade bei diesem Bild zu differenzieren haben. Angesichts der Geheimhaltung und einer total manipulierten Presse- und Medienpolitik im Dritten Reich wird zu fragen sein, wer in Deutschland eigentlich de facto etwas von diesem grausamen Vernichtungswerk gewußt hat. Wer besaß schon hinreichende Informationen von den Verbrechen, die in Auschwitz, in Warschau und an anderen Plätzen verübt wurden und wer hätte sich mit ihnen identifiziert? Eines dürfte sicher sein: die Bilder von den Polen unterlagen wachsender Verzerrung. Gewissenlose Propaganda, Gerüchte, Halbwahrheiten und Einzelerfahrungen am Ort verschmolzen fast unlösbar mit traditionellen Klischees. Und noch etwas weiteres darf angenommen werden: die Verteufelung der Polen war das Werk einer Minderheit, in mancher Beziehung freilich präformiert durch die Ideen und Gedanken eines Treitschkes und anderer Geistesvertreter des Deutschen Kaiserreiches <sup>35</sup>).

## Polen in Europa: Einige Vorstellungen der deutschen Opposition

Wenngleich auch viele deutsche Offiziere, Soldaten und Beamte <sup>37</sup>) von dem herkömmlichen preußisch-deutschen Superioritätsgefühl gegenüber der polnischen Bevölkerung durchdrungen sein mochten, was durch Feldpostbriefe während und nach dem Feldzug in Polen 1939 und durch Äußerungen wie die

Verhalten und Reaktion der Mehrheit waren eher durch Passivität und Gleichgültigkeit gekennzeichnet, verbunden mit dem überlieferten Überlegenheitsgefühl gegenüber den Diskriminierten, aber wohl weniger als Zustimmung zu der NS-Politik auszulegen. Bezeichnend war, daß gerade viele Volksdeutsche, die in Polen z. T. eine schwere Zeit durchlebt hatten, mit Scham und Entsetzen das Wüten der „Goldfasane“ und ihrer Helfershelfer im sogenannten Generalgouvernement verfolgten <sup>36</sup>).

Fraglos waren die Jahre von 1939-1944 ein bezeichnendes Beispiel für die zunehmende Verzerrung der Wirklichkeit auf deutscher Seite und für das Unvermögen, den östlichen Nachbarn (und seine Verbündeten) aus ihrem Selbstverständnis und ihrer Interessenlage heraus zu analysieren und in das eigene politische Kalkül miteinzubeziehen. Diese grobe Fehleinschätzung oder auch kognitive Dissonanz — vor allem im Hinblick auf die Möglichkeit, die bestehenden Konflikte zwischen Deutschland und Polen mittels Gewalt zu lösen — waren eine wesentliche Ursache für die Katastrophe Deutschlands im Jahre 1945.

<sup>34</sup>) Vgl. Broszat, NS-Polenpolitik 1939—1945, a. a. O. (s. Anm. 29).

<sup>35</sup>) Vgl. u. a.: Treitschke, H. v., Das Ordensland Preußen, Leipzig o. J. (1862), (hier: Insel-Ausgabe), S. 25 ff; „... Bei dem unseligen Zusammenprallen tödlich verfeindeter Rassen ist die blutige Wildheit eines raschen Vernichtungskrieges menschlicher, minder empörend als jene falsche Milde der Trägheit, welche die Unterworfenen im Zustand der Tierheit zurückhält ... Ein menschliches Geschenk daher, daß nach der Unterjochung der Herr dem Diener seine Sprache gab, ihm so den Weg eröffnete zu höherer Gesittung ...“ (S. 27 f).

<sup>36</sup>) Vgl. u. a. Hohenstein, A., a. a. O. (s. Anm. 29), S. 37 f, 43 (mit dem Hinweis auf die „vier Ideale“ der Polen: „gut essen, gut trinken, sich gut kleiden und es, um der himmlischen Seligkeit willen, der Kirche gut gehen lassen“), S. 78, 258 f. u. ö.

<sup>37</sup>) Vgl. Roon, van G., Neuordnung im Widerstand, München 1967; Lipgens, W., (Hrsg.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940 bis 1945, München 1968; 20. 7. 1944, hrsg. v. der Bundeszentrale für Polit. Bildung, Bonn 1969<sup>6</sup>; Groscurth, H., Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938 bis 1940, hrsg. v. H. Krausnick u. a., Stuttgart 1970.

über „Verwahrlosung“, „unendliche Armut und Verschlamtheit“ des Landes belegt werden kann <sup>38</sup>), so gab es unter ihnen doch nicht wenige, die bei Verletzung der anerkannten, selbstverständlichen Gebote der Menschlichkeit im Kriege einzuschreiten gewillt waren. Manche von ihnen litten tief darunter, daß „organisierte Mörder, Räuber und Plündererbanden“ in Polen den deutschen Namen besudelten; sie schämten sich ganz einfach, „ein Deutscher zu sein“ <sup>39</sup>). Und 1944 bekannte z. B. Graf Schwerin von Schwanefeld vor dem Volksgerichtshof, daß ein entscheidendes Motiv für sein oppositionelles Verhalten die vielen Morde in Polen <sup>40</sup>) gewesen seien.

Über die Stellung Polens in einem zukünftigen vom Nationalsozialismus befreiten und vor dem Bolschewismus bewahrten Europa gab es innerhalb der verschiedenen Gruppen des deutschen Widerstandes gegen Hitler unterschiedliche Auffassungen. Für Sozialisten

<sup>38</sup>) Vgl. Müller, Chr., Oberst i. G. Stauffenberg, Düsseldorf (1970), S. 166 f.

<sup>39</sup>) Vgl. die ausgewählten Briefe von Gen. Major H. Stieff, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1954, S. 300.

<sup>40</sup>) Vgl. 20. 7. 1944, a. a. O. (s. Anm. 37), S. 216.

und preußische Beamte vom Typus eines Th. Haubach und P. van Husen waren die Existenz Polens und die deutsch-polnische Verständigung schon seit den zwanziger Jahren eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte europäische Neuordnung<sup>41)</sup>. Vertreter des Kreisauer Kreises, deren Denken stärker vom europäischen Internationalismus geprägt war, hielten die Wiedergutmachung an Polen für eine der wichtigsten Aufgaben der Nachkriegspolitik. Die umstrittene Ostgrenze spielte für sie nur eine untergeordnete Rolle. Selbstverständlich für sie war die Wiederherstellung eines freien polnischen Staates (vielleicht in den Grenzen des „alten Polen“) im Rahmen eines europäischen Staatenbundes. Schon etwas eingeschränkter forderte A. Trott zu Solz (April 1942), den polnischen Staat „innerhalb seiner Volkstumsgrenzen“ wiederzuerrichten<sup>42)</sup>. Im Geist nationalstaatlicher Traditionen und imperialer Vorstellun-

gen des Bismarck-Reiches argumentierten führende Köpfe der mehr konservativ-nationalen „Honoratioren“, darunter Goerdeler, Beck und v. Hassell. Sie strebten lange Zeit Deutschlands Führung in Mitteleuropa an, bei der auch Polen in das Einflußgebiet des Reichs fallen mußte, ohne daß indessen seine politische Eigenständigkeit und sein kulturelles Eigenwesen angetastet werden sollte. Für sie stand an erster Stelle des Katalogs „deutscher Lebensfragen“, wie schon nach 1919, die Revision des Versailler Vertrages und damit die Forderung nach den Grenzen von 1914. Möglicherweise konnten Großbritannien und Deutschland die Garantie der polnischen Ostgrenze gegenüber der UdSSR übernehmen, um das Vordringen des Sowjetkommunismus zu verhindern. Das Vereinigte Europa, in dem auch Polen seinen festen, gesicherten Platz haben sollte, war für sie ein Fernziel<sup>43)</sup>.

## Zur territorialen Westverschiebung Polens und Austreibung der Deutschen (1945/49)

Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, so haben auch die Entscheidungen und Vereinbarungen der Siegermächte am Ende des Zweiten Weltkrieges das deutsch-polnische Verhältnis zusätzlich schwer belastet. Im Mittelpunkt aller polnischen Erwägungen in den Jahren von 1939-1945 hatte das Ziel gestanden, nach dem Kriege die Gefährdung Polens durch den deutschen Nachbarn auszuschalten und die Abrundung des eigenen Staatsgebietes durch die Angliederung jener Territorien sicherzustellen, die sich in der Vergangenheit als Konfliktherde zwischen den beiden Völkern erwiesen hatten. Hinzu kam, daß die Sowjetunion aus macht- und sicherheitspolitischen Interessen nicht daran dachte, auf die Gebiete Ostpolens zu verzichten, die sie auf Grund der Verträge mit Deutschland 1939 besetzt und annektiert hatte. Sie trat daher auf den Kriegskonferenzen entschieden für eine Kompensation Polens ein; Polen sollte für seine Verluste durch eine Westverschiebung bis an die Oder-Neiße-Linie zu Lasten Deutschlands entschädigt werden<sup>44)</sup>.

Ogleich in Potsdam (2. 8. 1945) die Frage der deutsch-polnischen Grenze formal offengehalten worden war — die deutschen Ostgebiete (abgesehen von Königsberg und engerer Umgebung) wurden der polnischen Verwaltung unterstellt, eine endgültige Festlegung der Grenze sollte einer Regelung auf einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben —, ließen doch zahlreiche politische Erklärungen und Maßnahmen deutlich werden, daß künftig jeder Rechtsanspruch auf diese Gebiete durch die normative Kraft des Faktischen in Frage gestellt werden mußte. Hierzu zählten in erster Linie die Beschlüsse über die ordnungsgemäße Aussiedlung der Deutschen unter stillschweigender Zustimmung der Westmächte, die seit Februar 1945 von der provisorischen polnischen Regierung eingeleiteten Schritte zur Umsiedlung der eigenen Bevölkerung von Ost nach West zur Bewirtschaftung und verwaltungsmäßigen Einbeziehung des deutschen Vorkriegsterritoriums sowie die im Herbst 1945 getroffenen Kontrollratsvereinbarungen, in denen die Aussiedlung legitimiert wurde. Die Gebietserwerbungen endgültig durchzusetzen und rechtlich zu verankern, blieb denn auch eines der Primärziele polnischer Außen- und Innenpolitik nach 1945<sup>45)</sup>.

<sup>41)</sup> Vgl. van Roon, a. a. O. (s. Anm. 37), S. 181 ff, 195 ff, 458.

<sup>42)</sup> ebd., S. 141 ff, 572 ff.

<sup>43)</sup> Vgl. Graml, H., Die außenpolitischen Vorstellungen des dt. Widerstandes, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, hrsg. v. Schmitthenner/Buchheim, Köln 1966, S. 15 ff.

<sup>44)</sup> Vgl. Vierheller, V., Polen und die Deutschland-Frage 1939—1949, Köln 1970.

<sup>45)</sup> Ebd., S. 168 ff. Zudem immer noch grundlegend: Osteuropa-Handbuch. Polen, hrsg. v. W. Markert, Köln-Graz 1959, S. 194 ff. (G. Rhode).

In Konsequenz der hier angedeuteten Entwicklung waren es vor allem die von Haus und Hof vertriebenen Deutschen mit ihren leidvollen Erfahrungen, die als erste nach dem Kriege im Negativen wie im Positiven neue Eindrücke von den polnischen Nachbarn vermittelten. Ihr tragisches Schicksal ist in vielfacher Weise überliefert worden. Stellvertretend für das, was Deutsche und andere in deren Namen den Polen an Unrecht und Grausamkeiten zugefügt hatten, mußten sie einen Teil der furchtbaren Rechnung begleichen<sup>46)</sup>.

Es war daher nicht verwunderlich, daß in ihren Schilderungen und Briefen vom Ort das Verhalten der Polen einen breiten Raum einnahm, ohne daß die Berichtenden dabei immer Ursache und Wirkung kritisch reflektiert hätten. Und doch kommt es entscheidend darauf an, diese Zusammenhänge richtig zu sehen. Viele der einst ausgebeuteten und verarmten Polen übten auf ihre Weise Vergeltung, während die polnischen Behörden bestrebt waren, die Gebiete bis zur Oder-Neiße rasch zu polonisieren. Dort setzte ein „gewaltsamer Prozeß national- und sozialrevolu-

tionärer Besitzenteignung und Schadloshaltung“<sup>47)</sup> ein, der erst allmählich in geregelten Bahnen verlief, um die einheimischen Besitzer durch repatriierte Polen aus dem Osten abzulösen. Fraglos gingen viele Polen mit rigorosen Methoden, insbesondere gegen jene Deutsche vor, die sich anfangs nicht bereit erklärten, für den polnischen Staat zu optieren. Lang aufgestaunter Haß gegen die ehemaligen Unterdrücker entlud sich dabei und führte zur Verdrängung der Deutschen aus ihrem Besitz, zu Schikanen, gewaltsamen Übergriffen und Plünderungen durch Milizsoldaten.

Jedoch gab es in dieser Zeit des radikalen Umbruchs auch zahllose Polen, wie Zeugnisse aus unterschiedlichsten Kreisen belegt haben, deren völkerverbindlicher Geist der Menschlichkeit die Ausgesiedelten immer wieder tief beeindruckt hat. Schlichte Taten der Hilfe und der selbstverständlichen Nächstenliebe an den Mitmenschen, Sinn für Gerechtigkeit und echtes Mitempfinden für das Leid der persönlich meist unschuldigen Opfer waren keine Seltenheit<sup>48)</sup>.

## „Satellit“ Moskaus und ideologischer Widersacher (1945—1956)

Das Bild von dem polnischen Nachbarn, das sich nach 1945 in der Bundesrepublik langsam herauskristallisiert hat, war zunächst fast ganz von den Stereotypen des „Kalten Krieges“ überschattet. Bekanntlich hatte sich das durch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion beherrschte bipolare Gleichgewicht, das das traditionelle europäische Gleichgewicht ersetzt hatte, mit seinen Schwerpunkten nach Washington und Moskau verlagert. Am Beispiel der Herrschaftspraxis in Ost- und Westeuropa wurden die prinzipiellen Gegensätze der sich antagonistisch gegenüberstehenden Gesellschafts- und Ordnungsvorstellungen sichtbar. Die Struktur des Ostblocks schien sich von der des Westens fundamental zu unterscheiden. Monolithische Geschlossenheit, Gleichschaltung nach sowjetkommunistischem Vorbild, Konsolidierung der Volksdemokratien unter dem Schutz sowjetischer Streitkräfte, hermetische Abgeschlossenheit und die Tendenz zur geistigen Isolierung von der übrigen Welt waren die hervorstechendsten Erscheinungsfor-

men, die in zahlreichen Berichten, amtlichen Nachrichten und Reportagen ihren Niederschlag fanden.

Aufgrund der Entscheidungen des Zweiten Weltkrieges wurde auch Polen in den Sog des Konkurrenzkampfes zwischen den Blöcken hineingezogen, der von dem Charakter eines Entweder-Oder durchdrungen zu sein schien. Unerbittlich steigerte sich bis in die fünfziger Jahre der gegenseitige Propagandakrieg. Jeder Schritt der einen Seite wurde von der anderen als Herausforderung oder Subversion gegen sich selbst und als gegen die eigenen Interessen gerichtet interpretiert. Wenn der Osten von den „imperialistischen Aggressoren“ sprach, klagte der Westen die „kommunistischen Weltverschwörer“ an. Die Atmosphäre des Verhandeln, auch innerhalb der Vereinten Nationen, in denen die Vertreter der Blöcke meist geschlossen für und wider optierten, war vergiftet und voller Mißtrauen. Theorie und Praxis der in-

<sup>46)</sup> Vgl. zur Einführung (mit Lit. Hinweisen); Broszat, M., Massendokumentation als Methode zeitgeschichtlicher Forschung, in: Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte, 1954, S. 202 ff.

<sup>47)</sup> Vgl. Broszat, a. a. O. (s. Anm. 5), S. 312: Die Ostgebiete des Deutschen Reiches, hrsg. v. G. Rhode, Würzburg 1956<sup>3</sup>, S. 144 ff.

<sup>48)</sup> Vgl. vor allem: Dokumente der Menschlichkeit aus der Zeit der Massenaustreibungen, Würzburg 1960, 2. Aufl.

ternationalen Beziehungen schlossen einen echten Dialog über Grundfragen menschlichen Zusammenlebens aus. Es war die hohe Zeit der Misperzeption, die zugleich die ideologische Gespaltenheit der Welt widerspiegelte<sup>49)</sup>.

Vor diesem weltpolitischen Horizont muß auch das völlig einseitige Bild von Polen in der Bundesrepublik Deutschland gesehen und bewertet werden. Ungeachtet spärlicher Kontakte und großer Kommunikationsschwierigkeiten entwickelte es sich nach folgendem Schema: Polen war zu einer Volksdemokratie umgewandelt worden, die ganz von Moskau abhängig blieb und den Prinzipien und Wertvorstellungen des Sowjetkommunismus angepaßt wurde. Angesichts der völkerrechtlich nicht anerkannten Abtretung der deutschen Ostgebiete versuchte Warschau, seine internationale Sicherung durch eine enge Anlehnung an die Sowjetunion zu erreichen. Die Westverschiebung Polens zu Lasten Deutschlands wurde in der BRD mit teilweiser Verbitterung und nur widerstrebend als definitives Faktum hingenommen im Gegensatz zu der Tatsache, daß sich der Nachbar im Osten nunmehr aus einem ehemaligen Nationalitätenstaat zu einem Nationalstaat entwickelt hatte. Aber viel entscheidender fiel die unaufhaltsame Umgestaltung des öffentlichen Lebens nach sowjetischem Vorbild ins Gewicht. Alte Oberschichten hatten nacheinander ihre vorherrschenden Positionen verloren. An ihre Stelle traten neue soziale Schichten, insbesondere die z. T. in Moskau geschulten Parteifunktionäre und die arbeitende Intelligenz. Alle Macht im Staat lag in den Händen der führenden Köpfe des ZK der KPP, nachdem jede legale Opposition im Staate ausgeschaltet und auch der Einfluß der katholi-

schen Kirche wesentlich reduziert worden waren. Tiefgreifende Veränderungen kennzeichneten zudem den Bereich von Wirtschaft, Finanzen, der Agrarpolitik und des Bildungswesens (u. a. die Verstaatlichung der Banken und Industriebetriebe, Enteignung der Großgrundbesitzer, Bodenreform und Organisation der Bildungseinrichtungen nach dem sowjetischen Modell, Einführung des polytechnischen Einheitsschulwesens und des Russischen als Pflichtfach). Diese und andere Ereignisse, verbunden mit der Gleichschaltung der Massenkommunikationsmittel, und die weitgehende Übernahme der Führung der polnischen Streitkräfte durch Offiziere der Roten Armee ließen Polen als Prototyp eines totalitären Systems erscheinen, das in unentzerrbarer Abhängigkeit von Stalin und seinem „Statthalter“ Bierut geraten war, dessen strategische Lage für den Warschauer Pakt besondere Bedeutung besaß und in dem die Menschen ihrer wesentlichen Freiheiten beraubt worden waren.<sup>50)</sup>

Seit Anfang der fünfziger Jahre zählte Polen in der Bundesrepublik zum Bestandteil des ideologischen „Feindbildes“, das als Integrationsfaktor westdeutscher Gesellschaftspolitik diente. Und solange auf politische Fragen in den Hauptstädten Osteuropas als Antwort nur die „Stimme Moskaus“ zu hören war, glaubten die meisten Politiker in der Bundesrepublik, kaum eine andere Wahl zu haben, als lediglich mit jenen zu sprechen, deren Wort Gewicht hatte<sup>51)</sup>. Im übrigen vertraten sie den Standpunkt — darin wesentlich unterstützt von den Vertriebenenorganisationen —, daß die endgültige Grenzregelung mit Polen einem Friedensvertrag vorbehalten und das Selbstbestimmungsrecht sowie das „Recht auf Heimat“ im Hinblick auf die verlorenen Gebiete gewährleistet bleiben müßten.

## Über die „vertiefte sozialistische Bruderschaft“ zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik

Die welt- und gesellschaftspolitischen Veränderungen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg haben nicht nur zur Teilung Deutschlands geführt, sondern auch zu einem unterschiedlichen Polenbild in den beiden deutschen Staaten. Seit der Gründung der DDR 1949, vor allem nach der Unterzeichnung des

Abkommens mit Polen über die Oder-Neiße-Friedensgrenze im Juli 1950 — als „histori-

<sup>49)</sup> Vgl. u. a.: Halle, L. J., Der Kalte Krieg. Ursachen. Verlauf. Abschluß, Frankfurt 1969; Czempel, E. O., Grundzüge der Weltpolitik 1945—1968, in: Internationale Politik, hrsg. v. J. Mück, Wiesbaden (1971), S. 32 ff.

<sup>50)</sup> Vgl. exemplarisch: Polen, in: Der Große Brockhaus, Wiesbaden 1956<sup>16</sup>, Bd. 9, S. 262 ff.; Polen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Tübingen 1963, S. 349 ff. (Rochlin).

<sup>51)</sup> Vgl. jetzt: Niethammer, L., Tradition und Perspektiven der Nationalstaatlichkeit für die BRD, in: Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates, Bd. 2, München-Wien 1972, S. 36 ff.; außerdem: Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972, S. 152, 315, 321 f. u. ö.

scher Wendepunkt“ in der Geschichte der beiden Völker apostrophiert —, haben sich die offiziellen Beziehungen dieser Nachbarn in Anpassung an Theorie und Praxis des proletarischen Internationalismus zunehmend politisch, wirtschaftlich und kulturell gefestigt und vertieft, ohne daß sich gesicherte empirische Aussagen darüber machen ließen, welche differenzierten Bilder in den meisten Köpfen der DDR-Bewohner, und zwar abweichend von der dekretierten Parteilinie, von den Polen, ihren Charaktereigenschaften, ihren Stärken und Schwächen existieren. Über möglicherweise noch vorhandene gegenseitige, unterschwellig nachwirkende Ressentiments — zumal ja auch in diesem Teil Deutschlands bestimmte traditionell überlieferte Bilder sicherlich nicht völlig ausgelöscht worden sind — gibt es keine verlässlichen Untersuchungen<sup>52)</sup>.

In den Anfangsjahren der DDR haben in erster Linie führende Vertreter der Partei, der Regierung und als Multiplikatoren Spitzen der zahlreichen „demokratischen Massenorganisationen“, unter ihnen der Volksbildungsminister Wandel, hohe Funktionäre und Wissenschaftler die konsequente Umerziehung der Bevölkerung im Geiste freundschaftlicher Beziehungen zu dem neuen Polen eingeleitet. Als erstes ging es darum, mit Hilfe der Kommunikationsmittel die politische Entscheidung über die Oder-Neiße-Grenze plausibel zu machen. Im Vordergrund der weiteren Bemühungen standen die Integration der Umsiedler in die sozialistische Gesellschaft, mannigfache Freundschaftstreffen, gegenseitige Besuche und Austausch von Delegationen sowie die Steigerung der Wirtschaftshilfe im „Zeichen fortschreitender Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Weltsystems“. Allerdings wurde der gegenseitige Reiseverkehr erst Anfang 1972 erleichtert. Der umfassenden Aufklärungsarbeit nahmen sich auch die „Helmut-von-Gerlach-

Gesellschaft“ (später umbenannt in „Deutsch-Polnische Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft“) und die sich 1956 konstituierende deutsch-polnische Historikerkommission an<sup>53)</sup>. Letztere sollte entsprechend den Direktiven der SED die Freundschaft bzw. das solidarische Zusammenwirken zwischen den polnischen und deutschen Demokraten und Humanisten im Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts herausarbeiten und den gemeinsamen Kampf der beiden Arbeiterparteien gegen die imperialistischen Unterdrücker verdeutlichen, wobei wiederholt auf die Bedeutung des nationalen Befreiungskampfes der Polen für ein demokratisches Deutschland im Denken von K. Marx und F. Engels hingewiesen wurde<sup>54)</sup>.

Zahlreiche Übersetzungen aus dem Polnischen auf dem Gebiet der Literatur und Geschichtswissenschaft informierten die Bürger der DDR über die Leistungen, kulturellen Traditionen und die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Nachbarn im Osten. Insbesondere engagierte Schriftsteller der DDR nahmen sich der polnischen Frage an. Bis Ende der sechziger Jahre haben rund 500 von ihnen in Reportagen, Dramen, in der Belletristik und Lyrik einen beachtlichen Beitrag zu einem realistischeren, zugleich „fortschrittlichen“ Polenbild geleistet, dem verschiedentlich vielleicht allzu stark ideologische Züge anhafteten<sup>55)</sup>. Dabei analysierten viele den Umschwung, der sich in der „Psyche des Deutschen beim näheren Kennenlernen der polnischen Arbeiter und Intelligenzler vollziehen“ mußte. Im Mittelpunkt der Darstellungen stand immer wieder die Anerkennung für den gleichrangigen Partner in Arbeit und Beruf, die Bewunderung für die Leistungen, Wirtschaftlichkeit und Gastfreundschaft der Polen sowie die Kennzeichnung der Oder-Neiße als Friedensgrenze. Mit diesen im ganzen gesehen sicherlich erfolgreichen Bemühungen der DDR verband sich freilich die Tendenz, den „westdeutschen Revanchismus und Imperialismus“ anzuprangern. Das heißt,

<sup>52)</sup> Vgl. Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze, hrsg. v. Dt. Institut für Zeitgeschichte, Berlin (O) 1959; Außenpolitik und internationale Beziehungen der DDR, 1949—1955, Berlin (O) 1972; Jeske, R., Zu den internationalistischen Traditionen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen, in: Deutsche Außenpolitik, 5/1971, S. 884 ff.; Dokumente zur Außenpolitik (der DDR), Bd. V, Berlin (O) 1956/57, S. 554 ff., 626 ff.; Scheel, H./H. Gemkow/R. Jeske, Die Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen und ihr gemeinsamer Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 18/1970, S. 1429 ff.; König, J. Freundschaft DDR-Volksrepublik Polen auf festem Fundament, in: Einheit II/1963, S. 71 ff.

<sup>53)</sup> Vgl. Hellmann, M. (Hrsg.) Osteuropa in der Historischen Forschung der DDR, Bd. 1/2, Düsseldorf 1972 (Bd. I: S. 1104 ff., 289 ff.).

<sup>54)</sup> Vgl. auch die wiederholten Grundsatzartikel in: „Neues Deutschland“ v. 1. 9. 1953 (Wandel, Marx und Engels und der Kampf des poln. Volkes für ein unabhängiges demokratisches Polen); v. 16. 1. 1955 (Winkler: Ohne demokratisches Polen kein demokratisches Deutschland); Tägl. Rundschau v. 19. 8. 1953: Marx und Engels über die Polenfrage.

<sup>55)</sup> Vgl. den knappen Überblick in: Polens Gegenwart, Jhrg. 4/1970, H. 12, S. 4—19 (Polen und die Polen im Nachkriegsschaffen deutscher Schriftsteller v. Slugocka, S. 2).

daß das ehemalige nationale „Feindbild“ im Grunde umprojiziert wurde. Während die Polen im ideologischen Selbstverständnis der DDR die Rolle des sozialistischen Partners und Bruders übernahmen, wurden sie gleichzeitig — wie die DDR selbst — in der offiziellen Sprachregelung Ost-Berlins zum Objekt bundesrepublikanischer „Aggressivität“ hochstilisiert. Ein solches simplifiziertes „Feindbild“ — Konsequenz des gesellschaftspolitischen Antagonismus — hatte naturgemäß auch eine spezifische Funktion im Inneren zu übernehmen, nämlich integrierend zu wirken zugunsten einer größeren Geschlossenheit und Effektivität der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten unter sowjetischer Führung<sup>56</sup>).

Wie immer auch das Polenbild in der DDR heute im einzelnen beurteilt werden mag, so-

viel dürfte feststehen, daß die Politik der DDR, — die in dem Vertrag von 1967 über Zusammenarbeit, Freundschaft und gegenseitigen Beistand zwischen den beiden Staaten noch einmal deutlich bekräftigt worden ist — die Vorstellungen und Urteile über die Geschichte Polens und die deutsch-polnischen Beziehungen entscheidend korrigiert hat. Vor allem aber hat dieses Verhalten, dessen Rückkoppelungseffekt u. a. in einer zunehmenden Unterstützung der DDR in der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung durch Polen lag, in der DDR große Teile der Bevölkerung wahrscheinlich von alten überheblichen Wahnvorstellungen einer angeblich deutschen Mission im Osten geheilt und damit der friedlichen Verständigung zwischen beiden Völkern einen nicht zu unterschätzenden Dienst geleistet<sup>57</sup>).

### Auf der Suche nach dem Partner im Zeichen antagonistischer Kooperation — BRD und Volksrepublik Polen (1956—1972) —

Mit den aufsehenerregenden innenpolitischen Veränderungen in Polen 1956, die im Westen anfangs wohl allzu optimistisch beurteilt worden sind, und den weltpolitischen Wandlungen zu Beginn der sechziger Jahre begann in der Bundesrepublik ein bemerkenswerter Prozeß des Umdenkens, der das Polenbild im Laufe von 17 Jahren bei weiten Teilen der Führungseliten und der meinungsbildenden Öffentlichkeit stark differenziert und objektiviert hat<sup>58</sup>). Die Bilder nahmen wieder individuellere Züge an und ließen gewisse nationalstaatliche Eigenheiten der östlichen Nachbarn hervortreten. Polen wollte, wie es schien, offenere Gespräche mit dem Westen

führen und eine etwas eigenständigere Rolle bei der Gestaltung des europäischen Friedens übernehmen. Die darauf reagierende deutsche Ostpolitik wurde mehr und mehr zu einem Diskussionsthema auch außerhalb der Parteispitzen und der Regierung. Monolithische Antihaltungen wurden schrittweise aufgebrochen und das deutsch-polnische Verhältnis realistischer eingeschätzt; das alte Freund-Feind Schema wurde weitgehend überwunden. Fast sprunghaft nahm die Zahl der Denkschriften, Memoranden, Grundsatzklärungen, Fernsehsendungen, Wochenendseminare und Symposien aller Art über das „neue Polen“ zu. Immer nachdrücklicher wurde der Geist der Versöhnung zwischen den beiden Völkern beschworen. Der unmittelbare Einfluß dieses wachsenden staatsbürgerlichen Engagements auf die amtliche Bonner Politik ist zwar nach wie vor schwer abzuschätzen, zumal darüber noch keine verlässlichen empirischen Untersuchungen vorliegen, dennoch dürften diese Manifestationen ohne Zweifel zu einer Versachlichung der Streitfragen und einer allmählichen Bewußtseinsveränderung beigetragen haben<sup>59</sup>).

<sup>56</sup>) Vgl. Anm. 52.

<sup>57</sup>) Vgl. Neue Etappe fester Freundschaft zwischen DDR und Volksrepublik Polen, in: Außenpolitische Korrespondenz (DDR) v. 28. 6. 1972; s. außerdem: Strobel, G. W., Der Ausbau der polnischen Beziehungen zu Pankow. Gomulka's Besuche in der DDR in den Jahren 1957—1963, in: Europa-Archiv 1963, S. 135 ff.

<sup>58</sup>) Vgl. aus der umfangreichen Literatur: Stehle, J., Nachbar Polen, Frankfurt 1963 (2. Aufl. 1967); Bluhm, G., Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik, Freiburg 1963; Schweitzer, W., Gerechtigkeit und Friede an Deutschlands Ostgrenzen, Berlin 1964; Nasarski, P., Polens Jugend heute, München 1965; Nachbarn im Osten. Wandlungen und Erkenntnisse in zwei Nachkriegsjahrzehnten, bearb. v. P. Nasarski, Leer/Ostfriesl. 1965; Deutschland und Polen 1772—1945, hrsg. v. H. Fechner, Würzburg 1964; Wissen, daß auch sie Lieder singen. Begegnungen jenseits der Grenze, Leer 1961; Günzel, W., Polen (Heft 2 zur Ostkunde 2), Hannover 1963. Ferner die Veröffentlichungen der Bundeszentrale f. polit. Bildung: Deutsche und Polen 1/2, 1970.

<sup>59</sup>) Ein umfangreiches Forschungsprojekt über das deutsch-polnische Verhältnis nach 1945 wird z. Z. in Bonn/Köln (unter Leitung von C. C. Schweitzer) interdisziplinär bearbeitet. Frau A. Wick-Kmoch (Diss.) untersucht die „Darstellung der Beziehungen zwischen der BRD und der Volksrepublik Polen in westdeutschen Tageszeitungen“ (Inhaltsanalyse); in Vorb. Vgl. im übrigen auch die Protokolle der Tagungen von Loccum, Haus Rissen und anderer Akademien.

Das traf ebenso für die Vertriebenen zu, die jahrelang ein gewisses Maß an Realitätsblindheit hatten erkennen lassen und die über eine isolierte Selbstdarstellung ostdeutscher Kulturarbeit nicht nennenswert hinausgekommen waren. Jetzt häuften sich individuelle Äußerungen, in denen der Verzicht auf Rückkehr in die alte Heimat ausgesprochen wurde (im Gegensatz zu organisierten Erklärungen der Verbände), während alte Bilder verblaßten. Dennoch hielten viele von ihnen aus berechtigten Gründen das Bewußtsein von der Bedeutung und den Leistungen der Deutschen im Osten wach. Sie bemühten sich indessen, alte Denkkategorien der Konfrontation abzubauen und die Kulturarbeit neu zu profilieren, ohne dabei in emotionale „Freundschaftseuphorie“ zu verfallen<sup>60</sup>).

Nach Bildung der Großen (1966) und schließlich der sozialliberalen Koalition (1969/72) wurde immer deutlicher, daß Bonn gegenüber Warschau zu einer bilateralen Grenzregelung bereit war. Einen Friedensvertrag wollte es damit allerdings nicht präjudizieren. Die Einsicht hatte sich durchgesetzt, daß die ehemalige Zwischenstellung Polens — einmal Verbündeter, zum anderen Gegner — der Vergangenheit angehörte. Polen war einfach kein „Saisonstaat“ mehr; schon alleine aus Sicherheitsgründen lagen seine nationalen Interessen wahrscheinlich mehr im Bündnis mit der Sowjetunion. Das bedeutete, daß in Zukunft die Beziehungen Bonn—Warschau nicht auf Kosten der Verhältnisse Polen—UdSSR und Polen—DDR entwickelt werden konnten. Die Stabilität des polnischen Regierungssystems war gewachsen, und weite Teile der Bevölkerung — obgleich nicht im strikten Sinne kommunistisch — hatten sich offenbar im Bewußtsein mit den wesentlichen Elementen der kommunistischen Verfassungswirklichkeit abgefunden<sup>61</sup>). Im übrigen argumentierten die

Repräsentanten und Intellektuellen des Systems weit weniger dogmatisch als viele derselben in anderen sozialistischen Ländern.

Im Zusammenhang mit dieser Neuorientierung, die leider wiederholt durch polemische Ausfälle Warschaus gegen die Politik der Bundesrepublik im westlichen Bündnis erschwert wurde<sup>62</sup>), müssen vor allem zahlreiche Initiativen erwähnt werden. Wissenschaftler (u. a. W. Markert, G. Rhode, H. Roos, A. Dross, G. Eckert), bekannte Literaten (Decius, G. Grass), Journalisten (J. Neven du Mont, J. Stehle, Gräfin Dönhoff u. a.), Vertreter der Kirchen, Akademien, Verbände und verschiedene Gesprächskreise (Göttingen, Hamburg u. a.) haben ebenso ihren Teil zu der sich anbahnenden Normalisierung der Beziehungen und damit zur Korrektur des Polenbildes in der Bundesrepublik beigetragen wie eine Reihe bekannter Exilpolen, die sich um die Aussöhnung beider Völker verdient gemacht haben<sup>63</sup>).

Über das neue Bild Polens in der BRD geben einige Umfrageergebnisse Aufschluß, wenn auch der wissenschaftliche Aussagewert derselben nach wie vor umstritten sein mag<sup>64</sup>).

<sup>62</sup>) Vgl. u. a.: Strobel, G. W., Deutschland—Polen. Wunsch und Wirklichkeit, Bonn-Bruxelles-New York 1969, (2. Aufl. 1971), S. 13 ff.

<sup>63</sup>) Vgl. Anm. 5, 12, 53, 58. Ferner: Aktuelle Ostinformationen. Ereignisse und Entwicklungen, (hrsg. v. Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho (Red.: A. Dross); Friede mit Polen. Kongreß zu Frankfurt/Main. Dokumentation v. 27.—28. 2. 1971, hrsg. v. R. Dohrmann/Kl. Würmell, Hamburg 1971; Die Barsinghausener Gespräche (1—4), Leer 1963; Dönhoff, M. Gräfin, Die Bundesrepublik in der Ära Adenauer, Hamburg 1963, S. 148 ff. (s. auch ihre laufenden Kommentare in der „Zeit“). Zur Kritik an J. Neven du Mont: Richthofen, B. Frhr. v., Breslau von heute im Deutschen Fernsehen (hektorgr., Garmisch-Partenkirchen 1963). S. im übrigen den Beitrag v. Reiser, S. 261 ff. und die Zeitschrift „Osteuropa“, Stuttgart 23. Jhrg. 1973; außerdem die deutsch-polnischen Symposien der Studiengesellschaft für Fragen mittel- und osteuropäischer Partnerschaft (6. Tagung unter Ltg. v. G. Rhode in Lindenfels, November 1972). Zu den Äußerungen der Exilpolen vgl.: Kulturpolitische Korrespondenz (1969—1972); vor allem die Zeitschrift „Kultura“ (Paris); Wirpsza, W., Pole, wer bist Du?, Luzern-Frankfurt 1971. In den fünfziger Jahren hat große Auflagen erreicht das Buch von: Milosz, C., Verführtes Denken. Mit einem Vorwort v. K. Jaspers, Köln-Berlin 1959 (20. Tausend).

<sup>64</sup>) Vgl. Jahrbücher der öffentlichen Meinung (Bd. I bis IV), Allensbach-Bonn 1957—1967; Noelle, E., Umfragen in der Massengesellschaft, Hamburg 1963; Becker, K.-Chr., Einstellung Deutscher Schüler gegenüber Franzosen, Polen und Russen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie 22/1970, S. 737 ff.; Infas Report v. 12. 6. 1972 (für die Presse); ZdF-Umfrage (Nielsen-Stöckebj) — von Allensbach durchgeführt — v. 1. 9. 1972; Kleßmann, Ch., Polen in deutschen Geschichtsbüchern, in: Geschichte und Wissenschaft im Unterricht, 12/1972,

<sup>60</sup>) Vgl. hierzu die zahlreichen Beiträge in der: Kulturpolitischen Korrespondenz. Berichte — Meinungen — Dokumente, Bonn (Red. P. Nasarski), 1969 ff. (s.: KK 125/126 v. 5. 5. 1972 mit einer Meinungsumfrage); 1969—1973, vor allem: 5. 7. 1972 (131); 15. 1. 1973 (150) u. ö.

Vgl. jetzt zudem den Überblick von: Leonhart, L., Das unsichtbare Fluchtgepäck. Kulturarbeit ostdeutscher Menschen in der Bundesrepublik, Köln-Berlin 1970 (Ostforschung: S. 18 ff.; Ostkunde: S. 139 ff.; Landsmannschaftliche Kulturarbeit: S. 205 ff.).

Zu den ehem. dt. Ostgebieten: Bohmann, A., Menschen und Grenzen, Bd. 1, Köln 1969.

<sup>61</sup>) Vgl.: Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Auswärtigen Amt, Köln 1972; Stehle, J., a. a. O., (s. Anm. 58); ders., Nachbarn im Osten, Herausforderung zu einer neuen Politik, Frankfurt 1971; Laeuen, H., Polen nach dem Sturz Gomulkas, Stuttgart 1972; Ost-West Polarität, hrsg. v. A. Domes, Köln 1972.

Immerhin lassen sich an ihnen einige für den Wandel des öffentlichen Bewußtseins relevante Tendenzen ablesen. In der Frage, ob die Deutschen sich mit der jetzigen Oder-Neiße-Linie als Grenze abfinden sollen, änderte sich die Meinung zunächst sehr langsam; allerdings hat die westdeutsche Bevölkerung, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, von Anfang an Gewalt (Krieg) als ein Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele entschieden abgelehnt. 1951 sprachen sich nur 8 % für die Anerkennung der deutschen Ostgrenze aus (80 % = nein) und 1959 12 % (67 % = nein). Unter dem Einfluß innen- und außenpolitischer Faktoren trat jedoch im Laufe der sechziger Jahre ein Wandel ein. Im Frühjahr 1966 waren bereits 27 % der Befragten bereit, die Grenze zu akzeptieren (54 % = nein). Wenige Monate vorher hatten 34 % auch das Heimatrecht für die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten geborenen Polen bejaht (35 % = nein; 31 % = unentschieden).

Nach der Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau äußerten im Oktober 1971 44 % und im August 1972 50 % ihre Zustimmung zu der getroffenen Grenzregelung. Diesem Trend entsprach auch die zunehmend optimistischere Beurteilung einer Aussöhnung mit Polen. Im August 1969 hielten 34 % diese für „gut möglich“, im Dezember 1970 59 % und im April 1972 62 %. Der Wahlsieg der sozialliberalen Koalition vom 19. 11. 1972 war im übrigen ein weiterer Beweis dafür, daß die Friedens- und Ostpolitik Willy Brandts und Walter Scheels von der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung vollumfänglich bejaht wurde.

Nichtsdestoweniger lassen die Kenntnisse in der Bundesrepublik über Polen nach wie vor noch sehr zu wünschen übrig. Das mag u. a. auf eine in anderen Ländern ebenso zu beobachtende, weitverbreitete apolitische Haltung der Bevölkerung zurückzuführen sein (in der Mitte der sechziger Jahre hatten z. B. fast 50 % nicht einmal etwas von der Evangelischen Denkschrift zur Polenfrage gehört), aber auch darauf, daß der im Unterricht der

S. 731 ff.; Beier, G., a. a. O., (s. Anm. 2); S. 19 ff. In manchen Thesen einseitig und überspitzt: Polen — ein Schauernmärchen oder Gehirnwäsche für Generationen, hrsg. v. G. Berndt und R. Strecker, Hamburg 1971.

Aufschlußreich aus polnischer Sicht jetzt: Kulak, Z., Das Bild Polens in westdeutschen Schulbüchern, in: Volksrepublik Polen—BRD. Probleme der Normalisierung gegenseitiger Beziehungen, hrsg. v. J. Rachocki, Posen 1972, S. 200 ff.; S. 222 ff. (Konietyny).

Schulen (bzw. in anderen Bildungseinrichtungen) angebotene Stoff, meist weitverstreute Daten, die in den Gang der europäischen und deutschen Geschichte eingeordnet sind, nicht im entferntesten ein Gesamtbild von dem östlichen Nachbarn vermittelt hat. Bei einer im August 1972 durchgeführten Repräsentativumfrage konnten nur 27 % Namen bekannter Polen benennen. Von diesen entfielen auf Gomułka 11 %, auf Chopin 8 %, Pilsudski 3,9 % und auf Gierek 2,2 %. Hinzu kommt, daß zwischen beiden Ländern nur mangelnde Kontakte bestehen. Ende 1963 konnten lediglich 17 % aller Befragten angeben, schon einmal in Polen gewesen zu sein bzw. einen Polen kennengelernt zu haben.

Symptomatisch sind überdies Befragungsergebnisse über die Einschätzung von Polen. Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre waren rund 24/24 % überwiegend positiv, 12/23 % ambivalent bzw. neutral und 36/18 % negativ den Polen gegenüber eingestellt. Bei den negativen Kriterien dominierten Verschlagenheit, Falschheit und Unzuverlässigkeit (12 %) und bei den positiven Fleiß, Intelligenz, Zuverlässigkeit (5 %), Freiheitsdrang, Nationalstolz und Patriotismus der Polen (7 %). Anfang der sechziger Jahre hatten Schülerbefragungen (13—15jährige) ergeben, daß die meisten bei der Zuordnung von Eigenschaften bei den Polen „schmutzig“ und „faul“ angeführt hatten. Eine im Februar 1967 durchgeführte Untersuchung in neun Hamburger Volksschulen (freilich mit äußerst begrenztem Wert für eine Verallgemeinerung) war zu dem Resultat gekommen, daß die Kinder nach den Russen die Polen zu den mehr „unsympathischen Völkern“ zählten, wobei sie dies ähnlich begründeten wie Teile der Bevölkerung in den Umfragen von 1959/1963 (s. o.). Politische Argumente spielten hierbei offenbar nur eine untergeordnete Rolle. Am wenigsten wußten die Kinder über Erdkunde, Politik und Geschichte Polens auszusagen. Bei vielen von ihnen bestand die Neigung, Polen als „kleines und unbedeutendes Nachbarland Rußlands“ zu betrachten<sup>65)</sup>.

Diese Ergebnisse sind ein Teilbeweis dafür, wie stark noch gewisse traditionelle Stereotypen, Konsequenz des West-Ostgefälles und antislawischer Vorurteile aus der Vergangenheit, in der Bundesrepublik verankert sind und überliefert werden.

Wenn die Politik intersystemarer Zusammenarbeit in Zukunft den Frieden in unserer Welt festigen soll, so wird es nach den Er-

<sup>65)</sup> S. den Beitrag v. Becker, a. a. O., (Anm. 64).

fahrungen der Vergangenheit im besonderen darauf ankommen, die Bereitschaft auf beiden Seiten zu fördern, das eigene Bild vom Nachbarn nur als Teil der Wirklichkeit zu verstehen, den Nachbarn in seinem Eigenwert zu begreifen und durch einen sorgfältigen dauerhaften Informationsprozeß — begleitet von korrigierender Rückkoppelung — Verfälschungen und Verzerrungen auf ein politisch annehmbares Ausmaß zu reduzieren; es gilt, sich von der „Herrschaft der Schlagworte“ zu befreien. Diese Aufgabe sollte jedoch nicht mit jener noch häufig propagierten sog. „Entlarvungsideologie“ verwechselt werden, die lediglich die andere Ideologie entlarven möchte, die eigene dabei jedoch ausklammert<sup>66)</sup>.

Seit den sechziger Jahren befindet sich die Bundesrepublik *auf der Suche nach einer*

---

<sup>66)</sup> Vgl. Wolf, a. a. O., (Anm. 1), S. 751.

dem Frieden nutzenden *Partnerschaft mit Polen*. Wie das neue Miteinander konkretisiert werden kann und auf welchen Wegen, ob der politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Zusammenarbeit der Vorrang gebührt, wird erst die Zukunft lehren können. Allerdings dürfte heute schon zweierlei feststehen: Eine solche Politik kann nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn beide Seiten die Prinzipien antagonistischer Kooperation mit systemstabilisierender Tendenz respektieren und alle Konflikte — welche auch immer bestehen oder sich künftig entwickeln mögen (so z. B. im Hinblick auf die Familienzusammenführung und die Umsiedlung von Deutschstämmigen) — mit friedlichen Mitteln regeln<sup>67)</sup>.

---

<sup>67)</sup> Vgl. allgemein: Bredow, W. v., Vom Antagonismus zur Konvergenz? Studien zum Ost-West-Problem, Frankfurt 1972.

## Wie sehe ich Deutschland?

Vielleicht wäre es besser, wenn die Frage lautete: Was halte ich von Deutschland? Doch ich fürchte, ich könnte dann sehr persönlich werden. Aber mir scheint es in diesem Falle darum zu gehen, daß ich als Bürger meines Landes die eigene Ansicht über ein Problem darlege, das man das deutsche nennt.

Das ist für uns Polen kein neues Problem. Aber die Jahre nach dem Kriege brachten in diese Verhältnisse nicht nur neue Elemente im Sinne neuer Fakten, sondern sie schufen aus den polnisch-deutschen Beziehungen weit mehr als gewöhnliche Beziehungen, wie sie normalerweise zwischen zwei Völkern bestehen.

Diese Fakten entstanden nicht erst nach 1945, als auf den Trümmern des Dritten Reiches in Berlin neben der sowjetischen Fahne auch die polnische Fahne wehen konnte, das Symbol des Kampfes des 400 000 Mann starken polnischen Heeres. Diese Fakten schufen die faschistischen Okkupanten, es schuf sie der Kampf des ganzen polnischen Volkes, das angesichts der drohenden biologischen Vernichtung den kriegerischen Kampf mit den Okkupanten aufnahm, einen Kampf, der jene bestürzte, die so hochmütig und arrogant verkündet hatten, der polnische Staat habe aufgehört zu bestehen und werde nie wieder entstehen.

Aber seit dem 1. September 1939, seit dem Überfall des Dritten Reiches auf Polen, durch den Terror der Okkupation und durch den Kampf mit dem Feind erwachsen Erfahrungen, die schon im letzten Abschnitt des Krieges sowie in den Nachkriegsjahren unsere Denkrichtung gegenüber dem deutschen Problem bestimmten. Wir hatten keine speziellen Rezepte, eines war jedoch klar und nach unserer Meinung erfolgversprechend: Zerschlagung der Kräfte des deutschen Imperialismus, die ihre Sendung im Berauben anderer Völker erblickten, und Schaffung eines politischen Systems in Europa, das — durch wirksame Bündnisse abgesichert — Europa einen langen, wenn nicht gar einen beständigen Zeitraum friedlicher Zusammenarbeit verbürgen würde.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß Potsdam für uns nicht nur das Symbol des Sieges über den Feind Europas, über den Hitler-Fa-

schismus wurde; es gab uns zugleich Genugtuung für den blutigen Kampf, den das ganze Volk an vielen Fronten dieses Krieges geführt und mit dem es die Richtung der Entwicklung Europas gewiesen hat. Ich brauche hier wohl nicht hinzuzufügen, daß wir die Errichtung der neuen polnisch-deutschen Grenze an der Oder und an der Lausitzer Neiße als unseren größten Sieg empfunden haben. Das, was noch im Frühjahr 1945 nur eine Aussicht war, die durch die demokratische Regierung Polens als Forderung aufgestellt wurde, ist zur vollendeten Tatsache geworden.

Die Verschiebung nach Westen wurde zu einem Faktum, das unsere ganze politische Geographie verändert hat, was dann nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse auf unserem Kontinent bleiben konnte. Aber wir wissen — und dessen sind wir eingedenk —, daß Potsdam zugleich das Ergebnis der Solidarität Polens mit der Sowjetunion war. Anscheinend vermag man den Zusammenhang zwischen dem Wandel der Beziehung Polens zur Sowjetunion und der Ausgangslage gegenüber dem Problem Deutschland nicht zu sehen. Doch solch ein Zusammenhang besteht und ist sehr eng. Volkspolen hat mit der Politik der „zwei Feinde“ gebrochen, mit einer Politik der Feindschaft gegenüber dem sowjetischen Staat und gegenüber dem deutschen Staat. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß unser Vertrag ein Vertrag mit der UdSSR gewesen ist, geschlossen am 21. April 1945. Er gab uns volle Freiheit der Bewegung auf dem Westabschnitt, aber es war nicht nur eine Freiheit schlechthin, es war vielmehr zugleich eine konsequente Unterstützung unserer politischen Linie.

Ein Vierteljahrhundert Nachkriegsentwicklung in Europa trug in die polnische Politik gegenüber Deutschland ein neues Element. Es waren zwei deutsche Staaten entstanden, davon war der eine die Deutsche Demokratische Republik, der seine Beziehungen zu uns auf der Grundlage von Freundschaft und brüderlicher Zusammenarbeit anknüpfte. Dies ist eine Tatsache, deren Bedeutung wir uns nicht nur damit klarmachen, daß unsere Westgrenze keine „blutende“ oder gar „brennende“ Grenze ist, sondern daß sie ganz einfach eine anerkannte Grenze ist. Wir haben jenseits

von ihr den Teil der deutschen Bevölkerung, der unter einer weitblickenden Führung nicht nur mit den bösen Relikten der Vergangenheit zu brechen vermochte, sondern der mit seiner Entwicklung die Garantie bietet, daß endlich von deutschem Boden aus nie mehr ein Kriegsbrand hervorbricht.

Die volle und bedingungslose Anerkennung unserer Westgrenze durch die DDR in Zgorzelec (Görlitz) im Juli 1950 hat die Ausgangsbasis für eine breite politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit geschaffen. Es wurden zum ersten Male seit Jahrhunderten Möglichkeiten zu einer Überwindung der in der Vergangenheit entstandenen Gegensätze eröffnet, die sich besonders in Polen während der Zeit nach dem Kriege sogar noch verschärft hatten. Vergessen wir auch das nicht, daß der Görlitzer Vertrag der erste internationale Vertrag der DDR gewesen ist. Heute besitzt unser Land mit der DDR einen im März 1967 abgeschlossenen Vertrag über Freundschaft, Beistand und Zusammenarbeit, einen Vertrag, wie es ihn noch nie in den polnisch-deutschen Beziehungen gegeben hat. Manchmal bleiben Verträge ohne Leben, obwohl man bei ihrem Abschluß große Hoffnungen gehegt hat. In diesem Falle können wir jedoch sagen, daß er nicht nur zu einem Impuls für weitere politische und ökonomische Zusammenarbeit geworden ist, er wurde dadurch, daß er das Ansehen der DDR gehoben hat, zu einem unterstützenden Element in der Stabilisierung unseres westlichen Nachbarn. Deswegen bemühen wir uns auch um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik.

Heute konzentriert sich das Gros der gemeinsamen Bemühungen Polens und der DDR auf den Bereich der ökonomischen Problematik, wo die Belange der Kooperation, der Spezialisierung und der sozialistischen Integration eine führende Rolle spielen.

Ich möchte auch nicht den zwischenmenschlichen Beziehungen eine geringe Bedeutung beimessen, die sich zwischen den Menschen unserer Länder entwickelt haben. Die Polen reisen von neuem nach Sachsen, doch schon nicht mehr als Saisonarbeiter ins „Sächsische“, sondern nur, um die Denkmäler Dresdens zu besuchen, um die schlanken Formen der Meißner Kathedrale zu bewundern. Hunderttausende unserer Bürger überzeugen sich Jahr für Jahr mit ihren eigenen Augen von den Fortschritten und Veränderungen jenseits der Oder. Und ich kann nicht sagen, daß sie besorgt zurückkehrten; gerade umgekehrt — sie sind sogleich wieder Anwärter

für neue Reisen in die DDR. Ab 1. Januar 1972 wurde in dieser Hinsicht ein neuer entscheidender Schritt getan. Als erste sozialistische Staaten haben Polen und die DDR einen visumfreien Verkehr eingeführt. Tausende Bürger beider Länder machen davon täglich Gebrauch.

Das bringt zweifellos die Bürger unserer Staaten noch näher zueinander. Und deshalb kann ich sagen, daß die Entwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Polen und der DDR bereits auch die Gewähr für die zukünftigen normalisierten und gutnachbarlichen Beziehungen Polens mit dem ganzen Volk darstellt.

Gerade diese Beziehungen widerlegen das Vorhandensein des sogenannten antideutschen Komplexes der Polen. Bisweilen sagt man, wir seien gegenüber den Deutschen mißtrauisch. Das ist weder zutreffend noch richtig. Denn man muß wissen, daß Polen als ein sozialistischer Staat jene Kräfte in Deutschland unterstützt, die für das deutsche Volk eine friedliche Entwicklung wünschen und die in einem Krieg den Untergang Deutschlands erblicken. Deshalb bekämpfen wir und werden auch weiterhin jene Kräfte im deutschen Volk bekämpfen, die uns gegenüber die Fortsetzer der Politik Friedrichs, Wilhelms oder auch sogar Hitlers sein wollen, anstatt sich zu erinnern, wohin die Kapitulation geführt hat. Die riesigen Opfer, die wir während des letzten Krieges erlitten haben, die Dezimierung unserer Kräfte und die Vernichtung unserer Habe verpflichten uns nicht nur zu besonderen Vorsichtsmaßnahmen, sondern sie haben gegenüber jenen Kräften, die aus der Vergangenheit keine Lehren gezogen haben, auch in unserer Bevölkerung Mißtrauen und Vorsicht tief eingewurzelt.

Es ist daher kein schlechtes Zeichen, wenn das Volk um seine Sicherheit besorgt ist. Zwanzig Jahre des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland sowie ihre ganze Politik, die während der Anfangsperiode die Fortsetzung einer Politik darstellte, die auf die Negierung unseres Rechts auf selbständige Existenz abzielte, konnten kein anderes Klima gegenüber der BRD hervorrufen, als es heute in unserer Gesellschaft herrscht. Wenn die bisherigen Regierungen in Bonn die Politik der Revanche führten und solche Stimmungen schürten, dann mußte doch in unserer Bevölkerung und in unserem Staat eine Gegenantwort darauf entstehen, die als Reaktion diese Erscheinungen offen demaskiert. Wir vermochten es nicht, und wir hatten

auch absolut keine Gründe dazu, gegenüber solch einem Staat und solchen Regierungen, die uns gegenüber eine zumindest unfreundliche Politik führten, einen speziellen oder gar einen Vorzugstarif anzuwenden. Denn diese Regierungen wären — statt Revanchegedanken gegenüber Polen zu huldigen — durchaus verpflichtet gewesen, um jeden Preis eine Verständigung mit Polen, dem ersten Opfer des deutschen Militarismus, zu suchen. Ein solches Vertrauenskapital wurde nicht nur nicht erworben, sondern es wurde wegen der im Resultat feindlichen Einstellung gegen uns viel berechtigtes und begründetes Mißtrauen angehäuft.

Die Bundesrepublik rechnete damit, daß sie auf der Welle des Antikommunismus — wenn sie dabei erst Primus werden würde — das wiedererlangen könnte, was dem deutschen Militarismus mit Recht weggenommen worden war. Wir wissen gut, daß nicht nur der geplante antikommunistische Kreuzzug mit einem Fiasko endete, sondern daß er zur Erhöhung der Spannung in Europa geführt hat.

Sollten wir gegenüber solchen Regierungen nachgiebig sein, sollten wir nicht das sehen, was man uns von neuem zu bereiten trachtete? Es mag jemand sagen, daß es nur Worte waren, was die Bundesregierungen verkündeten. Schöne Worte, wenn durch ihren Inhalt beinahe ein Drittel des polnischen Territoriums in Frage gestellt wurde!

Aber sogar in solch dunklen Perioden unserer gegenseitigen Beziehungen — wengleich solche formell jedoch nicht bestanden haben — behandelten wir die westdeutsche Gesellschaft nicht als monolithisch.

Aber wie lange konnte man diese Gesellschaft belügen? Die Entspannungsprozesse konnten nicht vor den Grenzen der Bundesrepublik haltmachen, und deshalb ist jedes Anzeichen eines Realismus von uns aufmerksam beobachtet und eifrig registriert worden. Denn niemand dachte bei uns, daß man die gesamte westdeutsche Gesellschaft lange auf solche Irrwege werde führen können. Der Prozeß der Ernüchterung mußte kommen, so wie auf die Nacht der Tag folgt. Unserer Politik war stets auf die Stärkung unserer Sicherheit ausgerichtet. Wir suchten in der europäischen Politik jene Punkte, die diese Sicherheit verstärken konnten, und wir bemühen uns, jene Faktoren zu eliminieren, die ein Keim künftiger Konflikte sein könnten. Wir wußten, daß es auch fortschrittliche und humanistische Deutsche gab, Deutsche in der Tradition der großen Gelehrten, Menschen

aus der Welt der Technik und der Kultur, die ihren Beitrag in das gesamt menschliche Werk einbrachten. Wir möchten so viele Bürger der BRD wie irgend möglich inmitten jener sehen, die den Kampf mit allen Erscheinungen des Militarismus aufnehmen, andere Völker achten und ihr durch die preußischen Militaristen und Feudalisten eingepflanztes Gefühl einer chauvinistischen Überlegenheit ablegen.

Obwohl solch eine Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik wächst, wissen wir, daß dieser Prozeß unter den westdeutschen Bedingungen ungeheuer schwierig zu verwirklichen war. Die Regierungsleitung sowie die Medien der Massenbeeinflussung nährten die eigenen Bürger mit Illusionen von einer Wiedererrichtung des Dritten Reiches, das jedoch nicht existiert und auch niemals existieren wird. Viele Bewohner der BRD wurden Gefangene dieser Illusion, und man muß sie leider zu den Menschen von gestern rechnen. Für mich ist diese Feststellung wahrhaftig auch nicht angenehm, daß die neue Generation Westdeutschlands über mein Land nicht informiert worden ist, wie das nicht nur die Wahrheit fordert, sondern wie es auch die Geschichte verlangt. So ist sie — die Geschichte.

Denn die Schuld Deutschlands gegenüber Polen ist historischer Art, und die Chance, welche die bedingungslose Kapitulation des Dritten Reiches für eine Überwindung der alten Feindlichkeit gegenüber Polen geboten hat, blieb hier ungenützt. Die deutsche Bourgeoisie tat nichts Wesentliches zur Schaffung neuer Grundlagen für ein Zusammenleben mit den Polen. Gerade umgekehrt, auf den Seiten unserer Zeitungen begannen bereits in den ersten Jahren nach Potsdam Nachrichten zu erscheinen — wahre Nachrichten — über das Entstehen revanchistischer Organisationen, über eine antipolnische Politik. Manche Politiker sprachen dort in Augenblicken der Aufrichtigkeit von der Möglichkeit einer Aussiedlung der Polen aus den Westgebieten, und sie schlugen großmütig eine Arbeit in französischen Bergwerken vor. Und wie viele Wegweiser in der BRD zeigten den Weg nach Danzig oder nach Breslau? Manchmal will der westliche Zuhörer an solche Tatsachen nicht glauben, aber sie sind dennoch wahr. Die Weimarer antipolnische Hetze fand in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre eine nicht ruhmreiche Fortsetzung.

Aber was sollten meine Landsleute sagen, denken und empfinden, als wir zu erkennen begannen, wie dieses alles anfang sich zu einem

Ganzen zu fügen: Forderungen nach Grenzen von 1937, die Bundeswehr und schließlich die Forderung nach deren atomarer Bewaffnung. Es hat für mich nicht den Anschein, daß irgendein anderes Land in unserer Lage eine andere Haltung eingenommen hätte als wir. Aus tiefer Sorge um die Gewährleistung der Sicherheit für uns und zugleich für das deutsche Volk waren unsere Vorschläge für eine Teilabrüstung entstanden sowie der Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (DDR, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und BRD) — und auch der Plan zur Einfrierung des Kernwaffenstandes auf dem Territorium derselben Staaten. Die Ablehnung selbst einer sachlichen Diskussion dieser Pläne, wie sie am stärksten durch die Regierungskreise der BRD akzentuiert worden war, hat es bestimmt nicht zu bewirken vermocht, daß wir auf die Situation in der BRD hätten durch eine rosa gefärbte Brille blicken können.

Wenn ich dies in Erinnerung bringe, so nur deswegen, um dem Leser das Verständnis zu erleichtern, daß unsere Gesellschaft ganz besonders empfindlich ist gegenüber Ereignissen, die westlich der Elbe vor sich gehen. Nicht ernst zu nehmen sind Behauptungen von der Art, daß unsere Partei und unsere Regierung speziell einen antideutschen „Buhmann“ brauchen, um ein Bindemittel in der Hand zu haben. Wir haben andere Bindemittel für die Einheit des polnischen Volkes, und zwar die großen gesellschaftlichen und ökonomischen Erfolge in den vergangenen Nachkriegsjahren Volkspolens, ihre internationale Autorität und die Sicherheit des Landes. Ich empfinde es dennoch als eine aufrichtige Genugtuung, daß trotz einer derart intensiven und vielseitigen Propaganda ein großer Teil der Menschen in der BRD bereit gewesen ist, endlich die Wahrheit zu berichten, vielleicht für manche eine schmerzliche Wahrheit, jedoch eine notwendige — eine sehr notwendige. Die Wandlungen sind bei uns wahrgenommen worden, und als man ihr merkliches Erstarken erkennen konnte, traten wir am 17. Mai 1969 mit dem Vorschlag an die Regierung der BRD zum Abschluß eines Vertrages in der Frage der vorbehaltlosen und endgültigen Anerkennung der Grenze an der Oder und der Lausitzer Neiße heran.

Dieser Schritt war ein Ausdruck unserer tiefen und aufrichtigen Sorge um die europäische Sicherheit, da wir dieses Problem ja nur unter diesem Gesichtspunkt betrachten. In der Feststellung, daß es „kein Problem der Grenzen, sondern nur ein Problem des Frie-

dens“ sei, wie es Wladyslaw Gomulka auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York im Jahre 1960 ausgesprochen hat, liegt der Sinn aller unserer Schritte, die auf eine Normalisierung der Beziehungen mit der BRD gerichtet sind. Das sind übrigens nicht nur Bemühungen neuen Datums. Schon im Jahre 1955 waren wir gegenüber Bonn mit einem Vorschlag zur Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen hervorgetreten. Aber offensichtlich waren wir für die damaligen Regierungskreise weiterhin der „Saisonstaat“ — man antwortete uns ganz einfach nicht. Vielleicht rechnete man mit einem „roll back“ oder gar mit einer „liberation“. Unsere Vorschläge gegenüber der BRD entspringen nicht einer Furcht, die uns manche einreden wollen und die wir angeblich im Hinblick auf die Sicherheit unserer Grenze haben. Denn diese Grenze verteidigen nicht nur die Streitkräfte der im Warschauer Pakt vereinigten sozialistischen Staaten, sondern auch 32 Millionen Polen im Lande und 10 Millionen Polen außerhalb der Grenzen unseres Landes.

Das Problem der Anerkennung der polnisch-deutschen Grenze an der Oder und der Lausitzer Neiße wurde in Europa — aber ganz besonders in der BRD — zu einer Art Lackmuspapier, das durch die Veränderung seiner Färbung gleichsam die Haltung gegenüber dem Fundamentalproblem der Sicherheit und des Friedens auf unserem Kontinent anzeigt. Der 7. Dezember 1970 wird sicher als fester Bestandteil in die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen eingehen. Der an diesem Tage zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD abgeschlossene Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen wurde zusammen mit dem vorher in Moskau zwischen der UdSSR und der BRD abgeschlossenen Vertrag ein Meilenstein in dem sich entwickelnden Entspannungsprozeß auf unserem Kontinent. Dieser Vertrag war gleichzeitig ein Ergebnis der realistischen Außenpolitik unseres Landes, bei der das Problem der Anerkennung der Grenzen Polens an der Oder und Neiße als Grundlage jeglicher Prozesse zur Normalisierung zwischen unseren Ländern im Vordergrund stand.

Die Regierung Brandt, der Bundeskanzler selbst, dessen persönlicher Einfluß auf die Politik der BRD schwer zu negieren ist, besaß soviel Mut und politischen Weitblick, daß er der Bevölkerung sagen konnte, man gebe nichts preis, was nicht längst verspielt worden sei.

Die kommende Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Ländern wird ohne Zweifel ein historisches Ereignis auf unserem Kontinent darstellen. Aber eben mit Rücksicht auf die große Bedeutung dieses Schritts wollen wir keine Normalisierung, die auf Täuschungen beruht. Polen gibt zahlreiche Beispiele, daß dieser Normalisierungsprozeß ernst genommen wird. Wir beobachten gewisse Fortschritte bei der Entwicklung der politischen und wissenschaftlichen Kontakte sowie auch eine Erweiterung der Kontakte unter der Jugend. Aber man kann nach so vielen Jahren, in denen überhaupt keine oder nur wenige Kontakte bestanden, kaum mit einem schnellen Tempo rechnen. Doch seien wir ehrlich, einen großen Beitrag zum Normalisierungsprozeß leistete Polen, da es auf vielen Gebieten der Bundesrepublik entgegenkam. Aber uns gegenüber gab es leider nicht ein ähnliches Entgegenkommen, vor allem nicht bei der Intensivierung unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

In deutlicher Diskrepanz zu unseren Auffassungen über den Vorgang der Normalisierung stehen aber die Versuche zur Erhaltung der ganzen revisionistischen Gesetzgebung in der BRD, das Tolerieren der Tätigkeit der Vergeltung heischenden Verbände, die falsche Darstellung der polnisch-deutschen Beziehungen in der Schule. Mit anderen Worten: es ist die Duldung jener Tendenz im politischen Leben der BRD durch die Regierung, die für das deutsche Volk niemals zu einem dauerhaften Nutzen geführt hat. Eine echte Normalisierung müßte also in einem Vorgang erfolgen, der nicht nur die zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern auch die zwischenmenschlichen umfassen sollte. Ein wichtiges Element dieser letzteren wird die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen sein, die normalerweise von einer Entwicklung der Beziehungen auch auf anderen Lebensbereichen begleitet werden.

Beurteilen wir die Haltung der neuen Regierung realistisch. Wir haben mit Genugtuung die Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag begrüßt. Das war ein konkretes Faktum, und allein auf der Grundlage solcher und noch weiterer Fakten — möglichst vieler und möglichst schnell — werden wir fernerhin die neue Regierung in Bonn betrachten und beurteilen. Wir sind uns dessen bewußt, daß sie keine leichte Aufgabe hat. Zwanzig Jahre einer Politik der Illusionen und des nationalistischen Dünkels konnten beim Start nicht ganz ohne Einfluß bleiben. Aber wie lange kann man starten? Einmal muß man Schwung aufnehmen, denn Hürden nimmt

man nicht im Schritt, sondern nur im Lauf. Die westdeutsche Bevölkerung hat nun zum ersten Male nach 40 Jahren eine Regierung erhalten, an deren Spitze Sozialdemokraten stehen. Wir wissen jedoch, daß trotzdem die Klassenstruktur der Gesellschaft keine Änderung erfahren hat. Aber es scheint uns, daß diese Regierung in der Lage sein könnte, in bezug auf die Polen und ihr Land das auszuführen, was schon lange fällig ist. Mit dem historischen Akt am 7. Dezember 1970, der Anerkennung der polnischen Westgrenze an der Oder-Lausitzer Neiße, sollte man Hand in Hand damit den Prozeß der Korrektur in der Einstellung der eigenen Bevölkerung den Polen gegenüber in Angriff nehmen. Wir wissen, daß bereits in den Kreisen der Intelligenz, der Journalisten und der Geistlichen die antipolnischen Mythen eingestürzt sind, die in Deutschland so zutreffend als „Wandkälenderweisheiten“ bezeichnet werden.

Ich selbst bin überzeugt, daß große Teile der Bevölkerung Westdeutschlands die Notwendigkeit einer vertraglichen Anerkennung der Grenze an der Oder und Neiße voll und ganz einsehen, da sie wohl wissen, daß dies nicht irgendeine einseitige Konzession seitens der Bundesrepublik sein wird.

Aber vieles bleibt noch zu tun, um die Masse der Bevölkerung mit dem neuen Polen bekanntzumachen, mit jenem Polen, dessen Menschen ihr Land über alles lieben, dessen Menschen im Jahre 1945 mit bloßen Händen an den Wiederaufbau ihrer zerstörten Städte und Dörfer herangingen, die heute unser Stolz sind.

Daß man von unserer Seite eine grundsätzliche Änderung der Einstellung uns gegenüber fordert, ist sicher kein übertriebenes, sondern ein sehr verständliches Verlangen, denn gerade an uns hat man die größten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg begangen. Doch wichtig ist auch: man konnte solche Verbrechen nur auf der Basis der vorherrschenden Mentalität der Verachtung uns gegenüber vollbringen. Denn schon Wilhelm II. sprach damals davon, daß die Slawen nur zum Dienst für die Deutschen geschaffen seien. Und deshalb sind wir auch weiterhin empfindlich, wenn man über uns geringschätzig spricht, wenn man zu allem, was polnisch ist, Worte der Verachtung benützt.

Gute Beziehungen mit Polen — ich wiederhole hier die Worte des Kanzlers Brandt — „sind der Grundstein der Politik der Bundesregierung, die Aussöhnung mit Polen ist eine moralische und politische Verpflichtung“. Ohne Zweifel bietet die jetzige Regierung der

BRD für die Möglichkeit einer Normalisierung der Beziehungen mit uns weit mehr Chancen, als dies bei den Regierungen Adenauers, Erhards oder auch sogar Kiesingers der Fall war. Und gewiß werden wir nicht zögern, wenn wir im Ergebnis der Fakten und der Schritte — solcher, wie sie unsere Bevölkerung erwartet — sagen können, daß die neuen, normalisierten Beziehungen zwischen Polen und der BRD die konkrete Garantie darstellen für die Sicherheit in Europa — so wie die freundschaftlichen und brüderlichen Beziehungen Polens mit der Deutschen Demokratischen Republik seit zwanzig Jahren eine Wende in den polnisch-deutschen Beziehungen bedeuten.

Ich glaube, daß die realistisch denkenden Kräfte in der Bevölkerung Westdeutschlands so viel Mut finden werden, daß die kommenden Generationen in ihrem Lande sie anders anblicken werden, als dies bei den heutigen ihren Vätern gegenüber der Fall ist.

Die Generation, die den schrecklichen Krieg überlebt hat, sollte alle noch offenen Probleme des Zweiten Weltkrieges lösen, die als Ergebnis der Aggression Hitlers und der bedingungslosen Kapitulation entstanden sind.

Dies würde auch eine historische Wende in den polnisch-deutschen Beziehungen darstellen.

Aber Geschichte und historische Fakten — sofern sie von Dauer sein sollen — macht man nicht nur mit Worten oder Gesten, wenn sie auch noch so versöhnlich gemeint sind. Notwendig sind Taten. Und jetzt, da mein Land so viel guten Willen gezeigt hat, so viele Beweise gegeben hat, wie sehr ihm an einer tatsächlichen Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zur BRD gelegen ist, jetzt ist die Reihe an der Bundesrepublik. Diesem Zug kann sie nicht ausweichen, niemand kann ihn ihr abnehmen.

Nur auf der Grundlage von Tatsachen werden wir beurteilen können, welchen tatsächlichen Wandel die Politik der Bundesrepublik Deutschland erfahren hat. Heute, nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrages, können wir sagen, daß er nicht nur eine Epoche, die, wie wir glauben wollen, unwiderruflich der Geschichte angehört, abgeschlossen hat; der Vertrag ist zugleich der Beginn auch eines neuen Abschnittes, dessen Inhalt und Form wir gemeinsam gestalten werden. Eben gemeinsam.

## Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland im Urteil der Sowjetunion

Als im Herbst 1969 die Führer von SPD und FDP trotz ihrer geringen Mehrheit ihre „Kleine Koalition“ bildeten, wurde das im Ausland allgemein als ein großes Ereignis gewertet, das nicht nur innenpolitisch für die Bundesrepublik weitreichende Folgen haben könnte. Besonders bedeutsam jedoch erschien diese Regierungsbildung den politischen Führern und Beobachtern in der Sowjetunion zu sein, bot sich doch jetzt aus ihrer Sicht zum erstenmal seit vielen Jahren wieder eine reale Chance, das Verhältnis zur Bundesrepublik und damit die ganze europäische Szene in einer Weise zu bereinigen, die mit den essentiellen Interessen ihres Landes vereinbar war. Daß es in diesem westdeutschen Staat überhaupt möglich war, eine Regierung ohne oder sogar gegen die CDU/CSU zu bilden, war für sie keineswegs eine Selbstverständlichkeit gewesen. Es hatte davor nicht an Stimmen gefehlt, die in der politischen Entwicklung der BRD eine Parallele zur Entwicklung der Weimarer Republik in ihren letzten Jahren sahen, einer Entwicklung, die von einer Verschärfung der innenpolitischen Gegensätze und einem Rechtsdrift der politischen Parteien gekennzeichnet war und die schließlich zum Entstehen und zur Machtübernahme eines Rechtskartelles, der „Harzburger Front“, geführt hatte. Die Rolle, die damals die schnell wachsende NSDAP gespielt hatte, sah man diesmal in der Nationaldemokratischen Partei verkörpert. Vieles schien diesen Beobachtern in Moskau darauf hinzudeuten, daß die „herrschenden Kreise“ der Bonner Republik es nicht hinnehmen würden, wenn in diesem Staate die „progressiven Kräfte“ versuchen würden, mehr Boden zu gewinnen. Viele von ihnen glaubten sogar, man habe mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze alle Vorbereitungen getroffen, um die „Herrschaft der Monopole“ notfalls auch ohne das Mäntelchen der bürgerlichen Demokratie aufrechterhalten zu können. Aus dieser Sicht erschien es kaum vorstellbar, daß die „Hauptpartei der Bourgeoisie und der Monopole“ — nämlich die CDU/CSU — von der Regierung, ausgeschlossen werden könnte. Eher hätte man hier wohl erwartet, daß die SPD in der neuen Regierung nicht mehr vertreten sein würde. Deren Teilnahme an der „Großen Koalition“ war für viele in der Sowjetunion

ohnedies niemals eine echte Teilnahme gewesen, sondern nur so etwas wie eine Beteiligung als Lohn dafür, daß diese Partei der CDU in der Zeit der Krise aus der Patsche geholfen hatte. Man glaubte zu sehen, wie die SPD-Führung ihren schon mit dem Godesberger Programm begonnenen Marsch nach rechts konsequent fortsetzte und konstatierte, daß die SPD offensichtlich dabei war, ihre Fehler aus der Weimarer Zeit zu wiederholen. Die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung war der Preis, den sie für die Beteiligung am Regierungsgeschäft zu bezahlen hatte, doch hatte sie damit den Mächtigen der Bundesrepublik das Instrument in die Hand gespielt, ihre Macht auch unter veränderten sozialen Bedingungen zu behalten. So gesehen war es sicherlich nicht unwahrscheinlich, daß der Mohr SPD, wenn er diese seine Schuldigkeiten getan habe, wieder werde gehen müssen .

Doch es gab auch andere Beobachter in Moskau, die die Dinge etwas anders sahen und deren Erwartungen demgemäß anders strukturiert waren. Für sie war die Bonner Republik nicht die Wiederholung oder eine Parallele der deutschen Republik der zwanziger Jahre. Ihnen war der entscheidende Aspekt für die künftige Entwicklung eine Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen Reaktion und Fortschritt, zwischen den Kräften der Vergangenheit und den Kräften der Zukunft. Sie beobachteten und konstatierten eine allmähliche Verlagerung dieser Kräftebalance zum Progressiven hin. Und sie sahen und sahen darin einen weltweiten Prozeß, der sowohl auf der internationalen Ebene als auch innerhalb der einzelnen westlichen Staaten vor sich geht und der sich in Westdeutschland in einer zunehmenden *Proletarisierung* der Bevölkerung manifestiert, die durch den zahlenmäßigen Rückgang der Besitzenden und Selbständigen hervorgerufen worden ist. Bedauerlicherweise wird gerade dieser Aspekt in der Bundesrepublik meist nicht recht ernst genommen und als verbohrt Ideologie abgetan, zeigt einem doch der bloße Augenschein, daß von einer Proletarisierung nicht die Rede sein kann, sondern ganz im Gegenteil: wenn es hier Veränderungen gibt, so kann man allenfalls von einer Ver-

bürgerlichung der früheren Arbeiterklasse sprechen! Derartige westliche Stimmen übersehen jedoch eines: die unterschiedliche Auslegung des Begriffes „Proletariat“. Für einen Kommunisten ist dieser Begriff durch den Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln und Boden abgegrenzt und hat nicht den negativen Wertakzent, den man ihm im Westen zulegt. Proletarisierung bedeutet hier nichts weiter als die Tatsache, daß der prozentuale Anteil der Nichtselbständigen wächst. Mit diesem Prozeß verbunden und durch ihn bedingt ergaben sich aus diesem Blickwinkel heraus auch Veränderungen in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik, Veränderungen, die tendenziell nicht umkehrbar sind und die sich deshalb auch bei der Wahl 1969 niederschlagen mußten. Für diese Gruppe sowjetischer Beobachter war daher der Wahlausgang und auch die anschließende Regierungsbildung nicht so sehr überraschend. Für sie stellte sich vielmehr eine ganz andere Frage, und zwar die Frage nach der politischen Haltung der SPD-Führer. Wie es in Europa und hier vor allem in der Frage des Status quo weitergehen würde, aber auch wie es innerhalb der Bundesrepublik weitergehen würde, hing jetzt entscheidend von diesen Männern ab. Hier hatte man begründete Hoffnungen, die nicht unwesentlich mit der Person von Willy Brandt verbunden waren; nicht Hoffnungen auf eine *prinzipielle* Alternative zum Bisherigen, aber Hoffnungen auf eine Alternative insoweit, als ein gemeinsa-

mer Modus vivendi gefunden und gemeinsames Interesse auch gemeinsam verfolgt werden könnte. Demgegenüber standen aber auch Befürchtungen, die zum einen Teil durch verschiedene historische Erfahrungen mit der Sozialdemokratie bedingt waren, die sich andererseits aber auch auf die Haltung und die möglichen Verhaltensweisen derjenigen politischen Kräfte bezogen, die in der CDU/CSU, die jetzt zum erstmaligen in die Oppositionsrolle gedrängt war, ihre angestammte Heimat hatten.

Der nachfolgende Aufsatz soll das Bild, das man in der politischen Führung der UdSSR von der heutigen Regierungskoalition und der christlich-demokratischen Opposition hat, nachzeichnen. Es sollen vor allem die Veränderungen, die sich hier in der Zeit zwischen 1969 und 1973 ergeben haben, deutlich gemacht werden. Damit wird auch die in letzter Zeit in der BRD öfter gestellte Frage eindeutig beantwortet werden, ob denn die gegenüber früher so veränderte Berichterstattung über die SPD eher taktisch motiviert oder aber auf eine grundlegend veränderte Einstellung der sowjetischen Führer zurückzuführen sei. Und es soll schließlich versucht werden, auch die Erwartungen zu umreißen, die man in der Sowjetunion von der künftigen Entwicklung der westdeutschen Parteien und dem Kräfteverhältnis zwischen ihnen hat. Hier geben vor allem die Stellungnahmen zum Wahlergebnis des 19. November 1972 einige Aufschlüsse.

## Die SPD

### 1. „Sozintern“ und seine „rechten“ Führer.

Aus sowjetischer wie überhaupt aus kommunistischer Sicht sind die deutschen Sozialdemokraten sowohl „Deutsche“ als auch „Sozialdemokraten“, und in dieser letzteren Eigenschaft ergeben sich viele ihrer Charakteristika als eine Widerspiegelung des Wesens der internationalen Sozialdemokratie. Ähnlich wie die Sowjetunion einzelne westliche Staaten niemals nur isoliert, sondern als Teilmenge der Objektklasse „Kapitalistische Welt“ oder „imperialistische Staaten“ betrachtet, wird auch die SPD sehr häufig als Teilmenge der umfassenderen Klasse „Internationale Sozialdemokratie“ gesehen und so dargestellt. Dieser übergeordnete politische Bezugsrahmen darf nicht übersehen werden, wenn man eine Vorstellung davon gewinnen will, was die SPD in sowjetischen Augen für

eine Rolle spielt. Er soll im folgenden in seinen Grundrissen beschrieben werden <sup>1)</sup>:

<sup>1)</sup> Die folgende Darstellung stützt sich — soweit nicht anders vermerkt — auf die nachstehend aufgeführten Quellen:

L. I. Brežnev, KPSS v bor'be za edinstvo vseh revoljucionnych i miroľjubivych sil, Moskva 1972. Ders. in: PRAVDA v. 15. V. 1971.

Aleksandr Veber, Social-demokraty v menja-juščemsja mire, in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija (im folgenden: Memo), 11/1972. Ju. Žilin, Novoe i staroe v politike socinterna, in: PRAVDA v. 22. VIII. 72. Ernst Genri, Social-demokraty na pereput'e, Moskva 1969.

J. Charitonow und L. Schejdin, Auf der Bühne und hinter den Kulissen, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 9/72.

Dmitri Motschalin, Die sozialistische Internationale und die Gegenwart, in: NEUE ZEIT (im folgenden: NZ), 29/1972.

Grigorij Sogomonjan, Socialdemokratija i problemy evropejskoj bezopasnosti, in: Memo 7/1972. Ders.: Die Sozialdemokratie in den siebziger Jahren, in:

Kommunistische und sozialdemokratische Parteien gelten als politische Interessenvertretungen der Arbeiterschaft und darüber hinaus der werktätigen Bevölkerung. Eben diese Aufspaltung aber in Kommunisten und Sozialisten erscheint als Hauptgrund dafür, daß der politische Sieg über die bürgerlichen Parteien Westeuropas noch nicht erreicht wurde. Die Schuld an dieser Spaltung wird im wesentlichen — wenn auch nicht ausschließlich — den „rechten“ sozialdemokratischen Führungen angelastet. Zwar wird unterschieden zwischen solchen Führern, die auf seiten des Monopolkapitals bzw. des Imperialismus stehen und solchen, die Rücksicht auf die Forderungen der Volksmassen nehmen<sup>2)</sup>, doch herrsche im allgemeinen der rechte Flügel vor. Diesen „rechten“ Führern wird vorgeworfen, sie seien in ein Abhängigkeitsverhältnis zur monopolkapitalistischen Ordnung geraten, sie strebten überhaupt keine sozialistische Ordnung mehr an, sondern eine Verfestigung der existierenden Gesellschaft, und sie zeigten das Bestreben, die Werktätigen zur Kapitulation vor den Monopolen zu bringen<sup>3)</sup>. Sie seien voll in das System integriert und damit Verbündete und Gesinnungsfreunde der Bosse der Schwerindustrie geworden. Mehr als einzelne verbale Ausfälle gegen den Kapitalismus seien hier nicht zu erwarten. Der Imperialismus benutze diese bürgerlichen Reformisten und Opportunisten, um die Arbeiterbewegung von innen her zu spalten<sup>4)</sup>. Damit seien sie nun in einen eklatanten Gegensatz zu den Interessen ihrer Mitglieder und der Masse der werktätigen Bevölkerung geraten<sup>5)</sup>. Hier liegt auch der tiefere Grund dafür, daß man einerseits von der Sozialdemokratie als einer realen Kraft mit traditioneller Massenbasis spricht, während andererseits die weitgehende Erfolglosigkeit sozialdemokratischer Politik immer wieder betont wird.

Statt die Gesellschaft zu verändern, hätten sich im Laufe der Zeit die sozialdemokratischen Parteien geändert, und ihre Führer

seien Teil des Establishments geworden. Solche politischen Positionen und Handlungen, die man von sowjetischer Seite positiv beurteilt, werden stets auf den Druck von unten, d. h. von Mitgliedern der Partei, von seiten der Gewerkschaften, der Jugend und der Intelligenz, zurückgeführt. Deren permanent wachsendem Einfluß und dem Wirken des linken Flügels wird es zugeschrieben, daß einzelne Parteien in manchen Fragen dann doch eine fortschrittlichere Haltung bezeugen: Sie müssen einfach mit den grundlegenden Veränderungen rechnen, die in der Öffentlichkeit vor sich gehen. Nach dem Kriege etwa seien Antikommunismus und Atlantismus noch das A und O der meisten sozialdemokratischen Führer gewesen. Das habe sich mit Beginn der sechziger Jahre allmählich gebessert, wenn auch nach wie vor die Kommunisten noch als Feind Nr. 1 gälten und das NATO-Bündnis hochgehalten werde. Und der Prozeß der Differenzierung gehe weiter: In der Außenpolitik gäbe es immer mehr Elemente des Realismus und auch in bezug auf die Zusammenarbeit mit Kommunisten habe es gegenüber dem Sozintern-Kongreß vom Juni 1969 Fortschritte gegeben.

Die größte Schwäche der sozialdemokratischen Führungen wird darin gesehen, daß sie es nicht geschafft haben, zu einer echten Weltbewegung zu werden und daß sie sich regelmäßig unfähig zeigten, die einmal errungene staatliche Macht auch zu behaupten. Altpublizist Ernst Genri zieht 1969 einen historischen Vergleich zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hinsichtlich Mitgliederentwicklung, Größe der beherrschten Territorien und der durchgesetzten Veränderungen. Er kommt dabei zu dem Schluß: „Die Sozialdemokratie hat in diesem halben Jahrhundert nichts Großes geschaffen. Sie hat keine großen Revolutionen durchgeführt und keine großen Staaten aufgebaut, sie gab den Menschen keine großen Ideen: Sie ist unfruchtbar“ Und: „Sozialdemokratische Regierungen... kommen und gehen... Der Staat bleibt in den Händen der Bourgeoisie“<sup>6)</sup>. Diese Unfähigkeit wird im wesentlichen auf drei Ursachen zurückgeführt. So hat sich die Sozialdemokratie dadurch, daß sie die staatsmonopolistische Expansion mit unterstützte, selbst jeder Möglichkeit beraubt, in den Staaten der Dritten Welt eine Basis zu finden. Deshalb blieb sie im großen und ganzen auf Europa beschränkt. Weiter hat sie zugelassen, daß eine Anzahl sozialer Errungenschaften zum Verdienst der herrschenden Klasse

Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1972. Ders.: Kommunisten und Sozialdemokraten. Probleme der Einheit, in: Neues Forum (Wien), April 1972.

Thesen des ZK zum 100. Geburtstag Lenins: in: NZ 1/1970, S. 61. Vgl. auch: Der SPIEGEL, Nr. 47/1972, S. 120 f.

<sup>2)</sup> Dokumente der internationalen Bewegung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom 5.—17. 6. 1969, in: NZ 26/69, S. 32.

<sup>3)</sup> K. T. Mazurov in: PRAVDA vom 7. XI. 1972, S. 2.

<sup>4)</sup> M. Suslov, The CPSU, the Party of Creative Marxism, in: Social Sciences, 1/1972, S. 8.

<sup>5)</sup> Vgl. auch: Kompaß der revolutionären Bewegung, in: NZ 2/1970, S. 18.

<sup>6)</sup> Genri, a. a. O., S. 17 und S. 6.

erklärt werden konnten: „Wenn die Bourgeoisie gezwungen ist, gewisse Zugeständnisse zu machen, so kann dies bei einem Teil der Werktätigen reformistische Illusionen erwecken und dadurch die Wahlbasis der sozialdemokratischen Partei erweitern. Doch diese selbe Politik nimmt der Sozialdemokratie das Monopol auf Reformen, gestattet den bürgerlichen Parteien, im Kampf um den Masseneinfluß erfolgreich mit ihr zu konkurrieren“<sup>7)</sup>. Am nachhaltigsten ist aber diese Unfähigkeit und Erfolglosigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Monopolkapital im Zusammenhang mit dem größten politischen Fehler der SP-Führer zu sehen, mit ihrer antikommunistischen Haltung nämlich, die sich sowohl gegen die einzelnen kommunistischen Parteien als auch gegen das sozialistische Lager als Ganzes richtet. Und gerade in bezug auf diese sozialistischen Staaten blieb die Sozialdemokratie hinsichtlich der elementarsten Objektivität sogar noch hinter der bürgerlichen Presse zurück. Auf diese Weise hat sie sich eines Bündnispartners beraubt und somit, ob sie es wollte oder nicht, die Position des Monopolkapitals gefestigt. Durch ihren Antikommunismus wurden die rechten Führer so zu Gefangenen des Imperialismus<sup>8)</sup>.

Spätestens seit dem Kongreß der sozialistischen Internationale im April 1972 in Amsterdam sieht man jetzt jedoch in der Sowjetunion auch positive Veränderungen und Tendenzen und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Es wird mehrfach hervorgehoben, daß auf dieser Tagung die Haltung zu den Kommunisten zur internen Angelegenheit der einzelnen SP erklärt wurde, während man 1969 noch eine Resolution gegen ein Zusammengehen mit Kommunisten verabschiedet hatte. Eine solche Zusammenarbeit erscheint den sowjetischen Führern ohne Einschränkungen allerdings nur auf der internationalen Ebene möglich. Insofern ist ihre Einstellung gegenüber den Sozialdemokraten seit Jahren unverändert geblieben: Einerseits außenpolitische Kooperation, andererseits kompromißloser ideologischer Kampf gegen den Sozialdemokratismus, Reformismus, Opportunismus oder welche Bezeichnung man auch immer wählt. Diese Position ist in den letzten Jahren auch von Parteichef Breshnejew so zum Ausdruck gebracht worden, wobei er in letzter Zeit die SPD in diesem Zusammenhang beispielhaft erwähnt. Durch eine derartige Zusammenarbeit in der Außenpolitik würden

auch die Positionen der sozialdemokratischen Parteien in ihren jeweiligen Ländern gestärkt<sup>9)</sup>.

## 2. Vom „Zwillingsbruder des Faschismus“ zum „Zwillingsbruder der CDU“.

Bei der Diskussion um die Ostpolitik der SPD wird nicht selten außer acht gelassen, daß diese Partei den sowjetischen Führern lange Zeit als ihr gefährlichster Feind erschienen ist. Eine Darstellung des heutigen Bildes von der SPD kann deshalb nicht darauf verzichten, auch die Konturen dieses vergangenen Bildes nachzuzeichnen. Ebenso wie der geopolitische ist auch der historische Bezug unverzichtbar, wenn man genau verstehen will, welchen Stellenwert die SPD heute für die sowjetische Politik hat.

Im vergangenen Jahrhundert hatte die SPD den russischen Sozialisten und besonders den Bolschewiken als Vorbild gedient. Sie war die größte aller Arbeiterparteien, ihre Mitglieder waren äußerst diszipliniert, sie besaß das höchste theoretische Niveau, und ihr Organisationsvermögen war unerreicht. Es mußte beinahe aussichtslos erscheinen, unter russischen Bedingungen eine vergleichbare Partei aufzubauen. Das Vorbild der deutschen Sozialdemokratie auf russische Verhältnisse übertragen, das hieß vor allem für den späteren Führer der Bolschewiken, Vladimir Lenin, die Momente Disziplin und Organisationsfähigkeit von den Deutschen zu übernehmen. Auf die Massenbasis kam es dabei nicht so sehr an. Schon gar nicht, wenn eine Vielzahl von Mitgliedern einen Verzicht an Disziplin und an Schlagfertigkeit zur Folge hatte. Den deutschen Sozialdemokraten nachzueifern hieß für ihn unter den russischen Bedingungen, zunächst eine disziplinierte Kaderpartei von Berufsrevolutionären aufzubauen, die über einen hohen Grad an Organisiertheit verfügte und nur durch verschiedene Transmissionsriemen mit den Arbeitermassen verbunden war. Daß sich nach der Spaltung der SDPR (russ. Sozialdemokratie) im Jahre 1903 die SPD und ihre Presse auf die Seite der Menschewiken und nicht hinter seine Gruppe stellte, ist für ihn offensichtlich eine große Enttäuschung gewesen, verstand er sich doch gerade als den konsequentesten Verfechter der Ideen der deutschen Sozialdemokratie.

<sup>9)</sup> Vgl. hier Breshnejew-Rede 1969 in: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969, Berlin (DDR) 1969, S. 205, und für 1972: Internacionalizm v dejstvii, in: PRAVDA v. 9. XII. 1972, S. 2.

<sup>7)</sup> Sogomonjan, in: Neues Forum, April 1972, S. 43.

<sup>8)</sup> A. Baturin, Zur Tagung der sozialistischen Internationale, in: NZ 4/1973, S. 21.

Von nun an wandelte sich seine Einstellung zu ihr, und er begann, das „Philistertum“ in der deutschen Partei zu kritisieren, er sprach von ihnen als „Pseudosozialdemokraten“ und ihre Führer nannte er „Lakaien der imperialistischen Bourgeoisie“<sup>10)</sup>. Schließlich sah er in ihr nur noch das „opportunistische Geschwür“, das zugleich mit der Bourgeoisie zerschlagen werden mußte, wenn die Revolution Erfolg haben sollte<sup>11)</sup>. Auch viele andere prominente Bolschewiken teilten diese seine Auffassung, und besonders scheint Josef Stalin von seiner Sicht beeinflusst worden zu sein. Im gleichen Maße, wie Stalin in der eigenen Partei an Einfluß gewann, galt die SPD-Führung in der Weimarer Republik den sowjetischen Kommunisten als der Hauptfeind schlechthin. Einerseits vertrat diese ja — im Gegensatz etwa zur deutschen „Rechten“ — in der deutschen Außenpolitik eine konsequent antisowjetische Linie, andererseits war sie einer der Grundpfeiler der bürgerlichen Republik. So wie für Stalin die Nazibewegung das Terrorinstrument der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Macht in einer unstabilen Situation war, so war ihm die SPD-Führung das Instrument der Bourgeoisie zur Spaltung der Arbeiterklasse. Nationalsozialisten und Sozialdemokraten erschienen aus dieser Denkweise heraus folgerichtig als Verbündete mit verteilten Aufgaben, sozusagen als politische „Zwillingsbrüder“. „Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus“, schrieb er<sup>12)</sup>. Und dementsprechend hatte die KPD der Weimarer Republik die SPD, die „Sozialfaschisten“, als ihren Hauptfeind zu sehen und als Haupthindernis fortschrittlicher Veränderungen zu bekämpfen, während zugleich die Nazis, die „Nationalfaschisten“, als das vergleichsweise kleinere Übel erschienen<sup>13)</sup>.

Auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die westdeutsche Sozialdemokratie, nachdem die Schumacher-Führung den Zusammenschluß mit den Kommunisten abgelehnt hatte, überwiegend als Gegner angesehen. Die Ablehnung der Westintegration der

BRD und der Kampf gegen eine nukleare Aufrüstung insbesondere von seiten der Ollenhauer-Führung brachte dann aber hier wesentliche Modifizierungen. Sowohl auf dem XX. als auch auf dem XXI. Kongreß der KPdSU sprach sich Chruschtschow für die Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aus. Erst nachdem die Gruppe um Brandt die SPD-Führung übernommen hatte sah man diese wieder ausschließlich als Feind an. Willy Brandt galt der Sowjetunion nämlich als Repräsentant des äußersten rechten Flügels der Partei, als Vertreter ihrer reaktionärsten Kräfte und Verfechter der anti-sowjetischen Linie. Diese Brandt-Gruppe, so erwartete man, werde die Partei ins Lager des Militarismus und des Imperialismus führen. Das Godesberger Programm bedeutete daher die Abwendung von Marxismus und Klassenkampf. Die Partei stellte sich als Volkspartei und nicht mehr als Arbeiterpartei dar, und das war gleichbedeutend mit dem endgültigen Übergang ins Lager der Bourgeoisie. Nur an einer Front kämpfte die SPD mit Entschlossenheit weiter, nämlich gegen die Kommunisten. Die Haltung der Oppositionsführung in der Bundestagsdebatte vom 30. Juni 1960 schließlich wurde als die vollständige und endgültige Kapitulation vor der CDU, als die offene Unterwerfung unter die Adenauerpolitik verstanden. Diese Politik schien gegen den Willen der Mitglieder-mehrheit gemacht zu werden und wurde sowjetischerseits damit erklärt, daß Parteibürokratie und Parteiführung immer enger mit den Monopolen und dem Staat zusammenwachsen. Insbesondere die eigentliche Parteispitze sei mit den Monopolen persönlich verflochten und erhalte von hier riesige Summen für die Abkehr vom Sozialismus. Als typischer Vertreter derartiger karrieristischer Elemente wurde Parteiführer Brandt genannt<sup>14)</sup>. Er und seinesgleichen stellten mit ihrem Kurs die Fortexistenz der SPD als selbständige Kraft in Frage und schienen die Partei in die Katastrophe zu führen. Unter seiner Führung sei sie in eine „Volksausgabe der CDU“ umgeformt worden<sup>15)</sup>, in einen „Zwillingsbruder der CDU“<sup>16)</sup>.

<sup>10)</sup> V. I. Lenin, *Polnoe sobranie sočinenij*, 5. Ausgabe 1960—1966, Bd. 16, S. 81, Bd. 48, S. 96, Bd. 31, S. 93.

<sup>11)</sup> W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, Berlin (DDR) 1952, S. 137.

<sup>12)</sup> Josef Stalin, *Sočinenija*, Bd. 6, Moskva 1947, S. 282.

<sup>13)</sup> Ausführlicher hierzu: Jörg-Peter Mentzel und Wolfgang Pfeiler, *Deutschlandbilder. Die Bundesrepublik aus der Sicht der DDR und der Sowjetunion*, Düsseldorf 1972, S. 73 ff.

<sup>14)</sup> A. B. Veber, *Klassovaja struktura obščestva v Zapadnoj Germanii*, Moskva 1961, S. 253 f. M. S. Voslenskij, *Vnešnjaja politika i partii FRG*, Moskva 1961, S. 164—169, 172, 189, 205—210. M. S. Voslenskij, *Mirnoe uregulirovanie s Zapadnoj Germaniej i „Pridvornaja Oppozicija“*, in: *Meždunarodnaja žizn'*, 3/1962, S. 59. T. Timofeev, *Mežgosudarstvennye otnošenija i social'nye protivorečija*, in: *Meždunarodnaja žizn'*, 2/1960, S. 19.

<sup>15)</sup> Voslenskij, 1962, a. a. O., S. 59

<sup>16)</sup> Veber, 1961, a. a. O., S. 254.

Da nun die Entwicklung der Bonner Republik und die Politik ihrer „herrschenden Kreise“ des öfteren im Vergleich zur Weimarer Zeit gesehen und bei solchen Betrachtungen stets die Parallelen herausgearbeitet wurden, liegt die Vermutung nahe, hier auch eine Parallele in der sowjetischen Perzeption zu sehen. In der Folgezeit konstatierte man jedenfalls entsprechend den eigenen Erwartungen einen weiteren Rechtskurs der SPD. Der Eintritt in die Regierung der „Großen Koalition“ wurde als konsequente Fortsetzung dieses Kurses verstanden. Die Brandt-Wehner-Gruppe erwies sich damit sogar als Retter der CDU und ihres reaktionären Kurses in einer für die CDU-nahezu auswegslosen Krise<sup>17)</sup>. Nicht genug damit, habe die SPD-Führung für die Regierungsbeteiligung auch noch einen Einstandspreis, die Annahme der Notstandsgesetze, bezahlen müssen, wodurch entscheidende SPD-Positionen geschwächt worden seien. In der Folgezeit beobachtete man, wie sich anscheinend dieser rechte Flügel, der die Macht in der Partei usurpiert hatte, nicht seinen Mitgliedern und Wählern, sondern seinem Koalitionspartner gegenüber loyal verhielt<sup>18)</sup>. Immer wieder wird die Abhängigkeit der Parteispitze vom Monopolkapital, ihre revanchistische und antisozialistische Haltung und ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit in dieser Zeit hervorgehoben.

### 3. Die „Realisten“.

Mit der Veröffentlichung von Willy Brandts Buch „Friedenspolitik in Europa“ beginnt dann allmählich eine andere Einschätzung. Sie beginnt sehr allmählich, sehr zögernd, und es wird zunächst noch davon gesprochen, daß die in diesem Buche angedeuteten Kompromisse letztlich doch auf den revanchistischen Kurs der CDU hinausliefen, doch wird Brandt jetzt als „gemäßigt“ bezeichnet, und es werden ihm „gewisse Elemente von Realismus“ bescheinigt. Er habe jedoch keinen Einfluß auf die praktische Politik<sup>19)</sup>. Die im Wahlkampf gemachten Aussagen der SPD werden zunächst noch für ein Mittel gehalten, mehr Stimmen zu bekommen. Tatsächlich sei die Partei nur zum Schein Anhänger einer Entspannung, was schon daraus hervorgehe, daß die SPD die außenpolitischen Initiativen der Freien Demokraten ablehne<sup>20)</sup>. Und in

der Innenpolitik werde weiter eine gewerkschaftsfeindliche Politik betrieben. Die SPD-Führer wollten hier zum Nutzen der herrschenden Kreise die CDU sogar rechts überholen<sup>21)</sup>. In Wirklichkeit seien sie gar keine richtigen Sozialisten, denn sie hätten die Waffen vor dem Monopolkapital gestreckt und das sozialistische Ziel völlig aus dem Auge verloren. Das werde schon an der unverändert antikommunistischen Haltung deutlich<sup>22)</sup>.

Bei der Kommentierung des Bundestagswahlergebnisses 1969 wird dem außenpolitischen Programm der Partei ein erheblicher Anteil zugemessen, doch hätte die SPD noch besser abschneiden können, wäre sie nicht mit der CDU zusammen in der „Großen Koalition“ gewesen<sup>23)</sup>. Die Regierungserklärung von Brandt wird zurückhaltend beurteilt. Das seien allgemeine Erklärungen, aber noch keine Garantie für eine friedliche Entwicklung der Bundesrepublik. Man entdeckt Diskrepanzen zwischen Wort und Tat, politische Inkonssequenzen, Unlogik, und es wird bemängelt, daß wichtige Fragen offengeblieben seien. Erst die Zukunft werde zeigen, schreibt Besymenski, was realisiert werde<sup>24)</sup>.

Die Haltung der Parteiführung wird bis zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrages im August 1970 abwartend-skeptisch beurteilt. Auf der einen Seite sieht man ein Bestreben der Regierung, unter dem Druck objektiver Notwendigkeiten ihre Außenpolitik mit den Realitäten irgendwie in Einklang zu bringen, auf der anderen Seite gebe sie aber immer wieder dem Druck der Reaktion nach, wodurch sie die eigenen positiven Ansätze zunichte mache<sup>25)</sup>. Die Begegnungen zwischen Brandt und Stoph scheinen zu bestätigen, daß die Regierung noch weit von einer wirklich realistischen Position entfernt sei<sup>26)</sup>. Auch innenpolitisch werden von dieser Führung

<sup>21)</sup> Albert Grigorjanz in: NZ 18/1969 S. 22 f und in: NZ 24/1969, S. 24. Boris Lanin in: NZ 34/1969, S. 30.

<sup>22)</sup> Alexander Weber in: NZ 28/1969, S. 3—5.

<sup>23)</sup> D. Melnikow, Die Bundesrepublik nach den Wahlen, in: NZ 41/1969, S. 7 f. S. a.: W. Michailow, Westdeutschland: Die Wahlergebnisse, in: NZ 40/1969, S. 20.

<sup>24)</sup> L. Besymenski, Kontinuität oder Erneuerung?, in: NZ 45/1969, S. 18. Ferner: A. Weber in NZ 28/1969, S. 3., A. Grigorjanz, Klarheit tut not, in: NZ 3/1970, S. 6, W. Jeshow, Die westdeutschen Kommunisten und die neue Bundesregierung, in: NZ 50/1969, S. 24 f.

<sup>25)</sup> D. Melnikow, Willy Brandts „hundert Tage“, in: NZ 4/1970, S. 4 f. W. Michailow, in: NZ 5/1970, S. 11. Ferner: J. Grigorjew in: NZ 30/1970, S. 11 f.

<sup>26)</sup> Juri Kusminych, Das Treffen in Erfurt, in: NZ 13/1970, S. 5, und: Das Treffen in Kassel, in: NZ 22/1970, S. 5 f.

<sup>17)</sup> G. Sogomonjan, Social-demokratija Evropy na rasput'e, in: Memo 10/1967, S. 65.

<sup>18)</sup> Vgl.: Mentzel/Pfeiler, a. a. O., S. 286.

<sup>19)</sup> Daniil Melnikow, (Buchbesprechung) in: NZ 3/1969, S. 30 f.

<sup>20)</sup> Alexander Jefremow, Wahlduell am Rhein, in: NZ 23/1969, S. 21 f.

keine durchgreifenden Veränderungen oder sozialpolitische Verbesserungen erwartet; der antikommunistische Kurs dauere an und die Nutznießer dieser ganzen Politik seien letztlich die westdeutschen Monopole<sup>27)</sup>. Die von Daniil Melnikow Anfang 1970 aufgeworfene Frage, ob die SPD möglicherweise noch weiter nach rechts gehen werde, wird wenig später von SED-ZK-Sekretär Albert Norden in einem Aufsatz in der „Neuen Zeit“ beantwortet: Ja, die SPD sei bereits noch weiter nach rechts abgewichen und fest in das monopolkapitalistische System integriert<sup>28)</sup>.

Erst nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages hält man einen wirklichen Umschwung in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland für wahrscheinlich, doch finden sich auch jetzt noch gewisse Vorbehalte. Das endgültige Urteil hänge davon ab, daß der Vertrag auch tatsächlich ratifiziert und schließlich mit Leben erfüllt werde. Doch sei jetzt schon festzustellen, schreibt Lew Besymenski im Herbst 1972, daß gewisse Veränderungen eingetreten seien, die auch von fast jedem seiner Gesprächspartner in Westdeutschland ausdrücklich begrüßt würden<sup>29)</sup>. Von nun an wird die Politik der westdeutschen Regierung stets als „realistisch“ bezeichnet. Das gilt jedoch nur für die Außen-, nicht für die Wirtschafts- und Sozialpolitik und auch nicht für die Militärpolitik<sup>30)</sup>. In diesen Bereichen zeige sich deutlich, daß die SPD-Führung nicht mehr an Reformen sondern an der Zusammenarbeit mit den Monopolen interessiert sei. Da die Führung zugleich an ihren alten antikommunistischen Positionen festhalte, stärke sie so die Reaktion im Lande. Das habe jedoch innerhalb der Partei zu einer Differenzierung und Polarisierung geführt, denn die linken Kräfte in der SPD sähen die innenpolitische Lage weitaus realistischer als die Führer. Diese aber glaubten, sie müßten die Progressiven in den eigenen Reihen bekämpfen. Die CDU habe das schnell gemerkt und nütze es

für ihre Zwecke aus<sup>31)</sup>. Aber auch im außenpolitischen Bereich gibt es nach wie vor von sowjetischer Seite manches zu bemängeln. Vor allem wird der Bundesregierung mangelnde Zielstrebigkeit und Konsequenz vorgeworfen. Mit ihrer Ostpolitik habe sie sich mehr außenpolitische Manövriertfähigkeit verschafft, und zwar auch gegenüber den USA. Trotzdem laufe die tatsächliche Linie auf ein weiteres enges Bündnis mit den USA hinaus. Zugleich versuche man aber auch die „europäische Orientierung“ zu verstärken, um die Position der westdeutschen Monopole zu verbessern. Helmut Schmidt gilt hier als der Vermittler zwischen „Atlantismus“ und „Europäismus“. Seine Konzeption laufe auf eine Erweiterung der NATO durch Einbeziehung möglichst aller westeuropäischen Länder hinaus. Er wolle so West-Europa in eine Filiale der NATO mit starkem westdeutschem Einfluß umwandeln<sup>32)</sup>. Die Kritik an der Westpolitik der Bundesregierung tritt aber zurück hinter der Zustimmung, die ihre Ostpolitik findet. Im Herbst heißt es, man könne jetzt bereits sagen, daß der Machtantritt der Koalition zu einem nüchternen Herangehen an die Realitäten des heutigen Europa geführt habe. Dadurch seien die weiteren Aussichten für eine friedliche Zusammenarbeit so günstig wie noch nie zuvor<sup>33)</sup>. Immer wieder wird jetzt die Klimaverbesserung in Europa betont und die Tatsache hervorgehoben, daß dieser Kurs der Regierung Brandt/Scheel die Zustimmung sowohl des Auslandes als auch der westdeutschen Bevölkerung findet. Selbst viele „Großkopfete“ billigten diese Politik, eine Politik ohne Drohung mit Krieg, die die Konfrontation durch Kooperation ersetze<sup>34)</sup>.

Im Frühjahr 1972 wird Bundeskanzler Brandt unter Berufung auf M. S. Suslow (nächst Breshnejew das hierfür kompetenteste Politbüromitglied) wiederum ausdrücklich sein Realismus bei der Einschätzung der Lage in Europa bescheinigt. Und zehn Wochen später erklärt ihm Lew Besymenski in einem Gespräch, daß

<sup>27)</sup> D. Melnikow in: NZ 4/1970, S. 6, sowie Wsewolod Jeshow, Was westdeutsche Kommunisten berichten, in: NZ 23/1970, S. 18.

<sup>28)</sup> NZ 4/1970, S. 6 und NZ 15/1970, S. 11.

<sup>29)</sup> L. Besymenski, Möglichkeiten, die wahrgenommen werden müssen, in: NZ 37/1970, S. 5. L. Besymenski, Eine Zeit der Wandlungen, in: NZ 46/1970, S. 12 f. J. Grigorjew, Ein ungewöhnlicher August, in: NZ 34/1970, S. 5 f.

<sup>30)</sup> L. Besymenski, Tolle Tage und ernste Probleme, in: NZ 9/1971, S. 6. L. Besymenski, Hauptleute und Generale, in: NZ 17/1971, S. 9. Ferner: L. Besymenski und Pawel Naumow, Der SPD-Parteitag in Bonn, in: NZ 48/1971, S. 10 f.

<sup>31)</sup> Rafael Fjodorow, Die westdeutsche Sozialdemokratie und der Antikommunismus, in: NZ 11/1971, S. 22—24. Ferner: V. Ešov, GKP v bor'be za interesy rabočego klassy, in: Rabočij klass i sovremennij mir, 4/1972, S. 91 f.

<sup>32)</sup> D. Mel'nikov, FRG pered otvetstvennym vyborem, in: Memo 5/1972, S. 18—26. Ferner: L. Besymenski, Das Ende der Alpenfestung, in: NZ 19/1971, S. 11.

<sup>33)</sup> Auf dem richtigen Wege (Worte des Redakteurs) in: NZ 39/1971, S. 1. S. ferner: NZ 33/1971, S. 9 f, 36/1971, S. 9, 39/1971, S. 5 f, 38/1971, S. 6 und 41/1971, S. 8 f.

<sup>34)</sup> NZ 49/1970, S. 11, 52/1971, S. 16, 10/1972, S. 8 und 9, 14/1972, S. 6 und 29/1972, S. 20.

seiner Meinung nach die Veränderungen in der Politik der BRD unverrückbar seien, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil diese Entwicklung von der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit ganz entschieden unterstützt würde<sup>35</sup>). Die letzten achtzehn Monate seien eine Zeit tiefen Umdenkens in der Öffentlichkeit gewesen. Es sei sogar so, schreibt er wenig später, daß die öffentliche Meinung der westdeutschen Bevölkerung der diplomatischen Praxis hinsichtlich der DDR voraus sei, und die Vertragsideen-fänden darüber hinaus Anerkennung in allen Schichten auch der anderen westeuropäischen Länder<sup>36</sup>). Kurz vor der Wahl äußert sich auch Leonid Breschneiw befriedigt über die geschaffene Vertrauensbasis mit der westdeutschen Sozialdemokratie, fügt jedoch hinzu, daß die ideologischen Plattformen nach wie vor völlig verschieden seien und es auf diesem Gebiet keine Zusammenarbeit geben könne<sup>37</sup>). Diese Einstellung gegenüber der SPD wird auch in der Parteizeitung Prawda im einzelnen dargelegt: Die Veränderungen der sozialdemokratischen Positionen seien nur außenpolitischer Natur. Sie bedeuteten nicht, daß man sich auch auf anderen Lebensgebieten den Erfordernissen der Zeit angepaßt habe. Teilweise halte man hier an überholten Vorstellungen fest. Auch der Realismus der Regierung Brandt/Scheel begrenze sich auf die Außenpolitik und sei vornehmlich auf den Druck von unten, von den Massen her, zurückzuführen. Eigenartigerweise habe sich in der Bundesrepublik auf der Rechten aber auch auf Seiten von SPD-Anhängern die Meinung verbreitet, die SPD steuere einen Linkskurs. Das sei jedoch ganz und gar unrichtig. Nach dem Kriege sei die SPD wohl zunächst eine Arbeiterpartei gewesen, doch seit 1959 habe sie sich zu einer prokapitalistischen Partei entwickelt, hier habe auch die Machtübernahme 1969 keine prinzipielle Änderung gebracht. Die Partei arbeite den herrschenden Kreisen, den Kapitalisten, in die Hände. Das habe ganz deutlich der Parteikongreß in Dortmund gezeigt. Dort sei nicht eine einzige Maßnahme gegen die Interessen des Kapitals beschlossen worden, wohl aber Maßnahmen gegen solche Sozialdemokraten, die mit Kommunisten zusammenarbeiten wollten. Es könne keine Rede davon sein, daß die SPD einen Linkskurs

<sup>35</sup>) W. Kusnezow, Damit in Europa Frieden sei, in: NZ 17/1972, S. 8. L. Besymenski, Der Bundestag geht in die Ferien, in: NZ 27/1972, S. 11.

<sup>36</sup>) L. Besymenski, Zwei Jahre später, in: NZ 34/1972, S. 8 f. Ferner: Besymenski, Bonn am Scheidewege, in: NZ 14/1972, S. 6.

<sup>37</sup>) Heinz Lathe, Kreml betont Vertrauen zu Brandt, in: Bonner Rundschau v. 15. 11. 1972.

steuere, sie sei keine revolutionäre Partei<sup>38</sup>). Und durch die Koalition mit der FDP würden die Interessen der Monopole in nicht geringem Maße gewahrt<sup>39</sup>).

Ungeachtet der negativen Stellungnahmen zur Innenpolitik der SPD-Führung wird ihr außenpolitischer Realismus immer wieder betont und mit einer Politik der Vernunft gleichgesetzt. Auch Breschneiw äußert sich kurz vor dem Jahresende erneut in diesem Sinne<sup>40</sup>). Es ist aber sicherlich sehr wesentlich zu sehen, daß das Attribut „realistisch“ in diesem Zusammenhang nicht nur einen positiven Wertakzent hat. Mit dem Begriff „Realismus“ ist zugleich auch eine kritische Distanzierung verbunden. Es soll damit ausgedrückt werden, daß die außenpolitische Orientierung der Parteiführung, der Kurs auf Verständigung mit dem Osten, keine typisch sozialdemokratische Politik ist und keine historischen Wurzeln in der früheren Haltung der SPD hat. Der Realismus der Partei kam nicht durch eine grundsätzliche Umorientierung sozialdemokratischer Denkweisen zustande. Er ist weiter nichts als die Einsicht in eine veränderte außenpolitische Situation. Und diese Einsicht kam vornehmlich daher, daß die Parteiführer die Meinungen ihrer Mitgliedschaft und die veränderten Stimmungen bei der westdeutschen Bevölkerungsmehrheit berücksichtigen mußten<sup>41</sup>).

#### 4. Die Bundestagswahl 1972: „Zufallssieg“ oder neue Ära?

Schon lange vor den Wahlen war auf sowjetischer Seite des öfteren hervorgehoben worden, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik der Regierung zunehmende Sympathie entgegenbrachte. Das wurde überwiegend auf die Außenpolitik der Koalition bezogen, die die BRD vor der Isolierung bewahrt und ihr mehr internationales Ansehen gebracht habe. Die Menschen in der Bundesrepublik seien für Entspannung, für Zusammenarbeit und daher für die Verträge von Moskau und Warschau. Da nur eine Fortsetzung der existierenden Koalition auch eine Fortsetzung dieser Politik garantiere, seien Brandt und seine Regierung beim Volke beliebter als die Opposition und ihr Führer Barzel. Auf Grund dieser Lage wurden die Aussichten der Koalition bei der Bundestagswahl von Anfang an überwiegend positiv beurteilt. Zwar sei das

<sup>38</sup>) E. Petrov, in: PRAWDA v. 5. XI. 1972, S. 4.

<sup>39</sup>) E. Grigor'ev, in: PRAWDA v. 1. XI. 1972, S. 4.

<sup>40</sup>) L. Breznev, in: PRAWDA v. 22. XII. 1972, S. 4.

<sup>41</sup>) Gespräch mit Lew Besymenski am 27. 12. 1972.

innere Reformprogramm der Regierung ein Programm der Halbheiten und Widersprüche, und auch die Wirtschaftspolitik der SPD diene nicht den Interessen der Werktätigen. Das könne die CDU ausnützen. Auch versuchten die SPD-Führer offensichtlich zu beweisen, daß sie noch bessere Antikommunisten als die Opposition seien. Trotzdem habe die Politik der Vernunft und des Realismus am 19. November gute Chancen<sup>42)</sup>.

Gerade diese Politik war es aus sowjetischer Sicht gewesen, die die Regierung um ihre Mehrheit gebracht hatte. Einige Abgeordnete, die sich außenpolitischen Veränderungen widersetzen und zur Vergangenheit zurückkehren wollten, hatten die Koalition verlassen und dadurch die vorzeitige Neuwahl des Parlamentes notwendig gemacht. Der Wahlsieg der SPD schließlich wird auf mehrere, in unterschiedlicher Weise bedeutsame Faktoren zurückgeführt. Da ist zunächst einmal die Außenpolitik, die als wichtigster Faktor für den unerwartet hohen Sieg der Partei Willy Brandts angeführt wird. Die meisten Experten hätten sich in der Einschätzung des außenpolitischen Momentes für die Wählerentscheidung vertan. Wesentlich mehr Menschen, als man so gemeinhin annahm, hätten diese Entwicklung aufmerksam verfolgt. Um die Fortsetzung dieser Politik sicherzustellen, hätten viele von diesen nicht so sehr für die Koalitionsparteien als vielmehr gegen die CDU/CSU gewählt. Hier wird insbesondere die sozial heterogene Schicht aller Menschen genannt, die Verwandte in der DDR haben und deshalb an einem Erfolg der Regierungspolitik interessiert waren. Weiter konnte sich die SPD auf die Mehrheit der Arbeiterschaft, der Intelligenz und der Studentenschaft stützen. Besonders wichtig und auch für die Zukunft bedeutsam sei aber das Votum der jungen Wähler, der Erstwähler gewesen. Als ein weiterer wichtiger Faktor werden die strukturellen Veränderungen in der soziologischen Struktur der westdeutschen Gesellschaft gewertet, die soziale Polarisierung, die sich in einer Zunahme der Unselbständigen und zugleich tendenzieller Abnahme der Selbständigen ausdrücke. Und schließlich wird die Unterstützung genannt, die die westdeutschen Kommunisten der Regierungspolitik angedeihen ließen, indem sie nicht so sehr um Stimmen für die eigene Partei warben, sondern dafür, daß die Außenpoli-

tik der Regierung fortgesetzt werden sollte<sup>43)</sup>. Alle diese Gegebenheiten führten zum Wahlsieg der Koalition, zu dem bemerkenswerten Umschwung, der nicht zuletzt darin seinen Ausdruck fand, daß die SPD zum erstenmal in der Geschichte der Republik stärkste Partei und stärkste Fraktion wurde. „Dieser Umschwung wird durch eine allgemeine Linkstendenz der Massen charakterisiert, durch eine Verstärkung der antimonopolistischen Bewegung, durch das Wachstum politischer Aktivität breiter Schichten der Bevölkerung, besonders der jungen Generation der Bürger der BRD, durch das Suchen nach neuen Lebensperspektiven. Infolgedessen sind die Ursachen für die geschehenen Veränderungen tiefergehend als eine einfache Verschiebung im Verhältnis der Parlamentssitze. Die Ergebnisse der Wahlen haben nicht nur die Niederlage der Reaktion fixiert, sondern sie legen Zeugnis ab vom Entstehen eines neuen politischen Kräfteverhältnisses im Staate“... „In diesem Sinne waren die Wahlen 1972 eine Art endgültiges Begräbnis der ‚Ära Adenauer‘“<sup>44)</sup>.

## 5. Die Zukunft der SPD

Da die Veränderungen in der soziologischen Struktur weitergehen werden, wird erwartet, daß die SPD ihre Positionen noch festigen kann. Eine innenpolitische Orientierung der Partei nach rechts wird zwar nicht ausgeschlossen, aber auch nicht erwartet, da sie ja gerade bei dieser Wahl erfahren habe, daß die Betonung der „Arbeitnehmerpartei“ so erfolgreich war. Aber auch eine politische Schwenkung nach links wird nicht für wahrscheinlich gehalten. Grundlegende Reformen seien von dieser Partei in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Alle vorgesehenen Reformen, selbst wenn sie zur Durchführung kommen, würden nur die gesellschaftliche Oberfläche tangieren, das sei alles. Wohl aber wird zuversichtlich erwartet, daß der realistische außenpolitische Kurs fortgesetzt wird. Für die Fortsetzung dieser Politik sprechen gleichermaßen objektive außenpolitische Umstände wie auch die Popularität, die diese Politik bei der Bevölkerung und bei der eigenen Mitgliedschaft genießt. Und gerade mit ihrer Außenpolitik hatte sich die Regierung Brandt ja so erfolgreich von der Opposition abheben

<sup>42)</sup> Wladlen Kusnezow, Vor der Wahl, in: NZ 43/1972, S. 10—12. L. Besymenski, Die Entscheidung liegt bei den Wählern, in: NZ 40/1972, S. 10 f. L. Besymenski, Vor dem Zielband, in: NZ 47/1972, S. 6 f.

<sup>43)</sup> D. Mel'nikov, Vyborny v FRG: Itogi i Posledstviya, in: Memo 2/1973, S. 55—67. Ferner: L. Besymenski und M. Fjodorow, Der Wähler spricht, in: NZ 48/1972, S. 8.

<sup>44)</sup> D. Mel'nikov in: Memo 2/1973, a. a. O., S. 65.

können, während sie auf innenpolitischem Gebiet eher eine Art „bessere CDU“ war.

All diese Faktoren sind zwar noch keine Garantie für einen Wahlsieg 1976. Trotzdem gilt eine weitere Erstarkung der SPD angesichts der gegebenen und fortwirkenden Umstände als wahrscheinlich. Die Festigung der politischen Position der SPD erscheint auch wesentlich mitbedingt durch das Versagen der CDU, das zum Teil als eine Folge des Niederganges der christlichen Demokratie in ganz Westeuropa gesehen wird <sup>45)</sup>.

Was die innere Entwicklung der Partei angeht, so werden hier verschärfte Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen

Strömungen erwartet. Vornehmlich die rechten Elemente dürften ihre Aktivität verstärken, da sie unzufrieden seien mit den Versprechungen, die man während des Wahlkampfes den Arbeitern gemacht hatte. Im Bereich der Sozialpolitik, aber auch in einigen anderen innenpolitischen Bereichen, werden zudem zunehmende Auseinandersetzungen mit dem Koalitionspartner, den freien Demokraten, für möglich gehalten, deren Interessen nur in der Außenpolitik mit denen der SPD völlig übereinstimmten. Innenpolitisch sei jedoch die Interessenlage der FDP in vielen Fragen von der der Sozialdemokraten deutlich verschieden <sup>46)</sup>.

## Die F.D.P.

Die Bonner Regierungskoalition erscheint aus sowjetischer Sicht vor allem als eine Funktion des Wesens und der Politik der westdeutschen Sozialdemokratie. Die FDP erscheint demgegenüber von nur geringer Bedeutung, wenn auch ihre führenden Repräsentanten häufig mit erwähnt werden. Von 1969 bis 1972 ist diese Erwähnung zunehmend mit einer positiven Einschätzung verbunden. Es gibt jedoch keinen Aufsatz oder Artikel, der sich speziell mit dieser Partei befassen würde. Daher soll auch im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nur relativ kurz auf das Wesen und die Politik der FDP eingegangen werden, wie sie sich dem sowjetischen Beobachter darstellt.

### 1. Die „alte“ FDP

Vor allem die außen- und ostpolitischen Initiativen dieser Partei fanden in der Vergangenheit große Aufmerksamkeit. Hier ist insbesondere die Person Botschafter Pfleiderers zu nennen und das frühzeitige Bestreben einer Anzahl von Freien Demokraten, die Beziehungen mit den sozialistischen Ländern zu normalisieren. Da diese Bestrebungen aber früher mit einer Politik gegen den europäischen Status quo verbunden waren, erschienen sie stets als inkonsequent und irgendwie verwirrend. Die Ursache für die spezifische außenpolitische Profilierung der FDP wurde darin gesehen, daß sie vornehmlich die Interessen derjenigen westdeutschen Konzerne vertrat, die weniger mit dem US-Kapital ver-

bunden waren, aber auch die Interessen einer ganzen Anzahl von mittleren und kleinen Unternehmern, die ebenso wie diese Konzerne mit einer Ausweitung des Osthandels große Hoffnungen verbanden. Im übrigen galt sie jedoch als eine rein kapitalistische Partei. Ihre wichtigste Aufgabe für die großen westdeutschen Monopole wurde darin gesehen, daß sie im Falle eines Versagens der CDU gewissermaßen als Reservepartei deren Rolle hätte übernehmen sollen. 1961 etwa habe sie den Fortbestand der Regierung Adenauer gesichert. In den folgenden Jahren wird aber dann mehrfach festgehalten, daß die Partei zusehends an Bedeutung verliere. Sie gilt weiter als kapitalistisch, revanchistisch und antikommunistisch, doch wird die Rolle der „Reservepartei der Monopole“ schließlich der NPD zugesprochen <sup>47)</sup>. Von P. Naumow wird sie 1968 wie folgt charakterisiert: „Die FDP ist eine bürgerliche Partei, die ihrer sozialen Zusammensetzung und ihrem ideologisch-politischen Profil nach sehr bunt ist. Unter ihren führenden Funktionären findet man alte deutsche Liberale neben Vertretern der Monopole, ehemaligen Wehrmachtsoffizieren und früheren Naziideologen“. Mit der Begründung, daß sie zunehmend an Bedeutung verloren habe, verzichtet er auf weitere Ausführungen <sup>48)</sup>. Bis zum Abschluß des Mos-

<sup>46)</sup> Vgl.: D. Mel'nikov in: Memo 2/1973, a. a. O., S. 64.

<sup>47)</sup> Zu Vorstehendem siehe: Voslenski, Vnešnjaja politika, a. a. O., S. 245, 249—252, 254—258. O. Vitkovskij, in: Ežegodnik BSE 1965, S. 364, 1966, S. 375. V. B. Lomejko, Est' li šansy u novogo Adol'fa?, Moskva 1968, S. 196. Ferner NZ und Memo 1965—1968.

<sup>48)</sup> Pawel Naumow, Bonn — Macht und Ohnmacht, Frankfurt 1968, S. 347 f.

<sup>45)</sup> Die Darstellung dieser Perspektive basiert auf zwei Gesprächen mit Lew Besymenski am 27. 12. 1972 und am 20. 2. 1973.

kauer Vertrages wird die FDP dann recht ambivalent dargestellt. Vor der Bundestagswahl 1969 schreibt A. Jefremow von den verschwommenen bürgerlich-liberalen Losungen der Partei, erwähnt aber auch, daß sie etwas außenpolitische Initiative gezeigt habe<sup>49)</sup>. Nach der Wahl heißt es bei Grigorianz, die Haltung der FDP sei eindeutig an den Realitäten orientiert, und Michailow führt das schlechte Abschneiden bei den Wählern ausschließlich auf „reaktionäre innenpolitische Aussagen“ zurück<sup>50)</sup>. Kurz danach hebt Melnikow hervor, daß die FDP bei der Revision der westdeutschen Außenpolitik noch weitergehen wolle als die SPD, während nach weiteren drei Monaten von der „Verschrobenheit der Haltung Scheels“ in der Frage der DDR-Anerkennung die Rede ist<sup>51)</sup>. Erst nach der Unterzeichnung des Vertrages im August wird die Politik der Partei und ihrer Führung ausnahmslos positiv dargestellt und immer wieder mit dem Parteivorsitzenden Scheel, aber auch mit den Namen Mischnick und Moersch verknüpft<sup>52)</sup>.

## 2. Die „neue“ FDP

Die veränderte Einschätzung der Freien Demokraten findet ihre Bestätigung auf dem letzten Parteitag vor den Bundestagswahlen. Nunmehr sieht man den „Prozeß der Umorientierung“ auf die linksliberalen Bevölkerungskreise und die Abwendung von rechts-

radikalen Elementen als abgeschlossen an. Sie erscheint jetzt als eine „bürgerliche Partei, die hauptsächlich auf Unterstützung des liberal gesinnten Teils der Kleinbourgeoisie, auf die Intelligenz und bestimmte Kreise des Großkapitals zählt, besonders derer, die an der Entwicklung des Osthandels interessiert sind und die weniger als andere Gruppen mit dem militärisch-industriellen Komplex verbunden sind“. Man dürfe sie weder als ‚rechten Flügel‘ der SPD noch als ‚gemäßigt-liberale Fraktion‘ der CDU ansehen. Sie sei heute ein „selbständiges politisches Gebilde, dessen Existenz dem Charakter der gegenwärtigen sozialen und politischen Schichtung im Lande entspricht“<sup>53)</sup>. Und es wird besonders betont, daß dieser Prozeß der Umorientierung, der auch mit erheblichen Veränderungen in der Mitgliedschaft verbunden war, der Partei nicht nur nicht geschadet, sondern genützt habe, mehr noch, das sei die einzig mögliche Orientierung, die Erfolg verspreche. Damit seien auch die Prognosen, daß sich in der Bundesrepublik das Zweiparteiensystem durchsetzen werde, nicht bestätigt worden<sup>54)</sup>. Für die Zukunft wird Kontinuität in der Außenpolitik und in dieser Beziehung auch Einigkeit mit dem Koalitionspartner erwartet. In der Innenpolitik könnte es zu Auseinandersetzungen zwischen den Regierungspartnern kommen, da die FDP die Interessen des Privateigentums in besonderem Maße vertrete. Schließlich habe sie vom Arbeitgeberverband erhebliche Mittel erhalten<sup>55)</sup>.

## Die CDU/CSU

### 1. Die „Partei des Monopolkapitals“ als Regierungspartei

Von jeher galt und gilt die CDU/CSU den sowjetischen Beobachtern<sup>56)</sup> als die Hauptpar-

tei der Großbourgeoisie, der Arbeitgeber, der Monopole: Die Industriekonzerne, die Großbanken und die katholische Kirche sahen nach Kriegsende in ihr ein politisches Instrument, um ihre beherrschenden Positionen im Lande zu restaurieren. Mit Hilfe dieses Instrumentes gelang es dann auch tatsächlich, die Macht der besitzenden Klasse wieder herzustellen und deren Vermögen zu vervielfachen. Die eigentlich demokratischen Kräfte des neuen Staates konnten niedergehalten werden, während man zugleich eine neue Kriegsmaschine aufbaute, die mit dazu beitragen sollte, die revanchistischen Ansprüche dieser Klasse zu verwirklichen.

Als Bestätigung für den Charakter einer Arbeitgeberpartei wurden aber nicht nur die praktische politische Linie oder die verabschiedeten Programme gesehen. Hier wurde vor allem stets auf die enge personelle Verflechtung zwischen Partei und Großindustrie

<sup>49)</sup> A. Jefremow, Wahlduell am Rhein, in: NZ 23/1969, S. 23.

<sup>50)</sup> NZ 33/1969, S. 10 und 40/1969, S. 20.

<sup>51)</sup> NZ 41/1969, S. 8 und 3/1970 (A. Grigorianz).

<sup>52)</sup> Vgl. z. B.: NZ 41/70, S. 8, 45/70, S. 18 f, 46/70, S. 13, 49/71, S. 16, 22/72, S. 6.

<sup>53)</sup> D. Mel'nikov, Vyborny v FRG, a. a. O., S. 63.

<sup>54)</sup> ebenda S. 64 f.

<sup>55)</sup> E. Grigor'ev, in: PRAVDA v. 1. XI. 1972, S. 4. Vgl. auch: Mel'nikov, Vyborny, . . . a. a. O., S. 66.

<sup>56)</sup> Dieser Abschnitt stützt sich in den wesentlichen Aussagen auf: M. S. Voslenskij, Vnesnjaja politika i partii FRG, Moskva 1961 und auf: Pawel Naumow, Bonn — Macht und Ohnmacht, Frankfurt 1968. Ferner auf eine eingehende Auswertung der Zeitschriften „Memo“ und „NZ“ in den Jahren 1965—1968. Vgl. auch: Mentzel/Pfeiler a. a. O., S. 284 f sowie: V. Ivanteev, Krizis ChDS/ChSS in: IZVESTIJA v. 11. XII. 1972.

bzw. Hochfinanz hingewiesen. Diese Verflechtung erschien besonders in der Parteispitze als deutlich ausgeprägt: Auf diese Weise hatten die großen Konzerne jederzeit unmittelbaren Zugang zu den führenden Parteigremien und konnten schon von hierher Einfluß auf die Regierungspolitik nehmen. Da die Partei als eine ausgeprägte Wählerpartei galt (Naumow 1968), kam es auf das Denken und Wollen der Mitglieder nicht so sehr an. Sie hatten dementsprechend nur wenig Einfluß auf die Politik. Andererseits wurde aber auch nicht übersehen, daß sich die Mitgliedschaft von jeher aus allen sozialen Schichten zusammensetzte. So wurde auch immer wieder auf den katholischen Arbeitnehmerflügel, auf die Sozialausschüsse, hingewiesen. Diesem „linken Flügel“ der Partei wurde aber vornehmlich nur eine rein demagogische Funktion attestiert: Seine Aufgabe sei es, unter den Arbeitnehmern Wählerstimmen zu mobilisieren und den eigentlichen Kurs der Partei zu verschleiern. Eine ähnliche Funktion wurde auch der „Jungen Union“ im Hinblick auf die westdeutsche Jugend zugesprochen. Wiederum ähnlich sei es mit dem christlichen Ideengut gewesen. Hier wurde von Zeit zu Zeit immer wieder auf die wechselseitige Verflechtung und Unterstützung zwischen Kirchen und Partei hingewiesen, wobei in erster Linie der katholische Klerus als einflußreich galt. Dem evangelischen Arbeitskreis innerhalb der Partei wurde wenig Einfluß auf die Politik, dafür aber eine den Sozialausschüssen und der Jungen Union vergleichbare demagogische Funktion zugeschrieben. Immerhin wurde dieser Arbeitskreis — von Schröder geführt — dann 1961 sogar als potentielle Quelle von Opposition innerhalb der Partei angesehen (Voslenskij). 1965 und auch noch 1966 wurde ziemlich häufig auf einen sinkenden Einfluß der Partei und zugleich auf ihre innere Zerrissenheit hingewiesen. Diese Aussagen finden sich in den beiden folgenden Jahren dann nicht mehr: Ausgerechnet die SPD-Führung habe der CDU durch den Eintritt in die Regierung der ‚Großen Koalition‘ aus der Patsche geholfen. Dafür wird 1967 und noch mehr 1968 öfter betont, daß jetzt der Einfluß der neoliberalen Kräfte im Sinken sei. Statt dessen habe das Prinzip der staatsmonopolistischen Regulierung an Boden gewonnen. Allgemein waren die wichtigsten Attribute, die der Partei in diesen Jahren zugeordnet wurden: restaurativ, militaristisch, klerikal und immer wieder monopolkapitalistisch. Dieses letzte Moment trat besonders in der zweiten Jahreshälfte 1968 hervor, wo davon die Rede ist,

daß die Vertreter der Monopole die Schlüsselpositionen innerhalb der Partei erobert hätten. Zwar wäre sie noch „nicht ganz“ eine rein monopolistische Partei, doch sei sie jetzt „fast ganz“ dem Einfluß der Monopole unterworfen. Mit der Erhard-Schröder-Konzeption von der „formierten Gesellschaft“ habe man schließlich den Versuch unternommen, die CDU-Herrschaft und damit die Herrschaft der Monopole mit allen Mitteln möglichst dauerhaft zu zementieren: „Die ‚formierte Gesellschaft‘ mit den Notstandsgesetzen als Fundament ist eine neue Form der unumschränkten Diktatur der Großbourgeoisie“<sup>57)</sup>. Die CDU habe damit zugleich die Rolle einer rechtsradikalen Partei übernommen; der NPD sei nur eine Alibifunktion bzw. die Rolle einer Reservepartei des Kapitals zuzusprechen. Die Alibifunktion der NPD wurde darin gesehen, daß allein die Existenz und die Propaganda dieser Partei es der CDU/CSU möglich machte, selbst immer weiter nach rechts zu wandern und dabei doch im Vergleich zur NPD als gemäßigt zu erscheinen. Sobald letztere um zwei Töne lauter werde, könne auch die CDU-geführte Regierung um einen Ton lauter werden, wobei die Entrüstung der Öffentlichkeit und des Auslandes wie durch einen Blitzableiter nicht auf die CDU, sondern auf die NPD gelenkt würde<sup>58)</sup>.

Als ‚rechter Flügel‘ dieser nach rechts tendierenden Partei galt schon damals die CSU mit Franz-Josef Strauß an der Spitze. Er und seine „rechte Hand, Baron Guttenberg“ wurden als Vertreter und Führer einer Gruppe in der Gesamtpartei angesehen, „für deren geistigen Vater man — bis zu seinem Tode — Konrad Adenauer hielt“<sup>59)</sup>. Über keinen anderen CDU/CSU-Führer wurde zwischen 1965 und 1968 auch nur annähernd soviel in der sowjetischen Literatur geschrieben wie über diese beiden. Wie heute so galt Strauß damals schon als Repräsentant der modernen westdeutschen — und hier vor allem der süddeutschen — Rüstungsindustrie, als Vertreter einer aggressiven Anti-Status-quo-Politik, als Symbol des deutschen Nationalismus und als Verfechter der „europäischen“ Orientierung gegenüber der „atlantischen“. Seine Bücher ‚The Grand Design‘ und ‚Entwurf für Europa‘ und sein Ausspruch vom ‚wirtschaftlichen Riesen, der ein politischer Zwerg‘ sei, fanden höchste Aufmerksamkeit. Das Gleiche galt auch für von Guttenberg und sein Buch ‚Wenn der Westen will‘. Die politischen Aus-

<sup>57)</sup> Naumow, a. a. O., S. 335

<sup>58)</sup> Vgl.: Mentzel/Pfeiler, a. a. O., S. 288.

<sup>59)</sup> Naumow, a. a. O., S. 336.

sagen sowie eine Vielzahl von Äußerungen beider Politiker ließen bei den sowjetischen Rezipienten den Eindruck entstehen, daß es sich bei dieser Gruppe nicht nur um die gefährlichsten Gegner der sowjetischen Interessen handele, sondern daß diese vielmehr durch Fehleinschätzung der realen Lage und durch Überschätzung der eigenen Möglichkeiten eine Katastrophe für die Welt heraufbeschwören könnte<sup>60</sup>).

Dieser Gruppe, die erklärte, daß „der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende“ sei<sup>61</sup>), wurde die „regierende Spitzengruppe“<sup>62</sup>) in der Partei gegenübergestellt, die für eine proamerikanische Orientierung eintrat. Hierzu wurden vor allem die sogenannten Liberalen der Partei gezählt. Als deren führende Repräsentanten galten vor allem Erhard und auch Schröder. Im Unterschied zum rechten Flügel hieß es von diesen, sie wollten nicht eine gesamt-europäische Atomstreitmacht für die Durchsetzung der westdeutschen Interessen erreichen, sondern versuchten, diese Waffen von den USA direkt zu bekommen. Auch Kiesinger, der genau wie Erhard als unmittelbarer Vertreter des Großkapitals galt, gehörte hierher. Er habe jedoch nach Bildung der Regierung der ‚Großen Koalition‘ den konservativen Kräften entgegenkommen müssen, indem er die Spannungen durch einen konsequenten Anti-Status-quo-Kurs wieder verschärfte<sup>63</sup>).

## 2. Die „Apologeten des Gestern“ in der Opposition

Politische Funktion und Charakter der Partei werden auch nach der knappen Wahlniederlage von 1969 unverändert gesehen. Sie gilt wie zuvor als die Hauptpartei des Monopolkapitals und der Bourgeoisie, von der sie entsprechende Unterstützung erhält<sup>64</sup>). Dieses Moment ist dem sowjetischen Leser durchweg vertraut, und so dürfte es diesen nicht überraschen, wenn etwa Besymenski während der Ereignisse, die schließlich zum konstruktiven Mißtrauensvotum hinführten, hervorhebt, daß die parlamentarischen Überläu-

fer Industrielle und Großgrundbesitzer seien; zugleich weist er auf die Entwicklung eines militärisch-industriellen Komplexes in Westeuropa hin, mit dem die CDU/CSU-Führer eng liiert seien<sup>65</sup>). Von Zeit zu Zeit wird den Lesern auch der „revanchistische Charakter“ der Parteiführung in Erinnerung gebracht, jedoch wird genau doppelt so oft auf die „reaktionäre“ Haltung der Partei hingewiesen. Ihr wird eine „gestrige Mentalität“ und „politische Verkalkung“ bescheinigt; sie betreibe eine „Politik der Vergangenheit“, die den Tendenzen in der öffentlichen Meinung zuwiderlaufe und sich im „Konflikt mit der Zeit“ befinde<sup>66</sup>). Sie beschwöre immer energischer Adenauers Geist, und auch ihre jüngeren Führer wie Köppler oder Kohl unternähmen nichts, was die Partei in Richtung zu mehr Realismus führen könne<sup>67</sup>). Schon im Jahre 1971, ganz besonders aber 1972 wird die unrealistische und illusorische außenpolitische Position hervorgehoben. Der Partei fehle jeder Realitätssinn, sie hege völlig unbegründete Illusionen und sei dem Selbstbetrug verfallen<sup>68</sup>). Ihre Führer erscheinen als voreingenommene Leute, die vernunftwidrig und wirklichkeitsfremd einen aussichtslosen Kurs steuern, daran änderten auch teilweise positive Äußerungen nichts<sup>69</sup>). Es habe schon sehr, sehr lange gedauert, bis sie das ihnen verhaßte Wort ‚DDR‘ aussprechen lernten<sup>70</sup>). Weder das Programm noch die Politik oder die Taktik der CDU/CSU stimmten mehr mit der Realität überein<sup>71</sup>).

Diese Tatsachen, daß nämlich die Partei immer mehr in Widerspruch mit den Realitäten und zugleich damit auch zur Bevölkerungsmehrheit geriet, brachten es aus sowjetischer Sicht mit sich, daß die christlichen Demokraten zu immer unlauteren Methoden übergehen mußten. Das jedenfalls wird auch 1971, verstärkt aber 1972 von verschiedenen Autoren immer wieder herausgestrichen. Vor den Wahlen 1969 etwa wurde nur eher beiläufig einmal erwähnt, daß sich die CDU fälsch-

<sup>60</sup>) Die Vielzahl der Belege über Strauß und v. Guttenberg läßt sich aus Platzmangel nicht aufzählen.

<sup>61</sup>) L. Besymenskij in: Kommunist 12/1966, S. 89.

<sup>62</sup>) Naumow, a. a. O., S. 336.

<sup>63</sup>) I. Lemin in: Memo 10/1968, S. 25, NZ 47/1966, S. 21, 21/1967, S. 1, 50/1967, S. 38, 43/1968, S. 5.

<sup>64</sup>) Vgl. NZ 23/1969, S. 20, 29/1969, S. 26, 41/1969, S. 7, 50/1969, S. 23, Memo 5/1972, S. 15, NZ 30/1970, S. 12, 2/1971, S. 28, 6/1971, S. 11 und 42/1971, S. 19. (In den beiden letzten Nummern erscheint die Aussage jeweils als das Fazit, das W. Kusnezow und L. Besymenski aus den CDU-Parteitägen ziehen.)

<sup>65</sup>) NZ 19/1972 S. 10 f und 17/1972, S. 24 f.

<sup>66</sup>) NZ 3/1972, S. 10, 10/1971, S. 32; 15/1970, S. 28, 48/1972, S. 1.

<sup>67</sup>) J. Grigorjew, Was will die Opposition, in: NZ 30/1970, S. 11.

<sup>68</sup>) L. Besymenski, Tolle Tage und ernste Probleme, in: NZ 9/1971, S. 6 f, und: 12/1972, S. 8, W. Kusnezow, Moskaus Wort, in: 13/1972, S. 5 und in: 17/1972, S. 8 f. Ferner: NZ 52/1971, S. 16.

<sup>69</sup>) PRAVDA v. 1. XI. 1972, S. 4, A. Julin, Vernunftwidrig, in: NZ 3/1972, S. 10 f, P. Naumow, Bonn in diesen Tagen, in: 8/1972, S. 10, L. Besymenski, Kraftprobe in Bonn, in: 18/1972, S. 10 f und in 40/1972, S. 10.

<sup>70</sup>) A. Sholkwer in: NZ 19/1972, S. 8.

<sup>71</sup>) IZVESTIJA v. 11. XII. 1972.

licherweise für eine Partei der Mitte ausgabe. 1970 im Zusammenhang mit der Diskussion über die Ostverträge wird dann erstmals von Besymenski gesagt, daß die Reaktionäre und ihre Presse „immer mehr auf verschlungenen Wegen gingen“ und sogar mit Falschmeldungen operieren müßten. Sie arbeiteten mit „Enten“ und mit „Schmutzströmen von Verleumdungen“, „schürten nationalistische Leidenschaften“ und versuchten, die Bevölkerung in Panik zu versetzen<sup>72)</sup>. Im Herbst 1970 heißt es, die Taktik der Opposition sei nicht mehr plump, sondern raffinierter und hinterhältiger geworden, während dann Anfang 1971 von mehrmaligem Wechsel der Taktik die Rede ist<sup>73)</sup>. Die negative Darstellung in dieser Art nimmt 1972 quantitativ und qualitativ zu und damit zugleich das sowjetische Mißtrauen gegenüber den politischen Absichten dieser Partei: Sie schüre den Nervenkrieg mit alten Thesen, so daß man ihrer Versicherung, auch sie wolle eine Friedenspolitik, nicht trauen könne. Sie habe sich schon früher des Mittels der Tarnung bedient, jetzt sei ihre Politik aber so wirklichkeitsfern geworden, daß ihre Argumente kein Vertrauen mehr erwecken könnten. In Wirklichkeit wolle sie nur die Öffentlichkeit mit „Scheinargumenten“ bluffen und den Bürgern Angst einjagen. Um ihre Kalte-Kriegs-Politik durchzusetzen, sei ihr kein Mittel zu schlecht. Sie arbeite mit „Geheimmachenschaften recht zweifelhafter Art“, mit Verleumdungen und mit Hetzreden<sup>74)</sup>. Sie führe den Kampf gegen die Regierung an der innenpolitischen Front, weil die Öffentlichkeit die Außenpolitik der Koalition unterstütze.

Tatsächlich war man sich in der Sowjetunion zeitweilig nicht ganz sicher, ob das Taktieren der Opposition nicht doch schließlich von Erfolg gekrönt sein würde. Der Fraktionswechsel einiger Abgeordneter machte die Lage zusehends undurchschaubar, so daß z. B. Lew Besymenski im April des Jahres meinte, es sei völlig ungewiß, wie das Abstimmungsergebnis beim konstruktiven Mißtrauensvotum am Ende aussehen werde<sup>75)</sup>. Auch in der Folgezeit und im Wahlkampf werden den Oppositionsparteien Panikmache und Irreführung der Öffentlichkeit vorgeworfen. Man betreibe vor den Wahlen „Sozialdemagogie“,

man beklage die Inflation, während man selbst eine Arbeitslosigkeit im Lande anstrebe, und zwar nicht nur als Mittel zur Stabilisierung, sondern auch und vor allem zur Disziplinierung der Massen. Und in der Außenpolitik verfolge die Parteiführung weiter eine Politik, die von Vernunft und Realismus weit entfernt sei. Wenige Wochen vor der Wahl heißt es dann sogar, die Oppositionsführer hätten nun „die Maske abgeworfen“, sie seien immer noch die alten Gegner von Entspannung, Normalisierung und Realpolitik<sup>76)</sup>.

### 3. Der Niedergang der CDU

Schon der Ausgang der Wahlen von 1969 wurde nicht als Zufallsereignis gewertet, sondern als Teil eines Wandlungsprozesses. So schreibt etwa Melnikow im Januar 1970 über das „Fiasko der christdemokratischen Doktrinen“ und das Ende des Erhard-Nimbus<sup>77)</sup>. Wenig später konstatiert Grigorianz den „langsamen, aber sicheren Niedergang der Partei“. Sie sei durch die Wahlniederlage wie vor den Kopf gestoßen. Zwar versuche sie jetzt eine Massenpartei aufzubauen, doch sei das Verhältnis zur Intelligenz, zur Presse und zur Jugend nicht gut. Der Propagandarummel der Opposition finde bei der Bevölkerung keinen Widerhall, die Situation sei, mit Kiesingers eigenen Worten: „beschissen“<sup>78)</sup>. Die Partei habe „keine Macht mehr, keinen Führer, kein Programm“<sup>79)</sup>. Ihre Führer würden durch die internationale Entwicklung wie z. B. das Viermächteabkommen über West-Berlin in Verwirrung und Bestürzung geraten. Sie sähen sich nicht nur von den Massen, sondern teilweise auch von den eigenen Mitgliedern isoliert<sup>80)</sup>. Der Prozeß der Polarisierung, der seit einiger Zeit in der ganzen Bundesrepublik vor sich gehe, habe auch die CDU/CSU selber erfaßt. Sie habe zwar diesen Trend in der Bevölkerung früher als die SPD erkannt und habe versucht, ihn für ihre Zwecke auszunutzen<sup>81)</sup>. Jetzt gehe aber dieser Polarisierungsprozeß auch innerhalb der Partei vor sich. Der Parteitag in Saarbrücken habe „ein Bild des Zerfalls“ offenbart. Neben organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten machten sich in der Opposition immer

<sup>72)</sup> NZ 48/1970, S. 24, 9/1971, S. 6, 19/1971, S. 11, 29/1971, S. 9, 30/1970, S. 11.

<sup>73)</sup> NZ 41/1970, S. 9 und 9/1971, S. 6.

<sup>74)</sup> L. Besymenski, Bonn nach den Debatten, in: NZ 12/1972, S. 8 f und 10/1972, S. 8. Ferner: 14/1972, S. 6, 8/1972, S. 10, 13/1972, S. 20.

<sup>75)</sup> L. Besymenski, Kraftprobe in Bonn, in: NZ 18/1972, S. 11.

<sup>76)</sup> E. Grigor'ev, in: PRAVDA v. 1. XI. 1972 u. v. 6. XI. 1972.

<sup>77)</sup> D. Melnikow, Willy Brandts hundert Tage, in: NZ 4/1970, S. 6.

<sup>78)</sup> NZ 15/1970, S. 26 f, 34/1970, S. 5, 5/1971, S. 17.

<sup>79)</sup> W. Kusnezow, Wer zieht Adenauers Schuhe an?, in: NZ 6/1971, S. 10.

<sup>80)</sup> NZ 36/1971, S. 9, 38/1971, S. 6, und 3/1972, S. 11.

<sup>81)</sup> NZ 11/1971, S. 11.

mehr widersprechende Tendenzen bemerkbar. Sie sei jetzt in die Klemme geraten, weil der allgemeine Entspannungsprozeß nun nicht mehr rückgängig zu machen sei. Die Schwäche der CDU sei es, daß sie zu allem, was die Regierung tue, nur nein sagen könne, daß sie über keine Alternative zur Politik der Regierung verfüge, daß sie weiterhin auf den Positionen des Kalten Krieges beharre, obwohl die Bevölkerung anders denke. Irreale Dogmen seien ihren Führern wichtiger als der Wille des Volkes <sup>82)</sup>.

Nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum vom April 1972 wird weiterhin herausgestellt, wie populär die Politik der Regierungskoalition bei der Bevölkerung ist und daß sich die Opposition im eigenen Lande wie auch gegenüber dem westlichen Ausland weitgehend isoliert habe <sup>83)</sup>. Aber auch die feste Haltung der sozialistischen Staaten habe die revanchistische Politik der christdemokratischen Kreise in der BRD in die Sackgasse geraten lassen, aus der diese jetzt nicht mehr herausfänden. Statt dessen zögen sie sich auf Positionen der fünfziger Jahre zurück, womit sie sich noch mehr isolierten <sup>84)</sup>. Und ebenso wird weiter betont, wie innerlich zerstritten sie untereinander seien. Schon Ende 1970 schrieb Grigorjew, daß die Partei seit Adenauers Ende sich in einer permanenten Führungskrise befände: Ihre Führer bekämpften sich gegenseitig <sup>85)</sup>. Zwei Jahre später berichtet Besymenski von einer Polarisierung und Konfrontation „wie nie zuvor“ und von „häufigen Zusammenstößen innerhalb der CDU/CSU“ <sup>86)</sup>. Diese innerparteiliche Polarisierung und Konfrontation wird in einem engen Zusammenhang mit der Rolle des rechten Flügels der Opposition gesehen, wobei die CSU als das Sammelbecken der rechtsextremen, nationalistischen und unbefehrbaren Kräfte gilt, denen auf der anderen Seite die realistischeren und einsichtigeren gegenübergestellt werden. Die Frontlinie wird dabei mitunter direkt zwischen CDU und CSU gesehen, wenn etwa davon die Rede ist, daß zwischen ihnen beiden ein Kampf entbrannt sei <sup>87)</sup>.

<sup>82)</sup> NZ 42/1971, S. 18 f, 39/1971, S. 5, 52/1971, S. 16.

<sup>83)</sup> L. Besymenski, Konfrontation in Bonn, in: NZ 19/1972, S. 11 f. Ders.: Schwere Tage in Bonn, in: NZ 20/1972, S. 5. Ders.: Vor der Beschlußfassung, in: NZ 21/1972, S. 10.

<sup>84)</sup> G. Sogomonjan, Sozintern i problemy evropejskoj bezopasnosti, in: Memo 7/1972, S. 49.

<sup>85)</sup> NZ 30/1970, S. 11.

<sup>86)</sup> L. Besymenski, Die Entscheidung liegt bei den Wählern, in: NZ 40/1972, S. 10.

<sup>87)</sup> Das Zerwürfnis in der CDU/CSU, in: NZ 23/1972, S. 13.

Anfang 1969 hieß es noch, daß es zwischen diesen beiden Parteien keine grundsätzlichen Gegensätze gebe, die CSU sei nur noch reaktionärer als die CDU, weil in ihren Reihen die Monopole und der Großgrundbesitz überrepräsentiert seien. Doch habe sie einen großen, wenn nicht sogar entscheidenden Einfluß auf die Bonner Politik <sup>88)</sup>. Im Sommer des Jahres wird dann davon gesprochen, daß Strauß in Abstimmung mit der NPD eine Regierung der nationalen Sammlung anstrebe, und auch im nächsten Frühjahr heißt es, daß sich die extremen rechten Kräfte unter Strauß und von Thadden jetzt zusammäkten. Dabei wird auf die Möglichkeit hingewiesen, daß diese Gruppierung einmal in der Regierung vertreten sein könnte <sup>89)</sup>. Auf jeden Fall gewinne Strauß immer mehr Einfluß und seine Politik der „nationalen Sammlung“, sein Bestreben, die rechten Kräfte zu konzentrieren, erinnere an die Harzburger Front <sup>90)</sup>.

Der Abschluß des Viermächteabkommens über West-Berlin wird dann als Zusammenbruch der politischen Konzeptionen der CSU-Führer bezeichnet, und wenig später heißt es, daß 25 Jahre CSU-Politik nur „klägliche Resultate“ erbracht hätten, daß sich Strauß durch politische Eskapaden um seine Ministerämter gebracht habe und daß es ihm nicht gelungen sei, aus seiner CSU eine bundesweite Partei zu machen. Aber obwohl Strauß von allen Ultras, von den Leuten aus Finanzwelt und Großindustrie unterstützt werde, sei die Partei mit ihrer Politik gegen die Realitäten in einen immer desolateren Zustand geraten. Selbst die CDU betrachte den CSU-Führer als boshaft <sup>91)</sup>. Trotzdem habe Strauß auch die CDU auf einen Rechtskurs bringen können, und Besymenski schreibt zum Saarbrücker Parteitag der CDU sogar, daß er, Strauß, vermutlich einen stärkeren Einfluß habe als der eigentliche Parteiführer Barzel <sup>92)</sup>. Gelegentlich wird aber auch gesagt, Strauß und Barzel arbeiteten nur mit „verteilten Rollen“ <sup>93)</sup>. Anfang 1972 konstatiert wiederum Besymenski das Entstehen einer „schwarzen Front“, zu der sich die extremen Kräfte aus CDU/CSU mit der ‚Aktion Widerstand‘ und der NPD zusammengeschlossen hätten. Strauß sei es gewesen, der das Schlagwort von der vereinten nationalen Bewegung geprägt habe. Da diese Politik aber gegen alle realistischen Tenden-

<sup>88)</sup> NZ 11/1969, S. 48 und 22/1969, S. 19.

<sup>89)</sup> NZ 27/1969, S. 10 und 20/1970, S. 14.

<sup>90)</sup> NZ 49/1970, S. 10. S. a.: 30/1970, S. 11.

<sup>91)</sup> NZ 38/1971, S. 6 und 43/1971, S. 17.

<sup>92)</sup> NZ 42/1971, S. 18 f.

<sup>93)</sup> P. Naumow, Bonn in diesen Tagen, in: NZ 8/1972, S. 11.

zen überhaupt gerichtet sei, habe das zu einer Polarisierung auch innerhalb der CDU/CSU geführt, denn viele ihrer Führer hätten andererseits eingesehen, daß man Realitäten auf die Dauer nicht ignorieren könne. Immerhin sei Bonn nicht Weimar, und die Bedingungen seien günstig, die „schwarze Front“ zu verdrängen<sup>94)</sup>. Von einem noch weiteren Rechtsdrift der CDU wird von jetzt an nicht mehr gesprochen, dafür erscheint immer wieder der Hinweis darauf, daß es auch in der CDU-Führung Anhänger der Ostverträge gebe, daß es auch hier an Einsichtigen nicht fehle, doch bleibe bis zuletzt die Frage offen, ob es sich hierbei vielleicht nur um Wahltaktik, um einen Tribut an die Öffentlichkeit oder tatsächlich um einen neuen Ansatz handle. Das, schreibt W. Kusnezow, werde sich erst herausstellen<sup>95)</sup>.

Es bietet sich so das Bild einer Partei, die unter dem Einfluß ihres rechten Flügels bis Anfang 1972 immer mehr auf Rechtskurs ging, die sich damit von den politischen Gegebenheiten, von der Masse der Bevölkerung und auch von den ausländischen Verbündeten immer weiter entfernte, so daß schließlich einige besonnene Kräfte in der Führung — bis zu einem gewissen Grade auch von der eigenen Mitgliedschaft gedrängt — zu einer Kursänderung rieten. Der Hintergrund dieser Entwicklung der CDU/CSU ist eine allmähliche Wandlung der politischen Landschaft in der BRD, die eben doch nicht mit Weimar zu vergleichen sei und in der selbst einflußreiche Industriekreise die Aussichtslosigkeit der Ideen von Strauß eingesehen hätten. Das schreibt zum erstenmal Lew Besymenski Ende 1970<sup>96)</sup>. Ab Herbst 1972 — noch vor den Wahlen — finden sich ähnliche Aussagen dann mehrfach. Durch die Verträge sei eine neue Periode eingeleitet worden, und die Einstellung zur Sowjetunion ändere sich langsam zum Positiven hin, und auch die Methoden der Meinungsbeeinflussung hätten sich in diesem Sinne gewandelt. Entsprechend diesen allgemeinen Tendenzen wurden auch die Wahlaussichten der Opposition für die Bundestagswahl 1972 nur gering eingeschätzt, wenn auch die Wahltaktik der Partei unmittelbar vor den Wahlen noch ein bißchen Anlaß zu Besorgnis gab<sup>97)</sup>. Nach der

Wahl wird dann erleichtert festgestellt, daß alle Angstpropaganda und Übertreibungen der Opposition nichts genutzt hätten. Die westdeutschen Wähler seien für eine realistische Politik, für Kooperation und Versöhnung. Eine neue Ära für die Bundesrepublik sei jetzt angebrochen. Die Zeit Adenauers und des Revanchismus sei nun endgültig vorbei<sup>98)</sup>.

#### 4. Die Führer der Opposition

Auch in den letzten Jahren wurde und wird über Franz-„Janus“-Strauß<sup>99)</sup> mehr geschrieben als über alle anderen Oppositionsführer zusammengenommen. Er gilt auch weiterhin als der Führer der konservativen und rechts-extremen Kräfte, die aus nationalistischen Motiven heraus Europa umgestalten wollen. 1969 und 1970 wird ihm noch ein Bündnis mit von Thadden und dessen NPD unterstellt, aber auch später erscheint er als Befürworter eines Rechtskartells, einer nationalistischen Sammlungsbewegung, die die erfolglose Politik Adenauers, die Politik des Kalten Krieges, fortsetzen will und die damit an den „Grundfesten des europäischen Friedens“ rüttelt<sup>100)</sup>. Einerseits versuche er mit der Hilfe Pekings auf die Sowjetunion Druck auszuüben, andererseits wolle er die EWG in ein einheitliches militärisches Bündnis mit gemeinsamer Außenpolitik gegen das sozialistische Lager umwandeln, das sich dabei auf einen französisch-englischen Atomwaffen-Pool stützen soll. Diese neue westeuropäische Großmacht solle also über alle Attribute einer Großmacht verfügen und diese dazu benützen, auf Osteuropa und auf die Sowjetunion Druck auszuüben. Westeuropa solle so zu einer unabhängigen ‚dritten Kraft‘ werden, und in diesem Westeuropa solle das westdeutsche Monopolkapital die Hegemonie haben. Gemeinsam mit dem englischen Konservativen Heath versuche Strauß die Entwicklung eines westeuropäischen militärisch-industriellen Komplexes zu fördern, doch stoße er hier auf den Widerstand der Brandt-Scheel-Regierung<sup>101)</sup>. Überhaupt seien die Zukunftsaussichten für derartige Pläne schlecht, und viele seiner politischen Hoffnungen hätten sich ja schon

<sup>98)</sup> L. Besymenski und M. Fjodorow, Der Wähler spricht, in: NZ 48/1972, S. 9 und Redaktionsartikel (P. Naumow), S. 1.

<sup>99)</sup> NZ 5/1970, S. 32.

<sup>100)</sup> A. Sholkwer, Ein Bekenntnis von gestern, in: NZ 44/1972, S. 21.

<sup>101)</sup> D. Mel'nikov, FRG pered otvetstvennym vyborem, in: Memo 5/1972, S. 17. L. Besymenski, Zwei Jahre später, in: NZ 34/1972, S. 8, Ders.: Anti-Europa, in: NZ 17/1972, S. 16.

<sup>94)</sup> L. Besymenski, Die schwarze Front, in: NZ 5/1972, S. 24—27.

<sup>95)</sup> W. Kusnezow, Vor der Wahl, in: NZ 43/1972.

<sup>96)</sup> L. Besymenski, Eine Zeit der Wandlungen, in: NZ 48/1970, S. 10 f.

<sup>97)</sup> P. Naumow in NZ 8/1972, S. 10. R. Fjodorow in: NZ 13/1972, S. 20. Dagegen: L. Besymenski, Vor dem Zielband, in: NZ 47/1972, S. 6 f.

zerschlagen. Wenn auch weiterhin seine Politik stets als unrealistisch und illusorisch bezeichnet wird, so gewinnt man doch in der letzten Zeit den Eindruck, daß die Sowjetunion auf Grund der veränderten Großlage in Europa und in der Welt hier keine akute Bedrohung der eigenen Position mehr sieht.

Wie auch früher schon wird immer wieder auf politische und sonstige Eskapaden von Strauß hingewiesen. Neuerdings wird auch der zunehmend stärker werdende Einfluß des CSU-Führers auf die Gesamtpartei unterstrichen. Während es noch im Frühjahr 1970 heißt, er habe seinen Anspruch auf die Führung angemeldet, wird er schon Anfang 1971 als „Regisseur des CDU-Parteitag“ gesehen<sup>102</sup>). Vor den Bundestagswahlen 1972 wird ihm der Rechtskurs der CDU angelastet und die Prognose gewagt, im Falle eines Wahlsieges werde Barzel nur der nominelle Kanzler sein, Strauß hingegen der tatsächliche. Etwas ausgewogener als diese Vermutung von Kusnezow erscheint Sholkwers Aussage, daß Strauß eine Schlüsselstellung in der CDU einnehme. Noch vorsichtiger ist Besymenski, wenn er sagt, Strauß beherrsche die CSU und beeinflusse die CDU<sup>103</sup>). In der Wahlanalyse von Melnikov schließlich wird ausdrücklich vermerkt, daß der CSU-Führer nach den Wahlen scharfe Angriffe gegen die CDU-Führung gerichtet und sie der Weichheit und der Inkonsequenz beschuldigt hat, womit er bezwecke, die CDU gänzlich auf CSU-Kurs zu bringen<sup>104</sup>). Als seine engeren politischen Verbündeten, als „Anhänger der militanten Gruppe um Strauß“ werden gelegentlich auch andere Politiker wie z. B. Stücklen und Windelen genannt.

Differenzierter werden die CDU-Führer Barzel und Schröder gesehen. Von Barzel wird schon im Sommer 1969 gesagt, daß er für Kontakte mit der UdSSR sei. Ein knappes Jahr später wird ihm jedoch dann vorgeworfen, er wiederhole die „Postulate der bankrotten Politik der Vergangenheit“ und zeige sich „griesgrämig“ wegen der Unterzeichnung der Ostverträge. Jetzt wird sein Wunsch nach besseren Beziehungen mit der Sowjetunion als ein Versuch abgetan, um Zeit zu gewinnen<sup>105</sup>). Anfang 1971 wieder heißt es eindeutig, daß er für die Aussöhnung mit dem Osten sei, aber dafür keine Mehrheit in der Partei finde<sup>106</sup>). Dann wieder wird

ihm vorgehalten, daß er gegen die weitere Entwicklung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen auftrete, wenn er im Zusammenhang damit Redewendungen wie „Kapitulation der BRD“ u. dergl. verwende. Nachdem die Verträge dann ratifiziert wurden, wird erneut seine positive Einstellung hierzu hervorgehoben und gesagt, er habe für das Vertragswerk stimmen wollen, habe aber schließlich dem „Einheitsfaktor“ und damit dem Einfluß der CSU nachgegeben<sup>107</sup>). Das alles habe aber nichts genutzt, denn nach der Wahl erscheint die Partei noch weiter geschwächt und demoralisiert, und ein „dem Zeitgeist hinterdreinhinkender“ Barzel ist weiter harten Kämpfen mit den anderen Parteiführern ausgesetzt<sup>108</sup>). Aber nicht nur wegen seiner in der Partei umstrittenen Position, auch wegen der Unpopularität seiner Person und seines Kurses bei den Wählern wird ein Wechsel in der Parteiführung vor den nächsten Parlamentswahlen nicht ausgeschlossen<sup>109</sup>).

Schröder gilt zusammen mit Politikern wie Birrenbach und Majonika (aber auch dem Sozialdemokraten Helmut Schmidt) als Exponent des „atlantischen“ Flügels, der die „europäische“ Orientierung nur insoweit unterstützt, als dadurch nicht das Verhältnis zu den USA belastet wird<sup>110</sup>). Sein Besuch in der Sowjetunion wird positiv und im allgemeinen im Gegensatz zur Politik des „rechten“ Parteiflügels gesehen. Er wird als einflußreicher CDU-Funktionär apostrophiert und einmal als Anhänger von Kohl bezeichnet, dem seinerseits ein gewisser außenpolitischer Realismus zugesprochen wird. Im Spätsommer 1972 nennt ihn Besymenski dann wieder einen „Kommunistenfresser“, der plötzlich zu einem der besten Freunde Pekings geworden sei<sup>111</sup>). Auch Verleumdung der UdSSR wird ihm vorgeworfen, wenn auch nicht zu übersehen sei, daß er neue Töne angeschlagen habe, als er in Wiesbaden verkündete, daß jetzt auch die CDU davon auszugehen habe, daß die Ostverträge in Kraft seien<sup>112</sup>). Neben Schröder wird gelegentlich auch noch der „bekannte Publizist und außenpolitische Theoretiker der CDU“, Majonika, mit genannt, während etwa

<sup>102</sup>) NZ 15/1970, S. 28 und 6/1971, S. 10.

<sup>103</sup>) NZ 42/1972, S. 10 f, 43/1972, S. 11, 44/1972, S. 21.

<sup>104</sup>) Memo 2/1973, S. 66.

<sup>105</sup>) NZ 15/1970, S. 28 und 34/1970, S. 5.

<sup>106</sup>) NZ 6/1971, S. 10.

<sup>107</sup>) L. Besymenski, Die Verträge ratifiziert, in: NZ 22/1972, S. 6. Vgl. auch: NZ 42/1971, S. 18 und 43/1972, S. 11.

<sup>108</sup>) NZ 4/1973, S. 10 f.

<sup>109</sup>) Vgl. Memo 2/1973, S. 66 f.

<sup>110</sup>) Vgl. Memo 5/1972, S. 18.

<sup>111</sup>) NZ 42/1971, S. 18 und 34/1972, S. 8.

<sup>112</sup>) W. Kusnezow, Vor der Wahl, in: NZ 43/1972, S. 10 f.

Werner Marx als außenpolitischer Experte nicht recht für voll genommen wird <sup>113)</sup>.

Eine deutliche Veränderung in der sowjetischen Sicht stellt die Beurteilung des sogenannten „linken Flügels“ innerhalb der CDU dar. Darunter wird vornehmlich die Gewerkschaftsgruppe um Katzer und die Junge Union verstanden, denen im Bereich der Außenpolitik, aber auch in der Sozialpolitik eine realistische Position bescheinigt wird. Es wird ihnen also nicht mehr wie in früheren Jahren nur eine rein demagogische Funktion, sondern durchaus eine eigenständige politische Position zugesprochen. Unter Adenauer, so hebt z. B. Kusnezow hervor, sei eine solche auch gar nicht möglich gewesen. Andererseits wird dieser Flügel nur selten erwähnt und dann zugleich sein geringer Einfluß in der Partei betont <sup>114)</sup>.

##### 5. Das „Ende der Ära Adenauer“ und die Zukunft der CDU

Die verlorene Bundestagswahl von 1972 erscheint allen sowjetischen Beobachtern nicht als ein „Betriebsunfall“, nicht als ein Ereignis, das — unter bestimmten äußeren Umständen geschehen — irgendwann einmal revidiert werden könnte. Die CDU/CSU habe weder Mittel noch Anstrengungen gescheut, um den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik wieder ins Fahrwasser des Revanchismus zu bringen und habe nun dafür ernstlich bezahlen müssen. Ihre Demagogie vor den Wahlen und das Gerede von der Stabilität habe sich nicht ausgezahlt. Sie habe sich zwar wie bisher auf das Großkapital, auf die Mehrzahl der kleinen Kapitalisten, der Beamtenschaft, der Vertriebenen und der Gläubigen stützen können, wozu auch noch eine gewisse Anzahl Stimmen von den Neonazis zu rechnen wären. Doch das alles habe nicht gereicht, weil ihr die Jugend und die Intelligenz, aber auch ein Teil der Bourgeoisie die Gefolgschaft bei den Wahlen versagt hätten. Ihre Führer seien von falschen Vorstellungen über die Verteilung der politischen Kräfte im Lande ausgegangen. Durch ihr Wunschdenken und ihre Vergangenheitsorientierung hätten sie sich selbst einen Bärendienst erwiesen. Sie hätten sich auch getäuscht, was die Wirkung ihrer Propaganda angeht. Und ganz besonders hätten sie sich in außenpolitischer Hinsicht verrechnet. Sie hätten den Wahlkampf mit den Stereotypen der Vergangen-

heit geführt und geglaubt, daß diese Stereotypen beim Volk fest verankert wären, doch habe es gerade hier in den letzten Jahren bedeutsame Veränderungen gegeben. Auch die Haltung der westlichen Verbündeten habe man unter dem Einfluß gewisser Rechtskreise in England und Italien falsch eingeschätzt. Bezeichnend sei es für die tatsächliche Lage, daß lediglich und ausgerechnet Peking lobende Worte für den CDU-Kurs gefunden habe, während alle anderen Länder die Politik der Regierung Brandt/Scheel unterstützten. Nicht die Regierung, sondern die Opposition habe sich isoliert <sup>115)</sup>.

So erscheint die Wahlniederlage der Partei als die „entscheidende Wende“ überhaupt <sup>116)</sup>. Die Partei sei durch diese Niederlage geschwächt und demoralisiert. Ihre Führer seien der Lage nicht gewachsen und bekämpften sich untereinander. Als typisch für deren Haltung wird eine Äußerung von W. Marx angesehen, der erklärt hatte, die CDU spränge nicht auf das Trittbrett eines fahrenden Zuges auf. Dann, so schreibt Kusnezow, führe der Zug eben ohne die Opposition ab; schlimm sei das nur für die Opposition selbst, deren Führer dem Zeitgeist hinterhinkten <sup>117)</sup>. Da die Bundestagswahl zudem Verluste nur bei der CDU, nicht aber auch bei der CSU gebracht hätten, sei mit einer weiteren Stärkung des Einflusses von Strauß auf die Gesamtpartei zu rechnen, der diese auf dem alten Kurs unveränderlich festhalten wolle. Einsichtige Kräfte wie W. Kiep hätten daher nur geringe Möglichkeiten. Die innere Zerrissenheit der Partei, mehr aber noch deren Bestreben, die Lebensinteressen des Landes nicht beachten und trotz des Scheiterns des außenpolitischen Kurses die unrealistische Linie fortsetzen zu wollen — das alles finde kein Verständnis bei der Bevölkerungsmehrheit <sup>118)</sup>. Der typische CDU/CSU-Führer stellt sich so dem sowjetischen Beobachter wie ein politischer Suppenkaspar dar, der die Suppe der Realität um keinen Preis essen will, auch wenn er dadurch ständig an Gewicht verliert und seinem Ende schließlich entgegengeht.

Allerdings erwartet man nun nicht, daß die Partei zum eigenen Schaden immer so weiter-

<sup>113)</sup> Zum Vorstehenden s. die Wahlanalyse von D. Mel'nikov, Vybory v FRG: Itogi i Posledstvija, in: Memo 2/1973, S. 57—61.

<sup>116)</sup> Eine entscheidende Wende, NZ 1/1973, S. 34.

<sup>117)</sup> W. Kusnezow, Bewährter Kurs durch Riffe, in: NZ 4/1973, S. 10.

<sup>118)</sup> V. Ivanteev, Krizis ChDS/ChSS, in: IZVESTIJA v. 11. XII. 1972 sowie D. Mel'nikov, in: Memo 2/1972, S. 66 f.

<sup>113)</sup> betr. Majonika, s.: Memo 5/1972, S. 15, betr. Marx, s.: NZ 44/1972, S. 21 und NZ 4/1973, S. 10.

<sup>114)</sup> NZ 6/1971, S. 10 f. Ferner: NZ 24/1969, S. 24, 5/1971, S. 17, 17/1972, S. 7.

macht. Eher herrscht Erstaunen darüber vor, daß sie angesichts ihrer so schwierigen Situation noch nicht zu einem veränderten Kurs gefunden hat, der der Partei mehr Rückhalt in der Öffentlichkeit geben könnte. Von der Rechten her, von Strauß her, könne eine solche Kursänderung nicht erwartet werden. Die Haltung der CSU sei zwar die konsequenteste Fortführung des bisherigen Kurses, aber gerade durch Konsequenz seien die Probleme der Gesamtpartei nicht zu lösen. Die günstigsten Möglichkeiten für die Zukunft vermutet man unter Führung durch Leisler-Kiep, doch werden ihm nicht allzuviel Chancen gegeben. Auch erscheint es aus der sowjetischen Interessenlage nicht gerade wünschenswert, wenn der so lange erhoffte Niedergang der CDU auf diese Weise aufgefangen oder gebremst würde.

Es werden drei grundlegende Prozesse gesehen, die für diesen Niedergang bestimmend gewesen sind: Da ist einmal die tiefe Krise durch das Versagen in der Außenpolitik. Die Partei habe nicht registriert, daß die „Goldenen Jahre“ der europäischen christlichen Demokratie und ihrer außenpolitischen Konzeptionen unwiederbringlich vorüber seien. „Die Grundpfeiler der Konservativen sind ins Wanken geraten“<sup>119)</sup>. Und vorerst sehe es noch nicht so aus, als werde die Partei zu einer neuen außenpolitischen Linie finden. Das

---

<sup>119)</sup> Rafael Fjodorow, Der bürgerliche Neokonservatismus in Europa, in: NZ 13/1972, S. 19.

entscheidende Moment für die schlechten Zukunftsaussichten der CDU/CSU seien jedoch die soziale Polarisierung, die unverrückbaren Veränderungen in der sozialen Struktur der Bevölkerung der Bundesrepublik. Die Partei habe nur dann noch Chancen, wenn sie künftig Arbeitnehmerinteressen vertreten würde. Es sei aber sehr fraglich, ob sie zu einem entsprechenden Reformprogramm finden könne. Der dritte der genannten Prozesse spiele sich innerhalb der Partei ab. Sie befinde sich nach wie vor in einer schweren inneren Krise und könne ihre Führungsprobleme wegen der unterschiedlichen Gruppeninteressen nicht lösen.

Aber trotz all dieser für die Partei negativen Tendenzen wird der CDU/CSU eine echte politische Funktion auch in der Zukunft zugestanden, doch könne es leicht so werden wie bei der *Democrazia cristiana*, daß sie sich nämlich in zwei Flügel aufspaltet. Das jedenfalls sei wesentlich wahrscheinlicher als die Entwicklung, wie sie die französische MRP vor Jahren genommen hat. Es wird nicht erwartet, daß sie wie diese einmal ganz von der politischen Bühne verschwinden könnte<sup>120)</sup>.

---

<sup>120)</sup> Die letzten drei Absätze beziehen sich auf ein weiteres Gespräch mit Lew Besymenski am 20. 2. 1973. B. ist Westeuropa-Korrespondent der NZ. Als vergleichende Lektüre aus ungarischer Sicht sind die Schlußfolgerungen von János Hajdú sehr interessant: J. Hajdú, Nach den Wahlen in der BRD: Anmerkungen und Schlußfolgerungen, in: Deutschland-Archiv, Januar 1973, S. 16—25.

---

Betr.: Manfred Rühl: „Journalistische Ausbildung heute“, B 13/72.

Kapitel 2.2: „Ausbildung durch eine Journalistenschule“

Zu dem o. a. Artikel wird nachgetragen:

Zum Lehrkörper des Münchener Presselehreinstitutes, Journalistenschule Dipl.-Kaufm. Gerhard Apel, zählen nach unseren Informationen 12—15 Dozenten (überwiegend Journalisten und Juristen). Die Unterrichtung erfolgt durch theoretische Vorlesungen und praxisbezogene Übungen, wöchentlich ca. 20 Stunden.

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/73, S. 3—21

Die deutsch-polnischen Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart sind nicht zuletzt durch die Perzeption (Bild vom Nachbarn) bzw. Misperzeption in hohem Maße beeinflußt worden. Wenngleich darüber bis heute auch noch keine systematischen wissenschaftlichen Untersuchungen vorliegen, so lassen sich in der Tendenz doch ganz bestimmte Phasen vom Wandel des Polenbildes in Deutschland erkennen. Nach den Teilungen Polens im 18. Jahrhundert hat der Freiheitskampf der polnischen Adelsnation lange Zeit als Vorbild nationaler Freiheitsbewegungen und politisch-sozialer Neuordnung in Deutschland gewirkt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor allem nach der Reichsgründung, setzte jedoch eine zielstrebige innen- und außenpolitisch motivierte Germanisierungspolitik gegenüber den Polen ein, die den langwierigen, erst 1945/49 endenden Volkstumskampf zwischen Polen und Deutschen mit steigender Intensität und wechselnden Rollen einleitete. Nach Wiedererrichtung des polnischen Staates und der Unterzeichnung des Versailler Vertrages wurde Polen zum eigentlichen Nationalfeind der Deutschen hochstilisiert. Dieses „Feindbild“ wurde zu Beginn der NS-Epoche zwar durch eine Partnerschaft aus Gründen der Staatsräson überlagert, doch spätestens 1939 ließen Hitler und seine engsten Anhänger erkennen, daß sie aus machtpolitischen und ideologischen Gründen gewillt waren, den polnischen Staat auszulöschen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Polenbild in beiden Teilen Deutschlands zunächst weitgehend Resultat des „Kalten Krieges“ und damit des gesellschaftspolitischen Antagonismus. Erst Ende der fünfziger Jahre begann ein Prozeß der Differenzierung und Objektivierung desselben in der BRD, wenngleich auch nach wie vor die Informationen über Polen sehr zu wünschen übrig lassen. Die im Zeichen der Entspannung angestrebte deutsch-polnische Kooperation wird in Zukunft wahrscheinlich erst dann einen echten Beitrag zur Gestaltung des Friedens in Europa leisten können, wenn es gelingt, das traditionelle „Feindbild“ durch ein Nachbarbild zu verdrängen. Dazu müssen auf beiden Seiten noch immer latent vorhandene Vorurteile und Klischees der Vergangenheit zielstrebig weiter abgebaut werden.

### **Mieczyslaw Tomala: Wie sehe ich Deutschland?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/73, S. 22—27

Das Deutschlandbild in Polen nach 1945 ist in erster Linie durch drei Faktoren geprägt worden: durch das Schicksal der polnischen Nation unter der NS-Herrschaft, die Gründung der DDR und die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Polen. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die DDR im Jahre 1950 war eine der wichtigsten Zäsuren in der neuesten polnischen Geschichte, weil durch die Respektierung der nationalen Sicherheitsinteressen die Grundlagen für die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den beiden sozialistischen Systemen, VR Polen und DDR, gelegt werden konnten. Demgegenüber sind Antikommunismus und Revanchepolitik der CDU-Regierungen in der BRD mit der Forderung nach den Grenzen von 1937 in den Jahren von 1949—1969 ein ständiges Hindernis auf dem von Warschau immer wieder vorgeschlagenen Weg zur Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen gewesen. Die Wandlungen in der westdeutschen Bevölkerung und in amtlichen Regierungskreisen Bonns Ende der sechziger Jahre sind in Polen aufmerksam registriert und zunehmend positiver bewertet worden, so daß eine Politik des Interessenausgleichs verwirklicht werden konnte. Im Widerspruch zu den vertraglichen Vereinbarungen vom 7. Dezember 1970 steht allerdings noch die revisionistisch konzipierte Gesetzgebung der BRD. Beide Staaten können jedoch einen gemeinsamen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa leisten, wenn sie enger kooperieren, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet.

### **Wolfgang Pfeiler:**

#### **Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland im Urteil der Sowjetunion**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/73, S. 28—46

Neben einer Darstellung der sowjetischen Perzeption von Wesen und Vergangenheit der westdeutschen politischen Parteien enthält dieser Aufsatz die sowjetischen Analysen der Bundestagswahl 1972 und die damit verbundenen Schlußfolgerungen. Das Wahlergebnis wird als Reflexion tiefgreifender sozialer Wandlungsprozesse verstanden, die tendenziell nicht umkehrbar seien. Daraus resultiert die Erwartung, daß SPD und FDP in der Zukunft ihre politischen Positionen im Lande noch weiter zuungunsten des Einflusses der CDU/CSU verstärken werden.